

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 nummer mit illustrierten Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Belastungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich - Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkhelet täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgealtene Annoncen-  
 stelle ober deren Raum 60 Pfg. für  
 politische und gesellschaftliche Erklärungs-  
 und Berichtigungs-Kurzen 30 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“, das (einstündliche  
 Wort 10 Pfg. (zweistündig 20 Pfg. (dreistündig  
 30 Pfg. (viereistündig 40 Pfg. (fünftündig  
 50 Pfg. (sechstündig 60 Pfg. (achtstündig  
 80 Pfg. (zweizehntündig 1,00 Mk. (ein-  
 wöchentlich 7,00 Mk. (zweiwöchentlich  
 12,00 Mk. (dreiwöchentlich 16,00 Mk. (ein-  
 monatlich 25,00 Mk. (drei Monate 70,00 Mk.  
 (sechs Monate 120,00 Mk. (ein Jahr 200,00 Mk.  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 27. Oktober 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die amtliche Wahlmache beginnt!

Die sehr die Regierung bei uns sich als Hörigen der herrschenden Parteien, als Beauftragten unseres Junkertums und seiner Verbündeten fühlt, beweist die Tatsache, daß die Regierung auch bei den Wahlkämpfen sich neuerdings zum Helfer der reaktionären Parteien entwürdigt. Daß unsere Regierung bei der innigen Verpöpfung, die zwischen Junkern und Regierungsbureaucratie besteht, durch ihre gesamte Funktion des Beamtenapparates die Geschäfte des Junkertums betreibt, ist ja selbstverständlich und allbekannt. Aber diese junkerlichen Dienstleistungen erfolgten doch bis in die neuere Zeit hinein mehr in verdeckter Form, gewissermaßen unter dem Siegel der Amtsverschwiegenheit. Seit den Gontentottenwahlen aber ist die Regierung direkt in den Dienst der ihr nahestehenden Parteien getreten, hat sie sich zum Wahlmacher und Zutreiber für diese Parteien hergegeben.

In dem Maße, wie die Regierung sich zu Handlangerdiensten für Junker und Junkerengenossen erniedrigte, sind die Ansprüche der Junker immer dreistere geworden. Obgleich die Reichsfinanzreform im Grunde gegen die Regierung, zum mindesten gegen die Absichten ihres obersten Leiters, des Fürsten Bülow zu laufen kam, hat der blauschwarze Block, der den Fürsten Bülow den Fußtritt gegeben, die Regierung gedrungen, durch eine gefärbte und geschminkte finanzielle Aufmachung die finanzreformistischen Losen des Schnapsblocks der Öffentlichkeit herauszuführen! Und erst in den letzten Tagen wieder forderten die führenden agrarischen Organe ganz ungeniert, daß die Regierung dem „verschwendenden“ Treiben der Sozialdemokratie in Sachen der Teuerung offiziell durch das erforderliche Material entgegen-trete, bergehalte also den Junkern für den Wahlkampf die Kampagne erleichtere!

Und daß die Regierung in der Tat zu den weitestgehenden Liebesdiensten den Rittern und Heiligen gegenüber bereit ist, beweist die auch bereits in der Donnerstagstimmung des Reichstages zur Sprache gebrachte Meldung, wonach an die Landräte die Anweisung ergangen ist, sich während des Wahlkampfes als politische Agitatoren in den Dienst der reaktionären Parteien zu stellen. Die Landräte sollen nämlich die Regierung „nachhaltig orientieren“ über Angriffe, die in der Presse oder in den Flugblättern, die auf die nächste Reichstagswahl einwirken könnten, erhoben werden, damit „sachliche Erwidernngen“ gegeben werden können. Die Landräte sollen auch gleich Vorschläge über die Art der Erwidernngen und „Aufklärung“ machen und durch „Berichtigung“ in der Presse oder durch Flugblätter, eventuell durch Unterstützung von Volkskalendern usw. einwirken. Gleichzeitig soll die Höhe der erforderlichen Auslagen der Erwidernngen angegeben werden. Und wie wir weiter von zuverlässiger Seite erfahren, soll die Herkunft der auf landrätlige Veranlassung verbreiteten Flugchriften geheim gehalten werden! Eine Vorsicht, die sehr stark vermuten läßt, daß diese Entgegnungen, diese reaktionären Wahl-agitationschriften, nicht nur auf Veranlassung der Regierung, sondern möglicherweise auch aus staatlichen Mitteln fabriziert werden sollen!

Die Regierung will also auch bei dieser Wahl ebenso strupplos oder noch strupploser zugunsten der Junkertums und seiner Verbündeten in den Wahlkampf eingreifen, wie das schon bei den Gontentottenwahlen geschehen ist. Wie im Jahre 1907 soll der Wahlkampf ein offizieller Wahlkampf werden. Wie damals alle behördlichen Organe, der Reichskanzler, die Reichskanzlei, das Reichsmarineamt, das Reichskolonialamt, das Oberkommando der Schutztruppen usw. offiziell in den Wahlkampf eingetreten sind, so soll auch jetzt behördliche Wahlpropaganda betrieben werden. Vielleicht schließt auch diesmal wiederum die Regierung ein Bündnis mit dem Reichsverband und Flottenverein. Damals ging ja der General Keim im Kanzlerpalais und Reichskanzleramt aus und ein, um die Feldzugspläne für die Wahlen zu verabreden. Vielleicht gelüftet es auch diesmal den Präsidenten des Flottenvereins, sich ein Lob zu erwerben, wie es Wilhelm II. dem damaligen Präsidenten, dem Fürsten Salm spendete, als er ihm auf dem Fußball mit erhobener Stimme zurief: „Mein lieber Fürst, die Wahlen sind ja vorzüglich ausgefallen und ich freue mich, daß Ihr Flottenverein die Sache so prächtig gemacht hat.“

Als damals nach den Wahlen die amtliche Wahl-agitation im Reichstage zur Sprache gebracht wurde, glaubte Fürst Bülow erklären zu dürfen, daß während der Wahlbewegung „aus amtlichen Fonds für Wahlzwecke nicht ein roter Heller ausgegeben“ worden sei. Allerdings habe er sich „für die Bildung eines Komitees“ interessiert, das für die Gontentottenparteien Geld gesammelt habe. Das war natürlich nur eine formale Ausrede, denn daß in den amtlichen Bureaus, nicht nur in den Landratsämtern, eine ungeheure Wahlarbeit geleistet worden war, von Personen, die aus allgemeinen Staatsmitteln bezahlt werden, deren Dienste also nicht für bestimmte reaktionäre Parteien bestimmt sind, konnte Fürst Bülow natürlich nicht bestreiten. Und es ist ein Unfsugsondergleiches, ein skandalöser Mißbrauch staatlicher Mittel, die von der Gesamtheit der Steuerzahler aufgebracht werden

müssen, wenn auch jetzt wieder durch ausdrückliche Anweisung der vorgesetzten Behörden die Herren Landräte und ihr Beamtenstab zu wahlagitorischen Handlangerdiensten aufgebeten werden!

Dabei wird es noch höchst zweifelhaft sein, ob denn nicht in der Tat direkte amtliche Gelder für diese agitatorischen Liebesdienste für den Schnapsblock Verwendung finden werden. Ist doch im preussischen Abgeordnetenhaus festgestellt worden, daß die Verbreitung von ordnungsparteilichen Kalendern, in denen nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch der Freisinn gehässig bekämpft wurde, auf amtliche Kosten geschah! Das gleiche ist auch jetzt zu befürchten! Ja, es ist sehr wohl anzunehmen, daß noch darüber hinaus staatliche Mittel für die Bekämpfung der oppositionellen Parteien, speziell der Sozialdemokratie verausgabt werden. Ist es doch schon bisher vorgekommen, daß preussische Behörden scharfmacherische Schriften in großer Zahl angekauft und an ihre Arbeiter verteilt haben. So ist beispielsweise die Schrift eines gewissen Neumann, „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin“, von Eisenbahndirektionen, Kanalbau-direktionen und eine Anzahl von Regierungspräsidenten in vielen tausend Exemplaren bezogen worden und zur unentgeltlichen Verteilung gelangt. Was mit dieser Schrift geschehen ist, kann zu jeder Zeit wieder geschehen!

Wir aber erheben den schärfsten Einspruch gegen eine solche geschwidrigte Verschleuderung öffentlicher Gelder! Zugleich brandmarken wir mit aller Entschiedenheit die Verwendung der Landräte zu agitatorischen Zwecken als größtlichen Mißbrauch. Mögen Minister und Reichskanzler sich, wie das ja bei der Teuerungsbekämpfung geschehen, immerhin als Gesinnungsgenossen und Werkzeuge unserer Lebensmittelwucherer und Liebesgabenempfänger produzieren — aber daß unsere Bureaucratie während der Wahlzeit einfach als Handlanger und Helfershelfer dieser Elemente figurieren sollte, daß ist denn doch eine gar zu probözierende Zumutung!

## Die Internationale als Friedensmacht.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht das folgende Telegramm aus Amsterdam:

Bei der Verhandlung über das Militärgesetz in der Zweiten Kammer hat der Sozialistenführer Troelstra in einer großen Rede eine Neuerung getan, die zwar glänzlich unbemerkt geblieben ist, aber doch der Bedeutung nicht entbehrt. Troelstra sagte nach dem Bericht des sozialistischen Blattes „Het Volk“:

„Das moderne Proletariat ist die Kraft, die jetzt den Weltfrieden aufrecht erhält. Als Mitglied des internationalen sozialistischen Bureaus weiß ich, daß Regierungsmitglieder, um einen drohenden Krieg abzuwenden, sehr wohl die Adresse des internationalen sozialistischen Bureaus zu finden wußten. Das ist eine Neuerung! Eine neue wirkende Kraft für den Weltfrieden ist aufgestanden!“

Auf Grund einwandfreier Informationen glauben wir zu wissen, daß Troelstra hierbei auf die Marokkofrage anspielte und daß die beiden beteiligten Mächte, die eine durch einen verantwortlichen Mittelsmann und daraufhin die andere direkt, sich an das internationale sozialistische Bureau wandten. In der geheimen Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus zu Zürich dürfte dann gerade diese sehr wichtige Frage den Gegenstand der streng geheim gehaltenen Besprechung gebildet haben. Sicher ist es, daß die Haltung der französischen Mitglieder des Internationalen sozialistischen Bureaus und der französischen Sozialisten für die Ausbreitung der Friedensstimmung innerhalb des französischen Kabinetts den Ausschlag gegeben haben. Auf Anregung des Internationalen sozialistischen Bureaus werden in den Tagen vom 4.—6. November in verschiedenen Städten große Friedenskundgebungen stattfinden, bei welchen die Mitglieder des Bureaus in verschiedenen Ländern sprechen. So werden in Paris Furnemont und Vandervelde (Belgien), in Budapest voraussichtlich Mollenbuhr, in Innsbruck Adler, letzterer über die internationalen Fragen, sprechen, in London voraussichtlich der Generalsekretär des internationalen sozialistischen Bureaus, Gynsmans, in Brüssel der türkische Sozialist Mahun, in Amsterdam Ansele (Belgien) und Troelstra. Am 4. November wird in Saloniki eine Tagung für den Frieden stattfinden, und in Belgrad sind heute die sozialistischen Abgeordneten der Balkanländer versammelt, die ebenfalls im Interesse des Friedens tagen. Auch in allen großen Städten Ungarns sollen Friedensdemonstrationen stattfinden.

## Der Teuerungsdebatte dritter Tag.

Auch am dritten Tage der Teuerungsdebatte im Reichstag bildeten die agrarischen Redner wiederum die Mehrzahl. Für die Nationalliberalen sprach diesmal Herr Wachhorst de Wente, der Präsident des Bauernbundes, der freilich

von den Ueberagrariern der Rechten kaum zu unterscheiden war. Er berührte sich allerdings mit dem Bauerndoctor des Zentrums, Herrn Heim, in der Forderung einer zeitweiligen Aufhebung der Futtermittelzölle, obgleich er keineswegs entschieden sich aussprach, so daß nachher der Freiconservative Dr. Arndt es in Frage stellen konnte, wie denn überhaupt die nationalliberale Partei sich in dieser Frage entscheiden würde.

Gegen die sozialdemokratische Aufhebung der Grenzsperr für Vieh machte Wachhorst den sonderbaren Einwand geltend, daß die Sozialdemokraten ja gegen die Einführung von Kulis seien, um den deutschen Arbeitern die Schmutzlohnarbeit der Kuliarbeit vom Halbe zu halten. Nach Herrn Wachhorsts Auffassung kommt das auf das nämliche raus, als wenn die Agrarier das ausländische Vieh aus Deutschland fernhalten wollten. Eine besondere Note fand der Bauernbündler, indem er die Fortsetzung der Ostmarkenpolitik forderte, wobei er in echt nationalliberaler Konfusion die an sich berechnete Bekämpfung der Latifundienwirtschaft nicht von der engherzigen Polenbedrückung zu unterscheiden vermochte.

Als zweiter Redner der freisinnigen Partei kam dann der Dr. Bachnicke zum Wort. Er nagelte die Regierung fest auf den bereits durch die Presse bekannt gewordenen Geheimverlauf, in dem die Landräte aufgefordert werden, Wahlagitation im Sinne der Agrarier zu treiben. In umfangreichen Ausführungen widerlegte er dann den Versuch des Herrn Delbrück, den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands auf das Konto der Schutzpolitik zu setzen. So wies er darauf hin, daß unter den vielen Faktoren, die zu diesem Aufschwung beigetragen hätten, auch die starke Volksvermehrung gehöre, die notwendigerweise zur Ausdehnung der Industrie führen müsse, und warf die Frage auf, ob die Herren etwa glauben, daß die Erhöhung der Zölle auch zur Erhöhung der Geburtenziffern beigetragen habe. Der Regierung wies er verschiedene Widersprüche nach und stellte die Frage, weshalb denn die Vertreter Bayerns und Wadens, welche Staaten für die Aufhebung des Maiszolles seien, nicht die Ansichten der Regierung hier im Reichstag vertreten. Gegenüber der Sozialdemokratie präferierte er eine andere Stellungnahme seiner Partei dahin, daß die Freisinnigen keineswegs für die sofortige Aufhebung der Lebensmittelmittelzölle eintreten.

Der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemmer, der während der Angriffe Bachnickes von zwei Geheimräten mit statistischem Material gefüttert wurde, ergriff zu dessen Wiedergabe sofort das Wort. Er verlas nach Delbrückschem Muster endlose Zahlenreihen, drückte sich aber schon um die Beantwortung der Frage herum, wie es kommt, daß in seinen Tabellen bei der Angabe über die Kartoffelpreise in Königsberg der Zentner und in Berlin der Doppelzentner zugrunde gelegt sei.

Den Standpunkt der polnischen Fraktion vertrat in der Debatte zwei Redner. Graf Nieleczinski brachte den Unmut seiner Fraktion über die unheilvolle Ostmarkenpolitik zum Ausdruck, wobei er besonders scharf rügte, daß die preussische Regierung ihre angebliche Bauernfreundlichkeit direkt Lügen strafe, indem sie die polnischen Bauern von Haus und Scholle zu verdrängen suche. Korfanty wies an den ober-schlesischen Werhältnissen nach, daß dort die Latifundienwirtschaft nicht bloß keine gesunde Landwirtschaft aufkommen lasse, sondern direkt schädigend auf die Entwicklung der Industrie einwirke, so daß die Industriearbeiter nirgends in Deutschland teurer und schlechter wohnen, als in Oberschlesien. Obendrein werde durch die Restrukturierung, die unsere Hochschutzzölnerlei herbeiführen, die ober-schlesische Industrie ihrer Absatzmärkte in Rußland und Oesterreich beraubt.

Von agrarischer Seite sprach noch der Gutbesitzer Lehmann-Jena, der früher der nationalliberalen Partei angehöre und jetzt bei den Antisemiten hospitiert, also eine Art Austauschprofessor für Herrn Böhmke, der von den Antisemiten zu dem Nationalliberalen hinübergeturnt ist. Sachlich hatte er nichts Neues vorzubringen, suchte aber durch allerhand Witze seine Rede schmuckhaft zu machen.

Sehr interessant waren die Ausführungen des wildliberalen Herrn Kobelt aus Magdeburg, der als Fleischvermeißler imstande war, in sachkundiger und mit derbem Humor gewürzter Rede die von größter Sachkenntnis zeugenden Ausführungen der agrarischen Minister und Abgeordneten über die Fleischversorgung des Volkes zu widerlegen. Er erklärte, daß es eine der unglücklichsten Stunden für den Reichskanzler gewesen sei, als er im Laufe seiner Wahlrede durch seinen Angriff auf den Zwischenhandel den gesamten Mittelstand vor den Kopf gestoßen hätte. Die Agrarier versuchten, ihn aus dem Konzept zu bringen, indem sie ihm wiederholt zuriefen: Argentinisches Fleisch! Herr Kobelt verblüffte sie durch die Erwiderung: „Na, lassen Sie es doch ruhig herein-kommen; Sie sagen ja immer, das Volk wolle es nicht essen, dann wird es sich ja zeigen, ob das Volk davon Gebrauch machen will oder nicht. Die arbeitenden Klassen, die sowieso schwer zu kämpfen haben, müssen Gelegenheit haben, sich so billig zu ernähren, wie möglich.“

Zum Schluß gab es noch eine Geschäftsordnungsdebatte. Die Agrarier wollten auch am Freitag mit der Teuerungsdebatte fortfahren, wohl mit dem Bewußtsein, daß sie bisher sehr schlecht abgeschnitten haben. Auf Antrag von Wewel und Wiemer wurde aber beschlossen, zunächst die Interpellationen über die Maul- und Klauenseuche auf die Tagesordnung zu setzen und erst nach deren Erledigung mit der Teuerungsdebatte fortzufahren.

## Der Krieg.

„Il soldatino italiano“, der kleine italienische Soldat, dem phrasenreiche Journalisten in Italien überschwengliche Lobhymnen sangen, wie einst französische Chaudinisten ihrem

„proupon“, teilt jetzt den grausamen Ernst eines nordafrikanischen Krieges gründlich kennen. Die Periode leichter „Siege“, des ruhmlosen Bombardements unbewehrter Lehmwänden und halbverfallener Forts in den tripolitanischen Küstenstädten ist vorüber, jetzt kommt das erbitterte Ringen mit den einen Verzweiflungskampf kämpfenden türkischen Truppen und den irregulären arabischen Reitertruppen, die mit ihrem unausgesehenen, heimmütigen Anstürmen und Ausweichen, eine an europäische Kampfesweise gewöhnte Truppe zur Verzweiflung bringen können.

Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß die Italiener bei einem Vordringen ins Innere auf einen entschiedenen Widerstand der türkischen Truppen und der Araber stoßen werden. Daß sie sich aber schon unter den Mauern von Tripolis blutige Köpfe holen würden, konnte man kaum annehmen. Nichtsdestoweniger hat sich das Geschehene, das am Montag, den 23. Oktober, stattfand, in unmittelbarer Nähe der Stadt, in dem um Tripolis sich hinziehenden Dufengürtel abgepielt, und es spricht für den Kampfesmut der Türken und Araber, daß sie den Angriff in ein Terrain trugen, das noch im Bereiche der italienischen Schiffsgefahr lag, die ja auch tatsächlich in den Kampf eingegriffen haben. Die Salappe, die die Italiener erlitten haben, wird ihren Vormarsch ins Innere auf lange hinaus verzögern und hat ihnen eine Vorahnung dessen gegeben, was ihrer wartet, wenn sie, was ihnen schließlich gelingen kann, mit erdrückender Uebermacht und unter großen Opfern die erste türkisch-arabische Verteidigungslinie zurückgedrängt haben.

Der Kampf vom Montag hat aber auch bewiesen, daß all das, was von italienischer Seite über Unterwerfung der Araber in die West hinübergeschickt wurde, eitel Schwindel war. Wir haben sie auch stets als solchen bezeichnet und haben höchstens die Unterwerfung einiger Küsten- oder Stadt-Araber als möglich zugegeben. Aber auch das war in Wirklichkeit nicht einmal der Fall; die Italiener haben es nur bis zur „Unterwerfung“ einiger korrupten Subjekte gebracht, deren Huldigung der italienischen Flagge jedenfalls mit einer Anzahl Goldstücke erkauft war. Muß doch jetzt von den Italienern, wenn auch sehr verklausuliert, zugegeben werden, daß die Araber in den Straßen von Tripolis die italienischen Truppen angegriffen haben, wozu ihnen höchstwahrscheinlich ein fluchtartiger Rückzug der Italiener Anlaß gab. Jedenfalls hat der Montag den Italienern zum Bewußtsein gebracht, daß die tripolitanischen Eingeborenen keine Lust haben, italienische Untertanen und Ausbeutungsobjekte zu werden.

Die Italiener verstehen es aber auch meisterhaft, den Haß der Eingeborenen zu schüren und zu stärken. Denn ihre bisherige eitle Ruhmredigkeit wird jetzt nach der ersten Niederlage übertroffen von ihrer Brutalität und Barbarei. Sie haben in Tripolis eine Majestätskult etabliert, die Kriegesgerichte machen sich ihre Arbeit sehr leicht: Todesurteile gegen Araber werden im Handumdrehen verhängt und vollstreckt. Fast ein halbes Hundert Araber sind schon von den Äugeln der Exekutionsspelotons der „christlichen“ Armee, die sich des besonderen Segens des Papstes, der Karbinale, Erzbischöfe usw. erfreut, niedergebretet worden. Diese aller Kultur hochsprechende Barbarei ist wohl auch so ziemlich das Einzige, was die italienischen Tripolitaner von der kolonialen Kriegführung gründlich zu verstehen scheinen.

Die Italiener werden in Tripolis auf zwei getrennten Kriegsschauplätzen zu kämpfen haben: in dem Hinterlande des eigentlichen Tripolis und im Innern der Cyrenaika. Auf beiden haben sie mit dem vereinigten Widerstande der regulären türkischen Truppen und der irregulären Araber zu rechnen. Der bedürfnislose, an Entbehrungen gewöhnte türkische Soldat und der an die Dürftigkeit seiner Heimat gewohnte Eingeborene werden den Guerillakrieg lange aushalten können. Anscheinend stoßen zahlreiche türkische Offiziere auf Umwegen zu den Truppen in Tripolis, und die Versorgung mit Waffen und Munition wird sich auch über die tunesische und ägyptische Grenze ermöglichen lassen, denn in derartigen Situationen gibt es immer profitablere Schleichhandels, die die Konjunktur auszunutzen verstehen. Ob die Türken in der Cyrenaika auch Verstärkung durch ägyptische Beduinen erhalten, läßt sich zurzeit nicht feststellen.

Man braucht kein großer Prophet zu sein, um einen baldigen Umschwung der öffentlichen Meinung in Italien vorauszusagen. Bald werden Todesnachrichten und Meldungen über Verwundungen in zahlreiche Proletarierhütten und Bürgerhäuser flattern. Muß doch die Regierung selbst zugeben, daß der Kampf bei Tripolis am Montag 300 Tote gekostet hat (in Wirklichkeit werden es wohl noch mehr sein), und auch bei Derna in der Cyrenaika hat es dieser Tage größere Verluste gegeben. Und wenn dann die durch eine verlogene, ruhmredige Presse über die wirklichen Gefahren und Entbehrungen getäuschten Soldaten ihre Eindrücke über die Dede und die Armut des okkupierten Landes in die Heimat schreiben, wenn neue Verstärkungen nach Afrika geschickt, neue Millionen bewilligt werden müssen, dann wird der Volkszorn erwachen und mit dem brutalen und kopflosen Imperialismus Abrechnung halten. Dann werden auch die Lügenkünste der pöfischen und kapitalistischen Presse versagen.

Eine Gefahr für Europa bilden die Schwierigkeiten der Italiener in Tripolis insofern, als sie die italienische Regierung sehr leicht veranlassen können, die afrikanische Schlappe durch eine Aktion der Flotte im Ägäischen Meere oder durch die Beschickung eines türkischen Hafens in Kleinasien wettzumachen. Ein solcher Angriff gäbe den anderen Balkanstaaten den erwünschten Anlaß, auch ihrerseits auf den Status quo auf dem Balkan zu pfeifen und die ganze Balkanfrage auf freigerischem Wege zu lösen. Die Heere Bulgariens, Serbiens, Griechenlands und Rumaniens haben ihre Mobilisation schon so gut wie beendet, Oesterreich-Ungarn hat in aller Stille Truppenkonzentrationen in Bosnien und Slavonien vorgenommen, kurz es bedarf nur eines geringfügigen Anlasses, der aus dem frivolen Banditenreiche Italiens einen Völkerkrieg macht. Jedenfalls ist nicht mit einem baldigen Ende des Krieges zu rechnen und das internationale Proletariat hat alle Ursache auf seiner Hut zu sein.

### Die italienische Darstellung der Lage.

Tripolis, 23. Oktober. Die Nacht vom 24. auf den 25. 5. Mis. verlief ruhig. Gestern morgen bemerkte ein Aeroplan anrückende feindliche Streitkräfte sowie andere, die 15 Kilometer von den italienischen Vorposten entfernt lagerten. Diese Truppen wurden durch den Aufklärungsoffizier auf nicht weniger als 5000 bis 6000 Mann geschätzt. In der Gasse von Tripolis, 800 Meter von der italienischen Verteidigungslinie, bemerkte man zahlreiche Wagnisschiffe, die jedoch keinen Angriff machten. Die Gasse wurde darauf durch die italienischen Kruppgeschütze sowie die Schiffgeschütze beschossen. Die im Rücken der italienischen Stellungen

befindliche Gasse wurde von gefährlichen arabischen Elementen, die dort wohnten, gesäubert. Bei Rekognoszierungen auf dem italienischen linken Flügel wurden über 300 von den Feinden zurückgelassene Leichen gefunden. Man beschlagnahmte eine sehr große Zahl von Waffen aller Art, alter und moderner, und über eine Million Kartuschen, Waffen und Munitionsvorräte waren überall in Tripolis und Umgebung versteckt, in Häusern, Magazinen, Karawanenstationen, zwischen Waren, in Getreidefässen, Kellern und Zisternen. Die Durchsuchungen dauern fort. Aber schon jetzt darf die italienische Verteidigungslinie als gesichert betrachtet werden.

Die Araber dürfen die italienische Verteidigungslinie nicht mehr frei passieren. Die Ueberwachung ist überall sehr streng. Ein türkischer Unterhändler traf gestern bei dem Obersten Para ein und verlangte die Rücknahme der eroberten türkischen Stellungen. Man antwortete ihm, die Türken und Araber sollten kommen und sie nehmen. Es handelte sich sicher um einen Offizier, der ausgespäht war, um unter diesem Vorwande die italienischen Linien zu besichtigen. Natürlich wurde er mit verbundenen Augen herein- und hinausgeführt. Es ist noch nicht möglich, die italienischen Verluste genau anzugeben. Aber man kann schon sagen, daß sie niedriger sind, als man zuerst vermutet hat. Die Lage in Homs, Benghasi, Derna und Tobruk ist unbedenklich. In Benghasi ist die Ausschiffung aller Truppen und Materialien beendet, ebenso in Derna. Alles nimmt seinen geordneten Fortgang, auch in Tobruk. Der Gesundheitszustand ist sehr gut.

### Die italienischen Verluste.

Tripolis, 23. Oktober. Die italienischen Verluste bei dem letzten Gefecht betragen nach zuverlässigen Mitteilungen 300 Tote und viele Verwundete, darunter viele Offiziere. Den Hauptstoß hatte das 11. Regiment auszuhalten. Viele Leichen waren entsehrlich verstümmelt. Die letzten Vorfälle beweisen zur Genüge, daß die Italiener die türkischen Kräfte sehr unterschätzt haben, der Krieg fängt jetzt erst an. Die Entsendung von Verstärkungen ist daher unvermeidlich. Die Eingeborenen in der Stadt zeigen bis jetzt nur feindliche Haltung gegen die Italiener, da aber auch religiöse Momente in Frage kommen, ist es leicht möglich, daß die Lage für die Europäer überhaupt gefährlich wird.

Die Stärke der türkischen Streitkräfte, die sich jetzt gesammelt haben, wird auf 30 000 Mann angegeben. Zwei Stämme mit Kamelen und vielen Vorräten sowie zwei Scheichs werden noch erwartet. Viele türkische Stabsoffiziere sind noch zu den türkischen Truppen geflohen. Hassan Riza Pascha, ein Schüler der deutschen Offiziere, hat jetzt den Oberbefehl über die Truppen übernommen. Es ist gelungen, große Geldsendungen zu den Truppen zu schaffen.

### Ein angebliches Seegefecht.

Mailand, 23. Oktober. Der „Messaggero“ bringt aus Augusta die mit Vorbehalt aufzunehmende Nachricht, daß das italienische Kriegsschiff „Kapoll“ in nächster Nähe der Dardanellen zwei türkischen Kriegsschiffen begegnet sei, die es lebhaft angegriffen hätten. Die Türken hätten das italienische Schiff zwischen zwei Feuer nehmen wollen, aber diesem sei es gelungen, das eine türkische Kriegsschiff in den Grund zu bohren und das andere in die Flucht zu jagen.

### Die Cholera in Tripolis.

Mailand, 23. Oktober. Der Spezialkorrespondent des „Avanti“ meldet aus Tripolis, daß seit gestern 20 Todesfälle an Cholera vorgekommen seien.

## Die chinesische Revolution.

Jeder Tag bringt der Revolution Erfolge. Die Rebellen haben die Truppen des Generals Jintshang umgangen und 120 Meilen nördlich von Hankou die kaiserliche Kriegskasse erbeutet, die 4 1/2 Millionen Mark in bar enthielt. Die Regierung kann also an die noch treu gebliebenen Truppen den Sold nicht zahlen, was bei der Stimmung in der Armee sehr bedenklich ist. Auf diese Stimmung würde auch die Nachricht ein bezeichnendes Licht werfen, daß der General Jintshang von einem Generalstabsoffizier erschossen worden ist. Eine Bestätigung des Gerüchts steht allerdings noch aus.

Die Nachricht von dem Einmarsch der Japaner in Mukden wird dementiert. Die japanische Regierung soll beschloffen haben, sich streng neutral zu verhalten. Doch befürchten die Revolutionäre nach wie vor, daß die Mandschudynastie in ihrer Verzweiflung doch noch japanische Hilfe erbitten wird.

Das wichtigste Ereignis, das heute gemeldet wird, ist die revolutionäre Haltung der Nationalversammlung, die an die Vorgänge in Paris vor Ausbruch der Revolution erinnert. In der gestrigen Sitzung kam es zu stürmischen Szenen. In einer sehr scharfen Resolution wurde beantragt, den Eisenbahnminister Schengjuanhui unter Anklage zu stellen. Der Minister wurde der Korruption und der Begünstigung des ausländischen Kapitals bei den Eisenbahnbauten beschuldigt, was zum Teil der Rufstand mit verursacht hätte. Ein Abgeordneter von Honan, der als ein Vertrauter Juanshikais gilt, forderte die Regierung auf, mit den Revolutionären Frieden zu schließen und ihre berechtigten Forderungen anzuerkennen. Seine Rede wurde mit Jubel aufgenommen, der Präsident vertagte die Sitzung, um weitere Debatten zu verhindern. Die Resolution gegen den Minister wurde angenommen. Viele eingeschüchterte Mandschuprinzen stimmten für den Antrag. Wenn die Regierung die Forderung nicht bis morgen erfüllt, will die Nationalversammlung sich auflösen.

### Er mordung des kaiserlichen Heerführers?

New York, 26. Oktober. „New York Herald“ meldet aus Peking: In Militärkreisen ist das Gerücht verbreitet und hält sich handfest aufrecht, daß der Kriegsminister Jintshang im Militärlager durch einen Generalstabsoffizier ermordet worden sei. Dem Korrespondenten des Blattes war es jedoch nicht möglich, eine Bestätigung des Gerüchts zu erlangen.

Nach einem Telegramm des amerikanischen Konsuls in Tientsin ist die Stadt Tsinanfu, die Hauptstadt von Schantung, nachdem die Truppen gemeutert hatten, in die Hände der Rebellen gefallen.

### Das Verhalten Japans.

Peking, 26. Oktober. Es war mitgeteilt worden, daß die chinesische Regierung versuchen würde, eine Fristverlängerung für die Zahlung der Boxerentschädigung zu erbitten. Jetzt wird bekannt, daß die chinesische Regierung auf eine solche Fristverlängerung verzichtet. Es heißt, daß China eine geheime Anleihe zu diesem Zwecke abgeschlossen habe. Der Korrespondent des „New York Herald“ behauptet, erfahren zu haben, daß Anleihe-

verhandlungen mit Japan in der Schwebe seien. Die Postungen in Tokio berichten, daß die Revolutionäre japanische Kaufleute vor einer Unterstützung der Mandschuregierung durch Japan, sei es auf dem Wege einer Anleihe oder auf anderem Gebiete, warnen. Die Revolutionäre drohten, bei dem ersten Zeichen einer Unterstützung Chinas durch Japan, sofort den Boykott auf japanische Waren zu verhängen. Die Revolutionäre erklären ferner, glaubwürdige Nachrichten zu haben, daß Japan zwei Divisionen mobilisiert habe, und daß die japanische Flotte bereit sei, sofort nach China abzudampfen, sobald die Mandschudynastie Japans Hilfe für die Erhaltung des Thrones verlange.

### Das Bombenattentat von Canton.

Canton, 25. Oktober. Durch den heutigen Bombenanschlag sind im ganzen 21 Menschen getötet, 18 verwundet und sieben Häuser beschädigt worden. Der Täter selbst, der ein Eingeborener aus dem Sunningdistrikt ist, wurde tödlich verwundet.

### Der „internationale“ Straßenkampf.

Berlin, 26. Oktober. Ueber die in der Presse vielfach erörterte Aktion der internationalen Truppen in Hankau gibt ein ausführlicher Bericht des Kreuzergeschwaders nähere Aufklärung.

Zu der Nacht vom 12. zum 13. Oktober war ein Feuer in der Nähe der deutschen und englischen Niederlassungen ausgebrochen, und der chinesische Vöbel benutzte diese Gelegenheit, um in die Niederlassungen einzudringen in der Absicht, eine Plünderung zu versuchen. Der Einfall wurde zunächst durch das den Polizeidiens versehenen deutsche und englische freiwilligen Korps aufgehalten, zu dessen Unterstützung dann noch die Landungsabteilungen des Kanonenbootes „Vaterland“ und des englischen Kanonenbootes „Thistle“ und eine Patrouille des amerikanischen Kreuzers „Helena“ herbeieilten.

Dem schnellen und tatkräftigen Einschreiten der internationalen Truppen gelang es, wie bereits gemeldet, weitere Exzesse des aufgeregten Vöbels zu verhindern und dadurch die Niederlassungen von allen weiteren Vorfällen freizuhalten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Oktober 1911.

### Wahlverwandte schöne Seelen.

Nach der Düsseldorfener Wahl schrieb die „Rhein.-Westf. Zeitung“ als Vertreterin der rechtsnational-liberalen und konservativen Großindustriellen Rheinland-Westfalens, zunächst müsse die Taktik des Nationalliberalismus darauf gerichtet sein, das Zentrum mirbe zu machen, damit es seinen politischen Hochmut fahren lasse und sich den Wahlbedingungen der rheinisch-westfälischen Großindustriellen und ihrer politischen Kommissäre füge. Wie es scheint, hat diese schöne Sundeerziehungstaktik bei dem Zentrum tatsächlich den erwünschten Erfolg. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ veröffentlicht nämlich mit einer gewissen Genugtuung in ihrer Nr. 1186 (Mittwochabend-Ausgabe) folgende Zuschrift eines hervorragenden Mitgliedes der Zentrumspartei des Industriegebietes:

Die billige Rücksichtnahme auf den in gutem Sinne modernen Geist in nationalen Lager ist dem Zentrum als Ganzem noch lange nicht in Fleisch und Blut übergegangen, wenngleich seine geschickten Führer die Notwendigkeit einsehen und diese Einsicht auch zu betätigen praktisch genug veranlagt sind. Ich möchte da aufmerksam machen auf die Haltung des Direktors Dr. Brauns vom Volksverein in der jüngsten Generalversammlung des Augustinusvereins zu Köln. Nachdem von mehreren Herren die Ratfamkeit einer Verständigung mit den Nationalliberalen im Westen hervorgehoben und beifällig aufgenommen worden war, ging Dr. Brauns näher auf das „Problem“ ein und plädierte unverhohlen für größeres Entgegenkommen gegenüber den nationalliberalen Wünschen auf kommunalpolitischem Gebiete. Unter den Beifall, der darob halblaut wurde (die Keuschheit der Idee machte sich in einer unterbeunbaren Gedrücktheit bemerkbar), mischten sich auch Bedenken und Widerspruch; großartig durch diese Bewegung hindurch der Ausruf des Chefredakteurs eines Zentrumsblattes nahe am Rande der „Rhein.-Westf. Ztg.“: „Koch mehr Entgegenkommen!“ Der badische Zentrumsführer Gessl. Rat Wacker stimmte Dr. Brauns bei, machte aber den überflüssigen Vorbehalt, daß eine Verständigung mit Anhängern des Großblocks ausgeschlossen sein müsse. Von Kölner Seite wurde die Idee ebenfalls gebilligt. Dortmunder Widerspruch wurde nicht laut, man hörte aber auch sonst kein Wort mehr für die Verständigungsidee. Im offiziellen Organ des Augustinusvereins lehnte die Idee weniger zuversichtlich wieder, als sie in Köln gelungen hatte. (Rambert Lenkung ist 2. Vorsitzender des Augustinusvereins.) Der Satz in dem erwähnten Artikel der „Rhein.-Westf. Ztg.“: „Es galt, dem Zentrum für seine allzu selbstsüchtige Parteipolitik auf den Stadthäusern einen Denktettel zu geben“, ist aber bestimmt in den Zentrumsführerkreisen auf Verständnis gestossen.

Allerliebste! Höchst wahrscheinlich erleben wir es also doch noch bei der nächsten Reichstagswahl, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet das ultramontane „sozialpolitische“ Zentrum mit dem großindustriellen Scharfmachtum Arm in Arm zur Wahlurne marschiert — zur Erhaltung der heiligen Religion und des lieben feueren Vaterlandes. Eine hundsgemeine Farce!

### Zur Landtagswahl in Elsaß-Lothringen.

Unsere eifrigen Parteiblätter, die Stroßburger „Freie Presse“ und die „Mülhauser Volkszeitung“, veröffentlichen an der Spitze ihrer letzten Nummer einen Aufruf an die sozialdemokratischen Wähler, in welchem diese zur Unterstützung der liberaldemokratischen Kandidaten in den Wahlkreisen: Altkirch-Dammerbach, Kolmar-West, Hünningen-Eltern, Stroßburg I und II, Genmuth, Truchtersheim-Hochfelden, Wischweiler, Sulz-Wörth, Jabern-Roursmünster, Buchweiler-Bühlstein, Weg I und II, Montigny-Sablon, St. Avold aufgefordert und zugleich die Gründe dargelegt werden, die das Zentralwahlkomitee der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens zur Abschließung eines Wahlbündnisses mit den Liberalen und Demokraten bestimmt haben.

In dem Aufruf heißt es:

„Das Zentrum ist die Partei der Heuschel und des Volksbetruges, die vor den Wahlen dem Volk schmeichelt und gelegentlich auch die Faust gegen die Regierung ballt, die nachher aber mit der Regierung liebäugelt, schwärzt und luhhandelt, im Interesse ihrer Sippe, zum Schaden des Volkes.“

Das Zentrum ist die Partei der Korruption und der Verlogenheit, die vor keinem Mittel, vor keiner Lüge zurückschreckt, um den Gegner zu schädigen. Es ist die Partei der Volksverhöhnung, die mit der Religion, die von niemanden gefährdet ist, ungebührliche Geschäfte zu machen sucht und sie in die Politik hineinzieht.“

Das Zentrum ist auch die Partei des Wortbruchs und des Volksbetruges. Vor den Wahlen verspricht es,

gegen neue indirekte Steuern und für arbeiterfreundliche Gesetze zu stimmen; es hat noch immer sein Wort gebrochen und für alle neuen indirekten Steuern gestimmt. Es ist in erster Linie verantwortlich für die Verteuerung aller Lebensmittel.

Bekommt das Zentrum die Mehrheit im neuen Landtag, dann wird es auch weiterhin in unserem schönen Lande gegen das Volk wirtschaften. Gerade im Interesse des wertvollen Volkes muß daher diese drohende schwarze Mehrheit verhindert werden. Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Elshaj-Lotbringers ist daher mit der liberalen Landespartei und der Demokratischen Partei, die den Kampf gegen das Zentrum ebenfalls auf ihre Fahnen geschrieben haben, in Verhandlungen getreten. Diese Verhandlungen haben zu einer Einigung geführt. Die beiden Parteien haben die folgenden Punkte zur Grundlage ihrer Vereinbarung gemacht:

1. Beseitigung der Gemeindefiskalklausel und Einschränkung der Landeswohnsitzklausel.
2. Einführung der progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer, Abschaffung der indirekten Steuern auf Lebens- und Genussmittel.
3. Ausbau der Gewerbeinspektion, insbesondere gesetzliche Regelung des Bau-, Berg- und Hüttenarbeiterschutzes, Einführung des deutschen Gewerbegerichtsgesetzes, Vermehrung der Gewerbegerichte.
4. Sicherung des Koalitionsrechts für alle Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie, des Staats und der Gemeinde.
5. Bekämpfung aller auf die Klerikalisierung des Staates und seiner Einrichtungen, besonders der Schule, gerichteten Bestrebungen.

### Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ für parlamentarische Regime!

Dasselbe Scharfmacherblatt, das sofort bereit wäre, den Reichstag von einem Leutnant und 10 Mann ansehnlicher Sprengung zu lassen, sobald einmal ein vernünftiges sozialpolitisches Gesetzchen verabschiedet wird, ist jetzt über seine Ausschaltung bei den Marokkoverhandlungen wütend. Die ablehnende Haltung der Schwarzblauen zu dem nationalliberalen Antrag, den Abschluß der Marokkoverträge von der Zustimmung des Reichstages abhängig zu machen, begleitet das Blatt mit folgendem Kommentar:

„Wir hören bereits, daß die Verträge mit Frankreich so gefast sein werden, daß sie in keiner Weise der Beschlussfassung des Reichstages unterliegen. Um so trauriger ist es, daß konservative und Zentrum die Herbeiführung einer Willensmeinung des Reichstages verhindern, wonach vor Abschluß die Vertreter des deutschen Volkes über diese Macht- und Ehrenfrage gehört werden. Der sterbende Reichstag hat Selbstmord begangen. Feigen Selbstmord. Mit diesem Male soll er in der Geschichte fortleben! Denn es ist Feigheit, wenn er sich nicht daselbst Recht zugestehen will, das die französische Volksvertretung kraft der französischen Verfassung von vornherein hat. Während die Franzosen ihre Staatsmänner auf Herz und Nieren prüfen werden, während sie etwa die schönen Verträge ganz und gar vernichten: verbinden sich die deutschen Volksvertreter höchst eigenhändig ihren Mund und entäußern sich ihres Rechts, dort zu reden, wo Schweigen Selbstentwürdigung heißt! Es scheint, der Wahltag soll nicht nur Zahlung für die Regierung werden, die nicht die Stimme des Volkes hören will, sondern auch Gerichtstag über die Parteien, die aus allgemeinen augenblicklichen parteitaktischen Erwägungen heraus auch die Stimmen ihrer eigenen Wähler mißachten zu können vermeinen.“

Schade, daß bisher es gerade auch die Nationalliberalen waren, die allen sozialdemokratischen Anträgen auf demokratische Ausgestaltung der Verfassung und Einführung der parlamentarischen Regierung Widerstand geleistet haben. Und wir fürchten, daß die Herren auch in Zukunft sich nicht bessern werden, obwohl es auch ihnen vor den Ergebnissen des bürokratischen Absolutismus graut.

### Süddeutscher Eisenbahnerverband und die bayerische Staatsregierung.

München, 25. Oktober. Heute begannen in der Kammer die Verhandlungen der Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion wegen des Vorgehens der bayerischen Staatsregierung gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband. Auf eine widerliche Heße des Zentrums ließ bekanntlich der Verkehrsminister einen Erlaß gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband hinausgehen, in dem die schärfsten Maßregeln angedroht werden für den Fall, daß man den sozialdemokratischen Forderung hinreichend verdächtigen Verband wirklich böllig einwandfrei überführen könnte.

Die Interpellation lautet: „Was hat die kgl. Staatsregierung zu ihrem Erlaß vom 15. August 1911 gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband veranlaßt und wie will sie die Gesetzmäßigkeit dieses Erlasses begründen?“

Begründet wird sie in vorzüglicher Rede durch Genossen Röhaupt. Er legt zunächst das Verhältnis des Süddeutschen zum christlichen Verbände der Zentrumspartei dar und behauptet, daß die „papierene Sozialpolitik“ des Zentrums und die dadurch verursachte Mitgliederflucht bei den Christlichen die erste Veranlassung zu der Heße gewesen sei. Durch ein Verbot soll dem christlichen Verband die unliebsame erfolgreiche Konkurrenz vom Leibe gehalten werden. Genosse Röhaupt greift dann den Minister an, weil er gegen alles Recht und gegen seine in früheren Sessungen gedauerte Ueberzeugung einen solchen Gewalttat gegen eine Gewerkschaftsorganisation unternommen habe. Nach einer Reihe von Einzelfällen hat dieser Erlaß jetzt schon dahin geführt, daß Beamtenanwälte vor ihrer Beförderung feierlich erklären mußten, nicht Mitglieder des Süddeutschen Verbandes zu sein. Der Erlaß und seine Durchführung bedeute einen ungeheuerlichen Verstoß gegen das Koalitionsrecht, das in der vorigen Session durch den Zentrumsabgeordneten Graf Pestalozza als ein Naturrecht ausdrücklich auch den Staatsarbeitern zuerkannt wurde. Große Heiterkeit erregt in Ansehung an eine Bemerkung von Müller-Reinigen im Reichstage die Konstatierung, daß die Sozialdemokratie mit dem Zentrum nicht im „Konkubinat“ gelebt habe, da ja über jene Ehe der Segen mehrerer Geistlicher gesprochen wurde.

Bezeichnend für den guten Ton im Zentrum ist ein Zwischenruf des Abg. Feld, der die Ausführungen Röhaupters als „unverschämte Lausühberei“ bezeichnet.

Minister v. Frauendorfer beantwortet die Interpellation. Der Verkehrsverwaltung sei durch mannigfache Vorläufige Zweifel aufgegeben, ob der süddeutsche Eisenbahnerverband nicht doch, wie die Zentrumspresse immer behauptet habe, eine sozialdemokratische Organisation sei. Die Untersuchung habe nun ergeben, daß manches für diese Auffassung spreche:

1. Die Tatsache politischer Agitation in den Werkstätten.
2. Die einflussreiche Stellung von Sozialdemokraten im Verband.
3. Stellen aus dem Verbandsorgan.
4. Das Auftreten sozialdemokratischer Redner in Verbandsversammlungen.

5. Die Tatsache, daß Mitglieder des Verbandes als sozialdemokratische Gemeindevorsteher amtieren.

6. Die finanzielle Unterstützung der sozialdemokratischen Partei durch den Verband.

7. Die Zugehörigkeit einzelner Zweigvereine des Verbandes zu den Kartellen der freien Gewerkschaften.

Ein Verteidiger des süddeutschen Eisenbahnerverbandes, so sagt Minister von Frauendorfer, würde folgendes zugunsten des Angeklagten anführen können:

1. Der Verband ist nach seinen Statuten nur eine Vereinigung zu wirtschaftlichen Zwecken.
2. Ein Teil der Mitglieder bekennt sich nicht zur Sozialdemokratie.
3. Der Verband wendet sich zur Erreichung seiner wirtschaftlichen Ziele auch an andere Parteien.
4. Der Verband hat seit 1898, seit seinem Bestehen seine Ziele nicht geändert.
5. Die freien Gewerkschaften sind nicht identisch mit der sozialdemokratischen Partei.
6. Wenn auch einzelne Mitglieder sozialdemokratisch sind, so ist es deshalb noch nicht der Verband.

Nachdem so Minister v. Frauendorfer zuerst als Staatsanwalt die Anklage begründet und sie dann als Verteidiger selbst wieder entkräftet, kommt er zum Schluß:

Der Verband ist sozialdemokratischer Gesinnung stark verdächtig. Die Beweise reichen aber nicht hin zu einer Verurteilung, das heißt zu einer Auflösung. Darum hat sich das Ministerium mit einer Verwarnung begnügt.

### Der Liberalismus in der Pfalz.

Zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei für die Pfalz ist es zum Kampf gekommen. Die Einigungsverhandlungen wurden abgebrochen.

### Ein einmaliger Ueberlaß.

Ein Ausspruch des Vorsitzenden der nationalliberalen Partei Büttelbergs, des Landtagsabgeordneten Käßel, über den Krieg verdient angezogen zu werden. Auf der Wanderversammlung dieser Partei in Wöblingen ließ sich der liberale Gemütsmenschen also vernehmen:

„Niemand wird die Opfer, die bei den heutigen Waffen ein Krieg fordert, leicht nehmen, aber wir müssen vielleicht eines Tages die Frage so stellen: gehen mehr Menschenleben in einem Krieg verloren, durch den wir uns und unserer Arbeit den nötigen Anteil am Weltmarkt sichern, oder nimmt Deutschland mehr ab, wenn durch Not und Hunger in späteren Jahrzehnten bei dem mächtig angewachsenen Volk Krankheiten, wie Schwindsucht usw., vermehrt, die Kindersterblichkeit erhöht und die Zahl der Geburten unnatürlich beschränkt wird? Und da ist es nicht ausgeschlossen, daß man dann zur Ueberzeugung kommt, ein einmaliger Ueberlaß in einem halben Jahrhundert sei einem chronischen Siedtum vorzuziehen.“

Diese Nautierphilosophie ernsthaft zu behandeln hieße der nationalliberalen Geistesgröße zuviel Ehre antun. Mit dem Schredgespenst der Ueberdölkerung des Erdballs mag man liberale Kinder schrecken können, denkende Menschen lächeln über solche „Wissenschaft“. Ein liberaler Politiker braucht auch nicht wissen, daß der Krieg gerade die körperlich und geistig Tüchtigen des Volkes vernichtet, die Schwachen und Unmündigen verschont und so die Qualität des Volkes verschlechtert. Aber eine ganz flüchtige Ueberlegung hätte ihn doch abhalten sollen, solche Argumente für den Krieg vorzubringen. Wenn wirklich einmal ein Ueberlaß not tut, warum sollen dann die Schmarotzer und Faulenzer, die sich vom Mark und Blut des arbeitenden Volkes nähren, die dem Volke die Taschen leeren und lustig verprassen, was fleißige Hände in Not und Sorgen schaffen, nicht zuerst daran glauben? Warum soll das Menschengeschlecht sich von der Intelligenz der Dienen beschämen lassen? Kennt Herr Käßel das Herweghsche Gedicht nicht, in dem der Vers vorkommt:

Menschenbienen, die Natur,  
Gibt sie euch den Honig nur?  
Seht die Drohnen um euch her!  
Habt ihr keinen Stachel mehr?

### Die Lebensmittelsteuerung und die Lübecker Bürgerschaft.

Von der sozialdemokratischen Fraktion der Lübecker Bürgerschaft war vor einigen Wochen folgender Antrag gestellt worden: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in Rücksicht auf die in Lübeck herrschende Not der minderbemittelten Bevölkerung und die noch zu erwartende starke Zunahme der Teuerung die Reichsregierung aufzufordern, 1. die Lebensmittelzölle zu suspendieren, 2. alle Vieh- und Fleischimportverbote aufzuheben, 3. das System der Einfuhrscheine zu beseitigen. Weiter wird der Senat ersucht, gemeinsam mit der Bürgerschaft eine Kommission einzusetzen, welche hauptsächlich die Fragen zu prüfen hat, wie in Lübeck a) die Beschaffung billigen Fleisches, b) die Beschaffung billiger Kartoffeln, c) der Großimport von Gemüse, in die Wege geleitet werden kann.“ Erst diese Woche kam vorstehender Antrag in der Bürgerschaft zur Verhandlung und wurde von unserem Genossen Stellung eingehend begründet. Was man nicht für möglich halten sollte, geschah dann: Die Bürgerschaft lehnte den Antrag mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und zweier Bürgerlichen ab. Unter den Rednern, die dem Antrag auf Änderung der Lebensmittelsteuerung entgegentraten, befand sich neben den Agrariern auch der „liberale“ Wischmatsch-Reichstagskandidat Julius Klein, der meinte, eine ganze Reihe von Artikeln sei gar nicht im Preise gestiegen und deshalb könne von einer Teuerung, wie sie von den Sozialdemokraten geschildert werde, gar nicht die Rede sein. Derselbe Klein hatte allerdings noch vor wenigen Monaten, als es sich darum handelte, seinen Kollegen, den Beamten, Gehaltsverhöhrungen zu verschaffen, betont, die Beamten ständen infolge der Teuerung vor dem Ruin. Man kann daraus ersehen, was die Arbeiter von den Liberalen zu erwarten haben. Von dem Magistratsrat wurde erklärt, daß in Lübeck einstweilen von einer Not nicht geredet werden könne. Der Senat sei jedoch bereit, durchführbare Anträge zur Änderung der Teuerung beim Bundesrat einzubringen. — In Lübeck gehen Liberale und Reaktionsäre bei der Reichstagswahl Arm in Arm; daß sie gleich volkstümlich und einander würdig sind, haben sie durch die gemeinsame Niederstimmung des sozialdemokratischen Teuerungsantrages auf das blühendste bewiesen.

### Das Arbeitskammergesetz und das Heimarbeitergesetz

will der jetzige Reichstag nach Verläuten aus dem Seniorenschicht noch erledigen. Bisher standen der Verabschiedung dieser Vorlagen die Schwierigkeiten entgegen, die sich bei dem Arbeitskammergesetz aus der Frage der Zulassung der Arbeitersekretäre, bei dem Heimarbeitergesetz aus der Frage der Lohnbücher ergaben. Nach einer Erklärung des Berliner Lokal-Anzeiger und verschiedener anderer Blätter, die aus offizieller Quelle bedient werden, schweben seit einiger Zeit über diese beiden Fragen Verhandlungen zwischen den

Verbündeten Regierungen und den Parteien und diese Verhandlungen sind dem Anschein nach jetzt soweit gediehen, daß man auf ein positives Resultat rechnen darf. Wie es heißt, will man beim Arbeitskammergesetz die Arbeitersekretäre zulassen und beim Heimarbeitergesetz die Lohnbücher bewilligen.

### Landtagswahl in Schubin—Hohenfalsa—Strelno.

Amliches Wahlergebnis. Bei der Landtagswahl im Wahlkreis Bromberg III, Schubin—Hohenfalsa—Strelno, erhielt von 549 abgegebenen Stimmen Gerichtssekretär a. D. Dr. Levy (nat.) 311 Stimmen. Propst Laubitz (Pole) 233 Stimmen. Dr. Levy ist also gewählt.

### Oesterreich.

#### Die latente Krise.

Wien, 26. Oktober. Abgeordnetenhans. Zu Beginn der ersten Sitzung des Budgets erklärte Abg. Kramarz: Da vorläufig eine parlamentarische Regierung wegen Mangels der erforderlichen Grundlagen nicht möglich ist, müssen die Tisch gehen, wenn sie an der Herstellung der Ordnung und parlamentarischen Arbeit mitwirken sollen, Garantien dafür haben, daß nicht ohne sie und gegen sie regiert wird. Die Rekonstruktion des Kabinetts hängt durchaus nicht mit dem Ausgleich zusammen, den die Tschechen wünschen, damit die beiden gleichartigen Nationen miteinander zum gemeinsamen Wohle des Landes arbeiten können. Redner warnte die Deutschen, die Politik des radikalsten Blügels zu befolgen und hierdurch die Verantwortung für die Vereitelung des nationalen Friedens auf sich zu nehmen. Abg. Fink erklärte, die Christlichsozialen würden für das Budget stimmen, falls die Abstimmung hierüber nicht zur Vertrauensfrage gemacht werde.

### Frankreich.

#### Das Marokko-Abkommen und das Parlament.

Paris, 26. Oktober. Nach einer halbamtlichen Mitteilung hat die Regierung beschlossen, das deutsch-französische Marokko-Abkommen dem Parlament erst dann zur Ratifizierung vorzulegen, wenn die Algeciras-Mächte dem Vertrag ihre Zustimmung erteilt haben.

### Belgien.

#### Gegen den Klerikalismus.

Brüssel, 26. Oktober. Die sozialistische Kammerfraktion hielt heute vormittag im Volkshaus eine Versammlung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Die Erfolge des linksliberalen Kartells haben bei den Abgeordneten lebhafteste Befriedigung hervorgerufen. Im Laufe der Versammlung gelangte eine Tagesordnung Wankers zum Ausdruck, nach welcher die sozialistische Linke infolge der Gewinne bei den Gemeinderatswahlen die Auflösung des Parlaments fordert, sobald eine Vermehrung der Abgeordneten entsprechend der längsten Volkszählung votiert sein wird.

### Spanien.

#### Neue Grausamkeiten.

Der „Demokrat“ Canalejas, der seine Regierung mit den großartigsten Reformversprechungen angetreten hat, zeigt sich jetzt nicht allein als Ordnungsmann gewöhnlicher Sorte, der sich allen Ansprüchen der hohen Militärs widerstandslos fügt, es herrscht auch unter seinem Regiment daselbe infame System der Menschenquälerei gegenüber den politischen Gefangenen, wie unter seinem klerikalen Vorgänger und Vorbild Maura. Unter der Ueberschrift „Die Torturen beginnen wieder“ schreibt Malata in der Pariser „Bataille Syndicaliste“ von furchtbaren Greueln. Bereits sind wieder 200 Personen verhaftet. Am schlimmsten wütet die „Ordnung“ in der Gegend von Valencia, wo infolge des furchtbaren Bauernlebens die Volksbewegung einen heftigeren Charakter angenommen hatte. In Valencia selbst sind die Mitglieder aller Arbeitervereinigungen, die Lehrer und das Komitee der Modernen Schule in Haft, ihre Lokale geschlossen. In Cullera, wo ein Richter und ein Ortsdiener getötet wurden, wurden die Räume aller politischen Vereine, selbst der monarchistischen Liberalen, geschlossen. Man hat die Mitglieder aller dieser Vereine und 300 andere Personen verhaftet und sucht sie durch Grausamkeiten zu nötigen, sich als Täter zu bezeichnen. Man hängt sie an den Weinen auf und schlägt sie mit Stöcken. Dazu wird die seelische Folter angewandt, die Gefangenen auf den Kirchhof zu führen und sie mit lebendigem Eingraden zu bedrohen. Ueberhaupt gehört das Spiel mit der Qual der Todesangst zu den beliebtesten Vergnügungen der Gentesknechte, die in den Scheußlichkeiten der Stiergefechte wie in den blutrünstigen Heiligenlegenden der Kirche ihre Vorbildung zur raffinierten Menschenquälerei erfahren haben. So wurden während der früheren Verfolgungen der „Schwarzen Hand“: verzweifelter Bauern, die sich zu anarchistischen Gewalttaten hatten hinreiß lassen, die Leute ins Freie gebracht und ihnen die Augen verbunden unter dem Vorgeben, ihre Leidensgefährten seien schon erschossen und nun kämen sie selbst an die Reihe. Jetzt erfüllen die Schmerzrufe der Gemarterten die Straßen der Stadt und erregen Entsetzen. Ein Teil der Gefangenen wurde nach Valencia in das Mustergefängnis übergeführt, wo sie nicht menschlicher behandelt werden. In Cullera und an anderen Orten hat man den Ortsvorsteher und andere Organe verhaftet, da sie gegen die Rebellen mit zu großer Milde vorgegangen seien.

Die Leute auf den Straßen wagen nicht mehr laut zu sprechen. Die Straßen wimmeln von Watrouillen und Spießeln, und die leise Demunziation eines konservativen Bürgers genügt, um einen Menschen in den Kerker zu bringen. Ein Mann wurde verhaftet, als er das Haus verließ, um Medizin für seine im Wochenbett liegende Frau zu holen. Man weiß nicht, wohin er verschleppt worden ist. Die Polizei schleicht sich bei Nacht in die Häuser, die mit Dietrichen geöffnet werden, und verhaftet die Leute in ihren Betten, um sie dann vor den Augen ihrer Familien zu mißhandeln.

Auch die Transporte von einem Gefängnis zum anderen erfolgen in der Stille der Nacht und unter den größten Grausamkeiten. Die spanische Presse schweigt. Die Zensur erstarrt jedes Wort. — Die Monarchie der blut- und schmutzbesudelten Bourbonen will vor ihrem Zusammenbruch noch einmal beweisen, wie sehr ihre Wegführung ein Gebot der Menschlichkeit ist. Schön aber ist es, daß auch hier wieder ein bürgerlicher „Demokrat“ sich gefunden hat, um den Helfershelfer der Gentesknechte zu spielen.

### Amerika.

#### Auflösung des amerikanischen Stahltrusts

Washington, 26. Oktober. (W. T. W.) Beim Bundesgericht in Trenton (New Jersey) wurde von der Regierung ein Antrag eingereicht, der die Auflösung des Stahltrusts und einiger seiner Untergesellschaften verlangt.

# Gewerkchaftliches.

## Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise 1910.

Das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911 bringt auch eine Uebersicht über diejenigen Arbeitsnachweise von Arbeitgeberverbänden, die im Jahre 1910 mehr als 500 Stellen vermittelt haben. Es sind deren 87, die insgesamt 753 992 Stellen zu verzeichnen hatten. Davon entfallen auf die Metallindustrie 234 713, auf die Textilindustrie 27 216, Baugewerbe 115 635, Verkehrsgewerbe 301 613, sonstige Gewerbe 4507, gemischte Verbände 70 308. In der Zusammenstellung des Jahrbuches fehlt der Nachweis des Zehnerverbandes mit 161 276 Vermittlungen, so daß damit die Gesamtzahl auf 915 268 steigt. Mehr als 50 000 Vermittlungen erreichte der Verband Berliner Metallindustrieller (68 488), der Zehnerverband (161 276) und der Gasenbetriebsverein Hamburg (236 835).

Was von dieser "Vermittlungstätigkeit" zu halten ist, weiß man. In den meisten Fällen handelt es sich lediglich um eine Kontrollmaßnahme. Außer in den Fällen von Streiks und Aussperrungen bemühen sich diese einseitigen Arbeitgeber-Arbeitsnachweise nur wenig um den eigentlichen Zweck eines Arbeitsnachweises, nämlich um die Beschaffung von geeigneten Arbeitskräften bezw. von passenden Arbeitsstellen.

### Berlin und Umgegend.

#### Wie Unternehmer Wort halten!

Der "Vorwärts" berichtet wiederholt über den Streik bei der Firma Bruno Pahlisch, Eisenauftrags. Der Streik hatte seine Ursache darin, daß der Firmeninhaber die gestellten Forderungen ablehnte mit der Begründung, daß die Arbeiter ja doch nicht daran dächten, getroffene Abmachungen auch zu halten. Nach einem Streik von 5 Wochen, nachdem von den Streikenden wiederholt der Versuch einer Verständigung gemacht worden war, einigte sich die Firma mit den Streikenden folgendermaßen: Allen Streikenden, soweit dieselben einen Stundenlohn von unter 70 Pf. haben, wird der Lohn um 2 1/2 Pf. pro Stunde erhöht. Weiter verspricht Herr Pahlisch, daß ein größerer Teil der Streikenden, vielleicht bis 80 Personen, sofort wieder eingestellt werden sollte. Die übrigen sollten eingestellt werden, bevor betriebsfremde Arbeiter, also solche, die nicht am Streik beteiligt waren, eingestellt würden. Bei dieser Verhandlung, welche durch eine Kommission der Streikenden geführt wurde (den Organisationsvertreter hatte Herr Pahlisch abgelehnt), stellte Herr Pahlisch die Frage an die Kommission, ob — wenn diese von ihm gemachten Zugeständnisse von den Streikenden angenommen würden — der Streik aufgehoben werde. Diese Frage wurde von der Kommission bejaht. Als dann die Kommission von Herrn Pahlisch die Namen derjenigen wünschte, welche zuerst wieder eingestellt werden sollten, schrumpfte die versprochene Zahl von 80 auf ganze 14 Mann zusammen. Diese wurden auch nicht mit einem Male, sondern in drei Tagen eingestellt. Sonderbarerweise hatte Herr Pahlisch sich bei diesen 14 Mann seine besten Kräfte gesichert. Um des Friedens willen gaben sich die Streikenden zufrieden, weil sie dem Herrn Pahlisch glaubten, daß er sein Wort halten würde. In den nächsten Tagen stellte die Firma noch ganze weitere acht Mann ein. Als dann aber betriebsfremde Leute eingestellt wurden, machten die bereits Eingestellten Herrn Pahlisch auf sein Versprechen aufmerksam. Nunmehr erklärte der Herr, daß von den noch nicht Eingestellten niemand mehr eingestellt würde. Er habe mit dem Gelben Bund Abmachungen getroffen, die ihm dies unmöglich machten. Also erst verdächtigte Herr Pahlisch die Arbeiter, daß sie "nicht Wort halten", er selbst aber hält sein Wort nicht. Zweitens trifft Herr Pahlisch Abmachungen mit den Streikenden, um sie nicht zu halten. Zu gleicher Zeit trifft derselbe Herr Pahlisch aber auch Abmachungen mit den Gelben. Am Tage der Aufhebung des Streiks wurde unter Protektion der Firma ein gelber Unterstützungsverein gegründet. Alle Neueingestellten, nicht am Streik beteiligte Gewerksamen, werden gezwungen, diesem Verein beizutreten. Wer sich weigert, hat Entlassung zu gewärtigen. Nachdem sich die bereits Eingestellten mit dem Wortbruch des Herrn Pahlisch in einer Versammlung beschäftigt hatten, beauftragten sie den Organisationsvertreter, nochmals den Versuch einer Verständigung zu machen. Von dem anwesenden Buchhalter wurde erklärt, daß der Meister maßgebend sei und dieser die Einstellung verweigert habe. Als der Organisationsvertreter mit Herrn Pahlisch verhandeln wollte, wurde ihm die Türe gewiesen. Unter diesen Umständen erklärten die bereits Eingestellten, Herrn Pahlisch mit seinen Gelben allein zu lassen und legten geschlossenen die Arbeit nieder. Am Sonntag, den 29. Oktober, wird sich eine Versammlung der Ausrüstungsarbeiter mit dem Wortbruch des Herrn Pahlisch beschäftigen. Der Betrieb bleibt für Metallarbeiter aller Branchen bis auf weiteres streng gesperrt.

### Verwaltung Berlin

#### des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

#### Die Streiks in der Wäschindustrie Berlins.

Die Streikenden von den Firmen Blume und Simon befinden sich die vierte Woche im Ausstand. Alle Anstrengungen der beiden Firmen, durch Annoncieren und durch die Werbetätigkeit einiger Wetzonen Erfolg für die Streikenden zu bekommen, waren bisher erfolglos. Nunmehr erscheinen die hier schon viel beachteten Annoncen noch "nichtverhandliche" und "außerverhandliche" Plätterinnen und Zuschneider in den auswärtigen Zeitungen. So enthielt eine Viesfelder Zeitung folgendes Inserat:

"Gesucht sofort nach Berlin Plätterinnen, die nicht im Verstande sind, 30 Pf. buntes Manschettenshemd, 40 Pf. weißes Manschettenshemd, Reisewergütung, Meldungen: Dorotheenstraße 3."

Außerdem wird versucht, Viesfelder Zuschneider nach Berlin zu holen. Die Firma Simon wandte sich telegraphisch an den Zuschneider Otto Weber, sofort mit noch einigen nach Berlin zu kommen. Die bisher gefundenen Arbeitswilligen sind nicht leistungsfähig genug, um die tüchtigen streikenden Arbeitskräfte zu ersetzen.

So erklärte die Firma Blume, daß die Arbeit der Arbeitswilligen nicht zu gebrauchen sei, entzog ihnen 1 M. Maschinenlohn, nahm Abzüge bei Krügen und Manschetten bis 5 Pf. pro Duzend vor, was zur Folge hatte, daß einige der Arbeitswilligen nicht mehr arbeiten. Die Firma Simon entließ einen Laufburschen, weil dessen Mutter nicht Streikbrecherin werden wollte! Auf Veranlassung des Herrn Capler hat die Arbeitswillige Stäckerin Frau Günther, genannt Frau Mahle, einige Streikende zur Vernehmung nach der Polizei geladen. Herr Blume schrieb dem Manne einer streikenden Plätterin, falls sie noch mal versuchen sollte, Arbeitswillige abzugeben, dann werde er dies der borgehenden Behörde des Mannes melden! Beide Firmen weigern sich überhaupt, mit der Arbeiterschaft ein Tarifverhältnis einzugehen. Der Streik dauert unverändert fort. Die Firmen sind gesperrt. Zurzeit befinden sich noch im Ausstand bei Simon 18 Plätterinnen, 7 Zuschneider und Zuschneiderinnen, bei Blume 16 Plätterinnen, 1 Zuschneider und 7 Näherinnen. Ein Teil der Streikenden hat anderweitig Arbeit angenommen.

#### Verband der Schneider und Wäschearbeiter.

In den Englischen Gaswerken (J. C. G. A.) bestehen zurzeit keine Arbeiterauschüsse. Im vorigen Jahre hatten die Mitglieder der damaligen Arbeiterauschüsse ihre Mandate niedergelegt, weil ihre Anträge auf Lohnregulierung von der Direktion nicht beachtet

wurden. Die Mandatsniederlegung war eine Demonstration gegen die Nichtachtung, welche die Direktion den Ausschüßanträgen zuteil werden ließ. Die Direktion der J. C. G. A. hat keine Neuwahlen veranlaßt. Sie ist anscheinend sehr zufrieden damit, daß keine Arbeitervertretung besteht, welche der Direktion Mißstände, die im Betriebe bestehen, vortragen könnte. Die Arbeiter sind der Meinung, daß dieser Zustand ein Ende nehmen muß. Sie fordern, daß wieder Arbeiterauschüsse errichtet werden. Mit dieser Angelegenheit beschäftigten sich am Mittwoch eine Anzahl von Versammlungen der Arbeiter der J. C. G. A. in Berlin, Schöneberg, Weichensee, Oberschöneweide, Mariendorf und Groß-Lichterfelde. — Ein von der Ortsverwaltung des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter überarbeitetes Regulatorium wurde den Versammlungen vorgelegt und angenommen. Das Regulatorium ist natürlich so gestaltet, daß die Arbeiterauschüsse nicht nur Dekorationsstücke sind, wie es früher der Fall war, sondern so, daß sie die Interessen der Arbeiter wirksam vertreten können. — Die Versammlungen beschloßen, bei der Verwaltung der J. C. G. A. zu beantragen, daß Arbeiterauschüsse auf der Grundlage des Regulatoriums errichtet werden.

Die Versammlungen forderten auch, daß den Arbeitern Feuerungszulagen gewährt werden. Die Redner wiesen darauf hin, daß die gegenwärtigen Löhne schon unter normalen Verhältnissen kaum hinreichen, um die notwendigen Ausgaben im Arbeiterhaushalt zu decken. Bei der jetzigen Feuerung aber seien die Löhne völlig unzureichend. Im Hinblick auf die gute Geschäftsblüte der J. C. G. A. könne diese Forderung der Arbeiter ohne weiteres erfüllt werden. Zu diesem Punkt nahmen die Versammlungen gleichlautende Resolutionen an, worin gesagt wird:

Die Handwerker und Arbeiter der J. C. G. A. erklären es als eine Pflicht der Verwaltung, schleunigst Maßnahmen zu treffen, um für ihre Arbeiter die Folgen der Feuerung zu beseitigen. Als wirkungsvollstes Mittel betrachten die Versammelten eine Neuverteilung der Löhne auf Grund der schon im Herbst 1910 eingereichten Anträge. Die Versammelten protestieren erneut gegen die Behandlung ihrer Lohnforderungen und beantragen mit Rücksicht auf die zurzeit gezahlten völlig unzureichenden Löhne die Zahlung einer laufenden Feuerungszulage mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1911.

**Achtung, Töpfer!** Seit Mitte August 1910 besteht für Königs- wusterhausen und Umgegend eine Zwangsinnung. Sie erstreckt sich über die Orte: Königs wusterhausen, Deutsch wusterhausen, Pöber- lehme, Wilbau, Rohls, Teupitz, Ragow, Schenken- dorf, Brunsdorf, Riersdorf, Zeuthen, Eichwalde, Schmüdow, Schulzendorf bei Waltersdorf, Niesebusch, Waltersdorf, Jenzdorf, Senzig, Guffow, Gräbendorf, Jeesen, Krummensee, Grobkesten, Kleinkesten, Päh, Großkris, Kleinkesten, Löpten, Galbe, Friedorf, Tornow, Reuendorf, Sputenhof, Egisdorf, Topfzin, Mohren, Mohrenmühle, Schö- nische, Galsun, Mittenwalde, Schwerin, Bünsdorf, Wendischbuchholz, Prieros, Bindow, Friedersdorf, Talsow, Dannenreich, Friedrichs- hof, Bernsdorf, Rauchfangswerder, Jiegenhals, Niederlehme und Storkow. Ein Tarif ist mit dieser Innung noch nicht vereinbart. Jedoch bestehen Einzelverträge mit den Töpfermeistern: Gustav Brunner, Artur Greber, Carl Ebel-Königs wusterhausen, Otto Röhner-Zeuthen, S. Heese-Friedersdorf, Otto Waltersdorf, Carl Kofler-Eichwalde und Ray Spuhn-Riersdorf. Vorstehende Meister haben im Jahre 1910 den Alllandsberger Lohn tarif anerkannt, er läuft ab am 30. September 1912. Für die Meister: J. Lenz, R. Domnisch, Th. Goedel, S. Kallenbach-Storkow und Julius Lehmann-Mittenwalde besteht der Berliner Tarif 1902-03, der eben- falls noch bis 30. September 1912 Gültigkeit hat. Die Königs- wusterhausener Innung teilt uns nun mit, daß sie einen Tarif- ausdruck eingekauft hat. Der hat den Beschluß gefaßt: "Von jetzt ab hat für das Zwangsinnungsgebiet Königs wusterhausen und Um- gegend der Berliner Tarif vom Jahre 1910 mit 20 Proz. Abzug Geltung. Dem Beschluß ist auch die Quartalsversammlung am 23. Oktober 1911 beigetreten. Und wären somit alle zurzeit be- stehenden Einzelverträge außer Kraft resp. erloschen." Schrumm! Wir natürlich können damit nicht einverstanden sein, denn diese Zumutung ist für uns ein Abzug von 10-15 Proz. der bestehenden Einzelverträge. Was haben sich die Herren wohl ge- dacht und was mag in ihren Köpfen vorgehen? Sie scheinen gar nicht zu wissen, was ein abgeschlossener Tarifvertrag für Rechts- kraft hat. Auch muß es eigentlich anmuten bei der jetzigen teuren Zeit, das Einkommen der Arbeiter schmälern zu wollen. Wo gerade das Gegenteil notwendig ist. Und scheint, daß dies alles Sache des Obermeisters Gustav Brunner-Königs wusterhausen ist. Genanntem Herrn ist ja der für Königs wusterhausen bestehende Tarif schon lange ein Dorn im Auge. Hat er sich ja doch jahrelang geweigert, den Tarif anzuerkennen, und ist er ihm erst Anfang Juni dieses Jahres beigetreten. Für uns bestehen also noch für die oben angeführten Meister und Orte die abgeschlossenen Einzel- verträge und darf kein Kollege unter diesen Tarifen bei den Firmen in Arbeit treten resp. arbeiten. Bei den Meistern der anderen Orte des Innungsgebietes, mit denen kein Tarif abgeschlossen ist, darf nur gearbeitet werden, wenn sie den einen oder den anderen der bestehenden Tarife schriftlich anerkennen. Jeder Kollege ist verpflichtet, sich sofort, falls er bei einem der oben angeführten Meister in Arbeit treten will, sich mit dem Berliner Filialbureau, Engelauer 15, in Verbindung zu setzen, damit ein Organisations- vertreter mit dem betreffenden Meister zwecks Abschlusses des Tar- ifes verhandelt. Unter keinen Umständen darf auf das Anfinnen der Innung, Bezugsnahme des Berliner Tarifs von 1910 unter Abzug von 20 Proz. eingegangen werden. Wir müssen den Kampf auf- nehmen, und werden ihn durchzuführen wissen.

#### Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

#### Gau Groß-Berlin.

In der Schirmfabrik von Lichtenstein, welche eine Anzahl Filialen in Berlin und Vororten besitzt, befinden sich die Schirm- macher im Ausstand. Im Mai d. J. wurde zwischen dem Holz- arbeiterverband und der Firma Lichtenstein ein Arbeitsvertrag abgeschlossen, durch welchen die Arbeitszeit von 60 Stunden auf 52 1/2 Stunden verkürzt wurde. In fast allen Betrieben ist diese kürzere Arbeitszeit seit Jahren üblich. Im Laufe des Sommers stellte die Firma nun mehrere unorganisierte Schirmmacher mit langfristigen Verträgen und 60stündiger Arbeitszeit ein, und stellte jetzt das Verlangen an die Kollegen, ebenfalls 60 Stunden zu ar- beiten. Im Weigerungsfalle begann sie mit Entlassungen. Nachdem durch Verhandlungen, die eingeleitet wurden, eine Einigung nicht erzielt werden konnte, sind die dort im Betriebe beschäftigten Kol- legen wie auch die Heimarbeiter in den Streik getreten. Nach der 60stündigen Tätigkeit bei Lichtenstein wird sich ja kein Schirm- macher sehnen. Die Branchenkommission.

#### Deutsches Reich.

Der Anschlag des Stultateurerverbandes an den Bauarbeiterver- band ist durch Abstimmung der Mitglieder des Stultateurer- bandes beschloßen worden. Der letzte Verbandstag der Stultateure hatte einstimmig beschloßen, die Entscheidung über die Frage der Angliederung den Mitgliedern selbst zu überlassen und dabei fest- gelegt, daß der Zusammenschluß mit dem Deutschen Bauarbeiter- verbande erfolgen solle, wenn sich an der Abstimmung min- destens zwei Drittel der Mitglieder beteiligen und von den Ab- stimmenden 60 Proz. sich für die Angliederung aussprechen. An der Abstimmung haben sich rund 81 Proz. der Mitglieder beteiligt, davon erklärten sich 63 Proz. für den Anschlag.

#### Erfolgreiche Lohnbewegung der Lithographen und Steindruckere in Posen.

Ein neuer Tarif ist von allen Firmen bis auf zwei kleine Be- triebe anerkannt worden und tritt am 1. November mit zweijähriger Gültigkeitsdauer in Kraft. Alle Gehilfen erhalten wöchentliche Lohn- zulagen von einer Mark an beginnend. Für Lithographen beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden, für Steindrucker 52 1/2, vom

1. April 1912 ab 52 Stunden wöchentlich. Die polnischen Firmen bezahlen die in die Woche fallenden Feiertage.

Die Lohnbewegung der Maschinenmacher in Altenfeld ist für die Arbeiter zu einem günstigen Abschluß gebracht worden. Die Firma mußte sehr bald einsehen, daß dem vereinten Vorgehen der Arbeiter kein Widerstand nützt. Bewilligt wurde eine prozentige Lohnhöhung zu den bisherigen Lohnsätzen. Außerdem erklärte sich die Firma bereit, einige weitere Verbesserungen durchzuführen. Es wurde ein Tarif, gültig bis 31. Oktober 1913, abgeschlossen.

#### Ein Gewerkschaftshaus in Augsburg.

Ein langgehegter Wunsch der Arbeiter Augsburgs ist durch die Errichtung eines Gewerkschaftshauses in Erfüllung gegangen. Mit der Gründung der Gesellschaftsbrauerei Augsburg durch den Deutschen Brauereiarbeiterverband und den Anlauf der Brauerei zum "Blumenstein" durch die Gesellschaftsbrauerei konnte die Frage des Gewerkschaftshauses in befriedigender Weise gelöst werden. Das nun vollständig umgebaute Gebäude enthält im Erdgeschoß große helle Wirtschaftsräume, im ersten Stock das Arbeitersekretariat und die Bureau der Gewerkschaften und die Zentralbibliothek, im zweiten Stock die modern eingerichteten Fremdenzimmer mit vorläufig 40 Betten. Für die Reisenden ist ein besonderer Aufenthalts- raum ohne Trinkzwang geschaffen, ferner eine Badeeinrich- tung und ein Desinfektionsraum.

**Achtung, Optiker und Mechaniker!** Bei der Firma Henzold u. Söhne sind Differenzen ausgebrochen. Zugung von Optikern und Mechanikern ist fernzuhalten. Arbeitergewerkschaftliche Blätter werden um Abdruck ersucht.

#### Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Weimar.

#### Ein Tarifabschluß der Bühnenarbeiter.

Die im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierten Bühnenarbeiter am Augsburger Stadt- theater haben vor kurzer Zeit dem Direktor einen Tarifentwurf unterbreitet, auf Grund dessen die Arbeitsverhältnisse der Theater- arbeiter einer Regelung unterzogen werden sollten. Nach längerer Verhandlung kam zwischen dem Gemeinde- und Staatsarbeiter- verband und dem Theaterdirektor ein Tarifvertrag zustande, der den Arbeitern wesentliche Verbesserungen bringt. Neben der Regelung der Arbeitszeit und einer Lohnzulage von täglich 35-50 Pf. erhalten die Bühnenarbeiter auch noch drei freie Tage im Monat und bei Erkrankungsfällen wird die Differenz zwischen Lohn- und Krankengeld bezahlt.

#### Ausland.

14 Millionen für die Eisenbahner sind in den österreichischen Staatsvoranschlag eingestellt. Nach Mitteilungen der Regierung im Staatsgelderbeamtensamt des Abgeordnetenhauses sollen die Quartiergelder der Beamten um 2 900 000 Kronen erhöht werden. Den Unterbeamten und Dienern mit 900-1000 Kronen Gehalt sollen 70 Kronen, allen anderen 80 Kronen als Zulage zum Quartiergeld gegeben werden. Die etwa 100 000 Arbeiter sollen eine Lohnhöhung von durchschnittlich 52 Kronen pro Jahr erhalten. Der Obmann der Eisenbahnergewerkschaft, Abg. Genosse Komshil, bemängelte nachdrücklich diese Beträge als viel zu gering, doch er- klärte die Regierung, nicht darüber hinauszugehen zu dürfen.

#### Letzte Nachrichten.

#### Lichtenberg und Rummelsburg.

Lichtenberg. Die Stadtverordneten haben in ihrer gestrigen Sitzung mit 27 gegen 14 Stimmen ihre grund- sätzliche Zustimmung zur Eingemeindung der Gemeinde Rum- melsburg in Lichtenberg.

#### Zum englischen Parteifreit.

London, 26. Oktober. (Privattelegramm des "Vorwärts".) Die "Daily News" behauptet, daß eine Spaltung in der Ar- beiterpartei stattgefunden und daß die Sozialisten Thorne, Snowden, Lansbury und Jowell eine neue Partei ge- gründet hätten. Nach genaueren Erkundigungen, die ich eingezogen habe, haben die vier Parlamentarier keine neue Fraktion gegründet. Die Beziehungen zwischen ihnen und der Parteimehr- heit sind jedoch sehr gespannt.

#### Ein kaiserliches Edikt.

Peking, 25. Oktober. (Weid. d. Reut. Bur.) Ein kaiser- liches Edikt ordnet die Entlassung des Staatsministers Scheng- lunges an, weil er in erster Linie für die Verstaatlichung der Eisen- bahnen verantwortlich sei, die die jetzigen Umstände zur Folge gehabt haben. In dem Edikt wird erklärt, der Plan der Regierung habe das Beste des Volkes gewollt, aber Schenglunges habe es nicht ver- standen, ihn erfolgreich durchzuführen, und er habe bei seinen Be- mühungen, den Verstaatlichungsplan mit Gewalt durchzusetzen, das Gesetz überschritten. Der Nachfolger Schenglunges wird der frühere Präsident des Verkehrsministeriums, Tangschaochi, sein. Wegen den Präsidenten und die Vizepräsidenten des Kabinetts, die das Schriftpatent, durch das der Verstaatlichungs- plan genehmigt wurde, unterzeichnet haben, soll eine Untersuchung eingeleitet werden.

In dem Edikt wird ferner die Entlassung des Präsidenten der Provinzialversammlung von Szechuan und anderer Führer des Aufstandes in Tschengtu angeordnet. Der frühere und der jetzige Generalgouverneur von Szechuan, Tschaoerhsuen und Wenggenowen, sollen zur Verantwortung gezogen werden. Ein Telegramm des Kriegministers Pjinschang berichtet über Gesichte der Regierungstruppen mit den Aufständischen am 22., 23. und 24. dieses Monats, die offenbar unentschieden waren.

#### Die gestohlenen Kreditbilletts.

Petersburg, 28. Oktober. (W. T. B.) Die in der Ex- pedition des Amtes zur Anfertigung der Staatspapiere gestohlenen Kreditbilletts sind in einem Rauchzimmer nahe dem Kassegewölbe unter Schränken und Kisten aufgefunden worden. Es fehlen nur vierhundert Rubel. Unter dem Verdacht des Diebstahls wurden fünf Gelbbäcker verhaftet. (Siehe auch "Aus aller Welt".)

#### Zugentgleisung.

Buzuluk (Gouvernement Samara), 26. Oktober. Durch eine Zugentgleisung auf der Bogatower Zweigbahn der Taschkent-Bahn ist ein Schaffner getötet, der Maschinist tödlich verwundet und der Oberkassierer verletzt worden. Zwei Wagen sind zertrümmert; die Lokomotive ist vom Bahn- damm herabgestürzt.

Reichstag.

198. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Oktober, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, Bermuth.

Die Besprechung der

Interpellationen über die Teuerung

wird fortgesetzt.

Abg. Graf Nickszynski (Pole): Die Frage der Zollpolitik ist wohl lediglich mit Rücksicht auf die Wahlen in die Debatte gezogen worden. Was die Teuerung selbst anlangt, so ist sie auf die verschiedensten Ursachen zurückzuführen. Auch der Zwischenhandel ist daran nicht schuldlos, die Spekulation trägt vielmehr einen sehr großen Teil der Schuld. Als Maßregel gegen die Teuerung verlangt man die Abschaffung der Einfuhrzölle. Wenigstens die teilweise Abschaffung der Einfuhrzölle auf Petroleum und Kaffee halten meine politischen Freunde für notwendig. Ebenso halten wir eine zeitweise Aufhebung der Futtermittelzölle für geboten. Ferner meinen meine Freunde, daß die Einfuhr argentinischen Fleisches nach Unterbindung durch deutsche Tierärzte ermöglicht werden müßte. In Bezug auf die geforderte Öffnung der Grenzen könnte man vielleicht auf Ausland gegenüber einige erleichternde Bestimmungen treffen. — Gegen die Krankheit schlägt die Linke Narkotikamittel vor, bei deren Anwendung der Patient sterben würde; die Regierung geht mit homöopathischen Mitteln vor. Die Hauptfrage ist meiner Meinung nach eine richtige Regulierung des Zwischenhandels.

Sehr wichtig ist ferner die Frage der inneren Kolonisation. Wir betreiben sie, nicht um das Deutschtum zurück zu drängen, sondern um den Bauer aus den Händen der Zwischenhändler zu befreien, und das haben wir mit Erfolg getan. Mit Energie müssen wir verlangen, daß unsere polnischen Bauern nicht systematisch von den Wohlthaten der inneren Kolonisation ausgeschlossen und von ihrer Scholle verdrängt werden. Zudem der polnische Bauer in die Stadt getrieben wird, wird er auch in die Reihen der Sozialdemokratie getrieben. Gerade die konservative Partei sollte darauf hinarbeiten, unseren einheimischen polnischen Bauer, diesen tüchtigen Landwirt und dieses konservativen Element, auf der Scholle zu erhalten. Das liegt im Interesse der Landwirtschaft und der Allgemeinheit. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Wachhorst de Wente (noll.): Graf Kanitz hat die Ausführungen meines Fraktionskollegen Fuhrmann in Gegenüber zu bringen gesucht zu Äußerungen des ebenfalls national-liberalen Stadtdirektors L. Thamm von Hannover. Dem gegenüber stelle ich fest, daß Herr Fuhrmann von einer Teuerung gesprochen hat nur bei Kartoffeln, Gemüse, Milch, Butter und Eiern, daß er dagegen bei Getreide, Vieh und Fleisch das Gegenteil von Notstandspreisen ausdrücklich geäußert hat. Tatsächlich ist auch die Getreideernte in ihrem Endergebnis gut, in den letzten Jahrzehnten ist das Ertragnis erheblich gesteigert, der Anbau ein intensiver geworden. Auch in der Viehzucht hat unsere Landwirtschaft Fortschritte gemacht und ein Mangel an Vieh ist nicht vorhanden. Wenn die Presse versucht hat, einen solchen Mangel festzustellen und zu behaupten, so hat das nicht günstig für die Konsumenten gewirkt, denn die Preise hängen heute nicht bloß ab von Angebot und Nachfrage, sondern werden auch von der öffentlichen Meinung beeinflusst. Tatsächlich sind auch die Fleischpreise, besonders die Schweinefleischpreise, bedeutend höher als es die Viehpreise entsprechen. Bei Gemüse und Kartoffeln sind die Preise allerdings etwas höher. Doch auch hier ist es nicht so schlimm. Teilweise, z. B. in Hannover, ist die Kartoffelernte ganz vorzüglich gewesen und infolge der billigen Eisenbahntarife und der Tätigkeit der Kommunen ist der Kartoffelpreis durchaus nicht zu hoch.

Die Erhöhung des Milchpreises hat seine innere Berechtigung.

Gewiß leidet unter den hohen Preisen der Mittelstand und die Arbeiterklasse, aber man kann für die Folgen solcher elementarer Ereignisse wie die Dürre nicht die Landwirtschaft verantwortlich machen. Mit den von der Regierung getroffenen Maßnahmen bin ich durchaus einverstanden. Einem Abbau des Schutzollsystems kann ich nicht zustimmen. Unser gegenwärtiges Schutzollsystem hat sich durchaus bewährt. Unsere Sparsparnisse haben sich in den letzten Jahren um 11 Milliarden vermehrt; das beweist, daß die wirtschaftliche Entwicklung auch der Arbeiterklasse zugute gekommen ist. Die Sozialdemokratie hätte daher allen Anlaß, den Spuren zu folgen, die zum Schutzoll hinzuführen. Dagegen könnten die Futtermittelzölle wohl aufgehoben werden, wenn Sicherheit dafür geschafft werden könnte, daß diese Aufhebung auch wirklich den kleinen Landwirten zugute komme. Ob das möglich ist, erscheint mir allerdings zweifelhaft. Der Maiszoll könnte herabgesetzt werden auf die Höhe des Futtergerstenzolls, also auf 1,90. Glücklicherweise ist der hohe Futtergerstenzoll, den der Bund der Landwirte immer fordert, nicht durchgegangen. Wäre das geschehen, so wäre es den Bauern nicht möglich gewesen, die Vieh- und Getreideproduktion so zu steigern und keine Regierung hätte dann unter den jetzigen Verhältnissen die Öffnung der Landesgrenzen verhindern können. (Sehr richtig! links.) Das beweist wieder, wie wenig die Politik des Bundes der Landwirte im Interesse der Bauern liegt. Die Einfuhr argentinischen Fleisches habe ich nicht für angebracht. Ueberhaupt würde die Öffnung der Grenzen einen Sturm der Entrüstung hervorrufen, nicht so sehr bei den Großgrundbesitzern, sondern vor allem bei den Bauern, die schon jetzt nicht wissen, wie sie ihr Vieh los werden sollen. Weit wertvoller ist die innere Kolonisation; durch sie wird auch für die Industrie der wichtige innere Markt gehoben. Leider soll die innere Kolonisation, die Ostmarkenpolitik, nicht in demselben Tempo fortgeführt werden wie bisher. Der preussische Landwirtschaftsminister führt als Grund dafür die teuren Grundstückspreise an. Warum zerteilt er denn nicht einige Domänen, um deutsche Bauern anzusiedeln? An Großgrundbesitzern sind in der Provinz Sachsen mehrere Domänen verkauft worden. Der preussische Landwirtschaftsminister hätte statt dessen Hunderte von Familien fleißiger Bauern ansiedeln sollen. Wenn er die Ansiedelungspolitik zum Stillstand bringen will, wird er nicht nur bei meiner Partei, sondern auch beim Deutschen Bauernbund den entschiedensten Widerstand finden. Graf Kanitz verlangte Schutz der nationalen Arbeit. Darunter verstehen meine Freunde aber nicht eine Politik zum Vorteil der Großgrundbesitzer, sondern wir werden dafür kämpfen, daß die Einrichtungen, die einer bevorzugten Klasse den Staat überliefern, beseitigt werden und daß der deutsche Bürger und Bauernstand seinen Platz an der Sonne erhält. (Bravo! bei den National-liberalen.)

Abg. Dr. Bachnide (Sp.): Das Echo der Kanzlerrede in der konservativen Presse heißt: „Nieder mit den Högern, den Anallrotten und den Maßkröten! Doch die internationale Wirtschaftspolitik, die Politik Bismarcks!“ Die National-liberalen werden vor dem Grobblock gemahnt. Das war der Zweck der Rede des Reichskanzlers und der ihm folgenden Staatssekretäre. Die heutigen Mitteilungsblätter bringen einen

Erlaß an die Landräte,

der dies noch deutlicher illustriert. Zur nachhaltigen Informierung der Regierung sollen sie beitragen während der Wahlbewegung, sie sollen mitteilen,

ob durch Flugblätter oder Kalender eingegriffen werden soll (Hört! hört! links), gleichzeitig sollen die Kosten angegeben werden. (Lebhaftes Hört! hört! links). Jedenfalls nicht die Privat-

lassen der Landräte, sondern öffentliche Gelder, Gelder, die von allen Steuerzahlern aufgebracht sind, sollen für einseitige Parteiinteressen hergegeben werden. (Große Unruhe rechts.) Der Herr Reichskanzler, der der Linken Uebertreibung vorwirft, hat selbst maßlos übertrieben, den glänzenden Aufstieg unserer Wirtschaft nach der Einführung der Zölle schreiben Sie dieser Einführung zu. Nun, auf diese Einführung sollte bald nach 1906 die niedergehende Konjunktur. Wollen Sie hierfür auch die Zölle verantwortlich machen? Der allgemeine Aufstieg der Wirtschaft hat allgemeine Ursachen, er ist überall zu konstatieren, auch in dem freihändlerischen England. Niemand von uns verwirft allen und jeden Zoll, auch Vamberger, der Typus des Freihändlers tat das nicht. Wir verwerfen nur die Vereicherungszölle, den Mißbrauch des Staates zur Vereicherung bestimmter Gruppen. Die Zölle müssen so bemessen sein, daß vorteilhafte Handelsverträge möglich sind. Von Ihnen (nach rechts) wird die öffentliche Meinung irre geführt, als wollten wir das ganze Schutzollsystem niederringen. Wir wollen Handelsverträge, die nicht drittens sind von der Rücksicht auf den Großgrundbesitz, sondern von der Rücksicht auf das Allgemeinwohl. Die Sozialdemokraten verlangen Aufhebung des Einfuhrzollsystems. Bei der Einräumung einer Uebergangszeit wären wir damit einverstanden. Weiter verlangt die Sozialdemokratie die Aufhebung der Grenzsperrn. Wir wollen nur die Bestimmungen aufheben, die auf Umwegen die Fleischzufuhr verhindern sollen, nicht auch die Bestimmungen zum Schutz gegen Seucheneinfuhr. Drittens verlangt die Sozialdemokratie sofortige Aufhebung der Lebensmittelzölle. Das machen wir nicht mit. Diese Frage hat ein anderes Gesicht bei der Einführung der Zölle als bei ihrer Aufhebung. Hat der Zoll lange bestanden, so sind Wirkungen eingetreten, die man als praktischer Politiker nicht unberücksichtigt lassen kann; die Einwirkung auf die Reichskasse und auf die Preise; zudem bilden die Landwirtschafts- und Industriezölle ein System, von dem man den einen Teil nicht abschaffen und den anderen unberührt lassen kann. Hiernach werden Sie also wohl nicht weiter behaupten, daß wir die Zölle auf Lebensmittel ohne weiteres abschaffen wollen. Aber halten Sie (nach rechts) den Zolltarif für ganz fehlerlos? Die Zölle haben ein

ungeheures Steigen der Güterpreise

verursacht, und die neuen Befugter rufen nach erhöhtem Zollschutz. Aber weder die Massen noch die Industrie werden sich weitere Zollerhöhungen gefallen lassen. Durch die Zölle auf Brotgetreide wird namentlich der Großgrundbesitz bevorzugt, der ja, wie Graf Kanitz hier ausgeführt hat, die Viehproduktion den kleinen und mittleren Bauern überläßt. Einer geordneten Grundbesitzbildung werden diese Getreidezölle direkt entgegen, sie begünstigen die Fideikommissbildung und beeinträchtigen die innere Kolonisation, die überhaupt noch sehr einflussreiche Gegner hat. In der Rede des Reichskanzlers wurde die wünschenswerte Wärme des Tones vermischt, aber bei der Rede des Ministers von Schorlemer sank die Temperatur noch tiefer. Er sagte, das deutsche Volk sei in eine Teuerungsschwärze hineingeraten. Hat der Minister noch niemals abgehärmte Frauen mit blassem Gesicht früh morgens in Berlin vor den Schlächterläden warten sehen, um etwas Abfallfleisch zu kaufen? Kennt der Minister v. Schorlemer nicht die Petitionen der Beamten, der deutschen Telegraphenarbeiter, der christlichen Vergarbeiter und so vieler anderer Arbeitervereinigungen? Aus diesen bekommt man ein ganz anderes Bild davon, wie es der Bevölkerung geht, als man in manchem Ministerium offensichtlich hat.

Die Schuldigen an den teuren Preisen, so weit man solche überhaupt zugeht, sollen überall sitzen, nur nicht in der Nähe der Minister; Schuld soll sein die Presse, der Kleinhandel, der Großhandel. Nun, in der Presse wurde der erste Schreckhauch abgegeben durch die hohe Staatsregierung mit ihrer Notiz über die Kartoffeln. Wegen den Zwischenhandel ist losgegangen worden, besonders gegen die Schlächter. In Berlin haben 1298 Schlächter, das sind zwei Drittel sämtlicher Berliner Schlächter, nur ein gewisses Einkommen von 2400 M. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Diese Anklagen gegen den Zwischenhandel gehen von denselben Kreisen aus, die sonst mit Worten so gern den Mittelstand retten und ihm Preisvereinbarungen gestatten wollen.

Die vom Minister v. Schorlemer angeführten Zahlen sind ganz haltlos. Er stützt sich auf eine Statistik, die im Sekretariat des Landwirtschaftsrats, dem Professor Dr. Deht vorkommt, angefertigt ist, und in der beim Schweinefleisch die Köpfe und Weine nicht eingerechnet sind, als ob die Schweine ohne Köpfe und Weine herumlaufen. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei der Volkspartei.) So sollten in Königsberg die Kartoffeln 2,00 M. kosten, in Berlin 8,00 M. Die Handelswelt war ganz erstaunt, als sie das hörte, von solcher Differenz wußte niemand etwas. Der Minister hat übersehen, daß man in Königsberg nach einfachen Zentnern notiert, in Berlin nach Doppelzentnern. (Schallende Heiterkeit.)

Reiner will schuld sein. Herr v. Bethmann sagt was kann ich denn dafür, daß es nicht geregnet hat. Dafür kann er wirklich nicht; Jupiter pluvius (Regengott) zu sein, hat niemand von ihm verlangt (Heiterkeit), wohl aber, daß er die üblen Folgen der Regenlosigkeit abwendet oder mildert. Eine Verwaltung, die so günstig wirtschaftet, wie die der Eisenbahnen, kann wirklich etwas für die deutsche Viehzucht und die deutschen Fleischkonsumenten tun.

Alles andere lehnt man ab. Man lehnt ab die Einfuhr des argentinischen Fleisches. Kein Wort davon, daß man die Einfuhr der wichtigen Kleie erleichtern will. Die Aufhebung, auch nur die zeitweise Aufhebung der Futtermittelzölle wird rundweg abgelehnt, abgelehnt aus Rücksicht auf den Großgrundbesitz, der Konkurrenz für das Brotgetreide fürchtet.

In vorigen Jahre erklärte der Landwirtschaftsminister — der preussische natürlich; bei guter Ernte übt der Zoll keinen Einfluß. Heute erklärt der Minister: bei schlechter Ernte übt der Zoll keinen Einfluß. Also heute so, morgen so. (Sehr wahr! links.) Die bayerische Regierung denkt anders über die Frage der Futtermittelzölle. Warum nimmt kein Vertreter der bayerischen, der bairischen Regierung das Wort? (Sehr gut! links.) — Die Frage der Futtermittelzölle ist ein wahrer Prüfstein für die Bauernfreundlichkeit der Zollpolitik. (Zustimmung links; Zuruf des Abg. Dr. A. v. Bachnide de Wente.) Der Abg. Wachhorst de Wente hat über diese Frage Ausführungen gemacht, die sich in gleicher Richtung bewegen, wie meine.

Die gegenwärtige Krise enthält die innere Schwäche der Agitation des Bundes der Landwirte, den Interessengegensatz zwischen Getreideproduzenten und Viehzüchtern, zwischen großem und kleinerem Grundbesitz. Und der Großgrundbesitz herrscht in den Organisationen der Landwirtschaft. Er beherrscht den Bund der Landwirte — ich erinnere an die Großgrundbesitzer Dr. Köpcke und v. Wangenheim — er beherrscht die Landwirtschaftskammern, aus denen oder doch aus deren Ausschüssen er den mittleren und kleineren Besitz fernzuhalten weiß. (Lebhaftes Sehr richtig! links; Lärm, Unruhe und Zurufe rechts.) Sehen Sie nach Mecklenburg. Dort will die Ritterschaft den Bewohnern des Domaniens, das volle zwei Drittel des Landes ausmacht, ganze 12 unter den 90 Mitgliedern des geplanten neuen Landtages zusetzen. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Aus den Kreis auszuscheiden wird der kleine Bauer systematisch ferngehalten. (Sehr wahr! links. Zuruf rechts: Unsin!) Dieser Zuruf zeigt von der angeborenen Höflichkeit der Gelehrten und Besten! (Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung links.)

Warum versucht die Regierung nicht es mit der Suspension der Futtermittelzölle? Sie hat doch für diese Maßregel die Mehrheit selbst in diesem Reichstag. Wenigstens hat sich doch auch das Zentrum durch Dr. Heim dafür erklärt. Sehr temperamentvoll freilich klang der Beifall nicht, den das Zentrum diesen Worten spendete. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Herr v. Bethmann Hollweg erklärt, über den Parteien zu stehen. (Heiterkeit links, Zuruf: Ach, du lieber Gott!) Wir wissen, was das heißt: über den Parteien stehen. Bülow hat es erfahren, als er gefürzt wurde, weil — Didenburg sein großes Portemonnaie gefährdet erachtete und Herr v. Gendeband die Branntweinsteuer für den springenden Punkt der Reichsfinanzreform erklärte. (Hört! hört! und Sehr wahr! links.) Bülow's Nachfolger hat nunmehr die Sammelparole ausgegeben. Der Abg. Fuhrmann hat diese Sammelparole abgelehnt und Abg. Fuhrmann hat, wie ich erfahre, dies auf einstimmigen Fraktionsbeschluss getan. (Hört! hört! rechts und links.)

Änderungen der Wirtschaftspolitik sind nicht von diesem, sondern erst vom nächsten Reichstag zu erwarten. Ich will nicht prophezeien, aber ich gestehe, daß ich dem 12. Januar frohen Mutes entgegen sehe. (Lebhaftes Zustimmung links.) Die Wahlen von Diezlo-Lhl, Labiau-Wehlau, Kempfen, Roskatz (Abg. Rieseberg schreit dazwischen: Hallel!) sprechen eine deutliche Sprache. Wenn dem schwarz-blauen Volk auch nur 30—40 Mandate abgenommen werden, so ist das konservativ-liberale Joch vom Rücken des deutschen Volkes genommen. (Stürmischer Beifall links, tosender Lärm rechts.) Und so hoffen wir denn, daß die große liberale Partei, daß die bürgerliche Linke gefährdet aus den Wahlen hervorgehen wird. (Stürmischer Beifall bei den Liberalen, Rufen rechts. Ein Antisemit übt sich im Pfeifen.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Von Mitteln gegen die Teuerung war in der Rede des Dr. Bachnide nicht die Rede. (Zurufe links.) Was kann der Schutzoll, was kann die Regierung, was kann die deutsche Landwirtschaft für die Teuerung? Daß die Dürre so kurz vor den Wahlen eingetreten ist, ist ein wahres Schweineglück für die Opposition. (Sehr wahr! rechts.) Man spricht von der Aufhebung des Gemüsezolls. Das bisherige Kohlzoll macht den Kohl auch nicht fett. (Heiterkeit.) Der Sozialdemokrat a. D. Calwer hat überzeugend die Notwendigkeit des Zollschutzes nachgewiesen. Auch der Sozialdemokrat Maurenbrecher hat in den „Sozialistischen Monatsheften“ so vernünftige Ansichten über diese Frage entwickelt, daß er wohl nächsten Freitag wird. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) — In den Ausführungen des Dr. Heim waren Hofinen, die der Linken gefielen. Akzeptieren Sie den ganzen Ruch, dann nehme ich auch die Hofinen mit in den Kauf.

Das Resultat dieser Debatte ist ein großer Sieg der Schutzollidee. Nicht einmal der Sozialdemokrat Südekum hat sich unbedingt zum Freihandel bekannt.

Der Abg. Bachnide hat hier die Bauern gegen die Großgrundbesitzer aufgeheitert. (Lebhaftes Zustimmung rechts; Unruhe links.) Abg. Bachnide ruft zum Präsidenten Grafen Schwerin-Löwis herauf: Ist „aufheben“ ein parlamentarischer Ausdruck? Graf Schwerin-Löwis konterfiet mit den Schriftführern und ruft den Dr. Arendt nicht zur Ordnung! Wenn Großgrundbesitzer in den leitenden Stellen der Landwirtschaft sitzen, so verdanken Sie das dem Vertrauen der Bauern. Und sitzen in den Handelskammern Kleinhandlärer oder nicht vielmehr Großhändler? (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Draußen im Lande sehen wir einen Wahlblock von Wassermann bis Debel. Hier im Reichstage aber sehen wir einen Schutzollblock von Kanitz bis Wassermann. — Wachhorst de Wente hat sich nur theoretisch, nicht praktisch für die Suspension der Lebensmittelzölle ausgesprochen.

Dr. Südekum sprach von den Sterblichkeitsziffern. Im freihändlerischen England ist in den amtlichen Totenregistern oftmals „Dungertod“ verzeichnet. (Hört! hört! rechts.) Doch in England gefrorenes Fleisch eine große Rolle in der Volksernährung spielt, ist gerade ein Zeichen des Niederganges. Wer wie ich gefrorenes Fleisch gegessen hat, der weiß, daß es auf die Dauer ungenießbar ist. Das wird sich auch herausstellen, wenn man das Fleisch zulassen wird.

Im Gegensatz zu Dr. Südekum muß ich betonen, daß nicht bloß Großgrundbesitzer, sondern auch Bauern am Körnerbau interessiert sind.

Ich habe noch eine Erklärung zu den Ausführungen der national-liberalen Redner, besonders des Herrn Fuhrmann, abzugeben. Wir begrüßen das unumwundene Bekenntnis der national-liberalen Partei zum Schutzoll. Wir vermischen den Hinweis auf die Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Agitation. Die scharfe Stellungnahme der National-liberalen gegen rechts schmerzt uns als Mittelpartei ganz besonders. (Sehr wahr! rechts.) Aber trotzdem und trotz der scharfen Haltung eines Teiles der national-liberalen Partei werden wir unsere Freunde die Brücken nicht abbrechen, zumal wir viele Ziele mit den National-liberalen gemeinsam haben.

Mit Freude haben wir das Bekenntnis zu einer energischen Weltpolitik

in der Rede des Abg. Fuhrmann vernommen und wir erkennen an, daß auch die freisinnige Volkspartei mehr und mehr von ihren früheren kosmopolitischen Ideen zurückkommt. Auch wir wollen nicht das Zentrum als ausschlaggebende Partei, das will niemand, ich glaube auch das Zentrum selbst nicht. (Heiterkeit.) Bei dieser Gemeinsamkeit sozialer Ziele und Anschauungen bedauern wir es, daß national-liberale Redner sozialdemokratische Wendungen gebrauchen. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Wer nicht will, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, der muß dafür sorgen, daß eine starke Rechte hier im Hause bleibt, denn eine solche ist das beste Gegenmittel gegen die Umsturzpartei. (Bravo! rechts. Heiterkeit und Zurufe links.) Ihre (zu der Linken) Heiterkeit bei so einer ernsten Sache ist sehr bedauerlich. (Bravo! rechts. Erneute Heiterkeit links.) Ich hoffe, daß der gesunde Sinn die national-liberalen Wähler trotz aller Fraktionsverärgerung in die Front führen wird, in die sie gehören, in die

nationale Front gegen den Umsturz.

(Bravo! rechts.) Und ebenso hoffe und wünsche ich, daß die nächsten Wahlen ein Festhalten an unserer Wirtschaftspolitik bringen und unser Volk vor einem verhängnisvollen Sprung ins Dunkle bewahren werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Herr Bachnide hat mir eine Verwechslung vorgeworfen. Ich habe aber von vornherein gesagt, daß ich eine

Verantwortung für die Richtigkeit der Zahlen des Deutschen Landwirtschaftsrats nicht übernehmen kann.

(Lachen links.) Die große Spannung zwischen den Vieh- und Fleischpreisen ist übrigens auch nach einer Statistik des Städtischen Statistischen Amtes in Berlin zu verzeichnen. Ich wiederhole, die Fleischer täten besser, statt beim Schweinefleisch des armen Mannes lieber beim Rind- und Kalbfleisch, das vom besseren Publikum gekauft wird, höhere Preise zu nehmen. — Auf die Ostmarkenpolitik hier einzugehen, habe ich keinen Anlaß. Ich bin aber gern bereit, im preussischen Landtage der Behauptung entgegenzutreten, daß die Ostmarkenpolitik im Abbau begriffen sei. Die innere Kolonisation beschäftigt die preussische Landwirtschaftsverwaltung dauernd. Die Aufrechterhaltung großer Güter ist im Interesse unseres Körnerbaues notwendig. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Antif.): Den Grund- und Bodentoucheur wird Herr Bachnide nicht nur auf dem Lande, sondern noch mehr in den Städten finden. Auch erinnere ich ihn daran, daß es eine neue

Art Großgrundbesitzer gibt, das sind die großen Bankiers und Warenhausbesitzer. Herr Radnische sollte seine Vorwürfe nicht gegen die Regierung lieber gegen seine Freunde in der Berliner Stadtverwaltung richten. Der „Vorwärts“ betont heute sehr mit Recht, daß die Kommune Berlin absolut nicht durchgreifende Maßnahmen gegen die Teuerung ergriffen habe. An unserer Wirtschaftspolitik halten wir unbedingt fest. (Bravo! rechts.)

Hg. Lehmann-Jena (links): Die Teuerungsdébatte dauert nun bereits 4 Tage, aber ich habe noch nicht bemerkt, daß die Lebensmittel billiger geworden sind. (Lachen links.) Erklärlich ist, daß der Reichskanzler durch die Débatte veranlaßt worden ist, zu erklären, daß er zähe an der b.ährigen Wirtschaftspolitik festhalten werde. Von den Freisinnigen hätten wir gern gemußt, wie weit eigentlich die Risse nach ihrer Meinung abgebaut werden sollen. (Sehr gut! rechts.) — Der Bund der Landwirte steht hoch über den Angriffen des Bauernbundes.

**Der Bund der Landwirte ist aufgebaut auf Wahrheit und Wahrschaffigkeit.**

(Große Heiterkeit links.) Herr Scheidemann ist doch außerhalb des Hauses ein ganz vernünftiger Mann. (Heiterkeit rechts, Vizepräsident Schulz: Dieser Gegenstand ist fränktisch!) — Dann will ich „außerhalb des Hauses“ fortsetzen. Ich möchte aber Herrn Scheidemann fragen, ob etwa hohe Lebensmittelpreise ein Zeichen niedriger Kultur sein sollen. Steigende Kultur bringt mit sich ein Sinken des Geldwertes; dies hat zur Folge steigende Löhne und die weitere notwendige Folge ist ein Steigen der Fertigwarenpreise. Davon können die landwirtschaftlichen Produkte keine Ausnahme machen. Schuld an der Teuerung sind auch die

**Auswüchse der sozialen Gesetzgebung.**

Dieser Vorwurf trifft den ganzen Reichstag. Es ist nur ein großes Glück, daß die Verbündeten Regierungen in dieser Beziehung manchmal doch noch vernünftig gewesen sind. (Heiterkeit.) Lediglich bedauern wir in dieser Zeit wieder einmal die landwirtschaftlichen Naturalalöhne, die Sie (zu den Sozialdemokraten) immer bekämpfen! Sie würden sich ein Verdienst erwerben, wenn Sie dafür sorgen wollten,

**daß dem Volke die Vergnügungssucht, der Gang zum Lugal etwas mehr eingeschränkt wird.**

(Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Interessant ist, daß all die Futtermittel, die zollfrei eingeht, sehr hoch im Preise stehen, während die anderen verhältnismäßig normale Preise haben. Es ist überhaupt alles teurer geworden, was der Bauer kaufen muß. Daher sollte man ihm auch einen kleinen zeitgemäßen Aufschlag auf seine Produkte gönnen. Vor allem sollte die Regierung endlich meinen Antrag verwirklichen, für den ich wie eine Köchin für ihr Junges gekämpft habe (Heiterkeit), wonach die Kosten der Viehfleischbelämpfung vom Staat übernommen werden sollen. Das Traurigste ist, daß der Landwirt ganz von der Preisbildung seiner Produkte ausgeschlossen ist, er muß nehmen, was der Müller zahlen will. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Heute Landwirt zu sein, heißt ein Opfer für das Vaterland bringen. (Große Heiterkeit links.) Die Regierung möge an das Wort denken: Und wäre nicht der Bauer, so hätten wir kein Brot. (Lebhafter Beifall rechts.)

Hg. Korfanty (Vole): Meine politischen Freunde halten die Frage, ob Schutzoll, ob Freihandel, lediglich für eine Frage der Zweckmäßigkeit. Vor allem handelt es sich darum, daß die Wirtschaftspolitik Wirtschaft, nicht die Preise soll sie herabmindern, sondern sozial Verdienst schaffen, daß die ärmere Bevölkerung hohe Preise zahlen kann. Unsere Wirtschaftspolitik hat aber unferer Bevölkerung lohnende Beschäftigung nicht geschaffen. Ausland hat einen Eingangszoll auf Kohlen eingeführt, wodurch wir den russischen Markt verloren haben. Die Ausfuhr von solescher Kohle ist erheblich zurückgegangen. Die gesamte Industrie Oberschlesiens leidet unter den Folgen unserer Wirtschaftspolitik, und deshalb müssen wir verlangen, daß die Regierung uns mit Frachtermäßigungen entgegen kommt; das ist ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, da lohnende Arbeit in unserem Landesteile gerade infolge der Wirtschaftspolitik fehlt. — Einen kräftigen Bauernstand halten wir für die Zukunft der Nation. Aber die An siedelungspolitik der preussischen Regierung müssen wir verdammen. Die An siedler müssen ausgelacht werden ohne Rücksicht auf Nationalität und Konfessionalität. Die preussische An siedelungspolitik dagegen ruiniert den Bauernstand, sie hat dazu beigetragen, die Bodenpreise in die Höhe zu treiben und den Boden ganz zu mobilisieren. Oberischlesien zeigt eine Verteilung des Bodens in klassischer Weise, wie sie nicht sein soll. Hier herrscht ungleichmäßigkeit der Latifundienbesitz. Da ist es kein Wunder, wenn die Lebensmittel teuer sind. Man fördert die Entwicklung zum Großgrundbesitz mit ihrem zerstörenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik noch durch Gründung von Fideikommissen, wobei man den reichen Herren noch die Stempelkosten im Gnadenwege erläßt. Solche Politik müssen wir bekämpfen.

Hg. Herzog (wirtsch. Bg.): Nicht die Vieh- und Kornpreise sind hoch, wohl aber die Fleisch- und Brotpreise. Dem schwarzblauen Volk kann man daran nicht schuld geben, es gibt ja überhaupt keinen einheitlich geschlossenen schwarzblauen Block. Notwendig ist eine Umgestaltung unseres ganzen Vodenrechts. Die Schuld der Presse an der Teuerung der Preise ist unbefreitbar.

Hg. Robert (Sp.): Der preussische Landwirtschaftsminister hat bei seiner Antwort auf die Schweine ohne Köpfe und Meine doch wohl eingesehen, daß es nicht genügt, sich von dem Ministerialdirektor informieren zu lassen, daß man davon nichts versteht, wenn man nicht direkt damit aufgewachsen ist. (Heiterkeit.) — Statt auf Abhilfe für die Uebelstände im Bundesrat zu drängen, stellt sich der Landwirtschaftsminister hin und bläst nach unten: „Wir hier oben wollen nichts machen; befohrt ihr es.“ (Sehr gut!) bei der Volkspartei.) Und was für Mittel gibt er den Städten an. Sie sollen einfach alle die Leute ausschalten, die im Zwischenhandel beschäftigt sind. Er bedeutet gar nicht, daß die Städte gar nicht die Rahmungsorganisation in die Hand nehmen können, ohne recht tief in den Steuerrißkel zu greifen. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen, die über die Spannung von Vieh- und Fleischpreisen gemacht sind, bezog auch von dem bayerischen Minister Vertreich im böhmerischen Landtag. Ich wollte auf die Statistik des Landwirtschaftsministeriums eingehen, aber er hat sie inzwischen selbst als falsch bezeichnet. Wie kommen denn solche Statistiken zustande. Da kommt in Königsberg ein Säuhmann in den Laden und fragt: Was kostet das Pfund Schweinefleisch usw. In München fragt die Regierung ihre Beamten: was zahlen Sie bei dem und dem Schlächter für das Pfund Fleisch von der und der Sorte. Das wird dann zusammen gerechnet und die Statistik ist fertig. (Große Heiterkeit.) Dem Mittelstand, den Handwerker und Gewerbetreibenden haben Sie Lasten über Lasten auferlegt; zuweilen legen Sie ihnen auch ein kleines Pfändchen auf, freilich nur, wenn es Sie selbst nichts kostet. (Sehr richtig! links.) Jetzt aber sagen Sie, die Städte sollen den Zwischenhandel selbst übernehmen. Was aus den schwer ringenden Gefühlen werden soll, das macht Ihnen keine Kopfschmerzen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Auf die Dauer werden Sie sich der Zulassung argentinischen Fleisches nicht enthalten können; auch die Vieheinfuhr sollten Sie erleichtern und in eine zeitweilige Aufhebung gewisser Lebensmittelzölle willigen. (Bravo! b. d. Sp.)

Hierauf verlag sich das Haus auf morgen 12 Uhr. Der Präsident schlägt vor, morgen in der Tagesordnung (Fortsetzung der Besprechung) fortzufahren.

Hg. Vebel (Soz.) beantragt, morgen zunächst die Interpellation über die Kauf- und Konsumsteuer auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Abgg. Wiener (Sp.) und Bismarck (natl.) schließen sich dem an, weil dies auch dem Beschluß des Seniorenkongresses entspricht.

Der Antrag Vebel wird gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen. Schluß 7 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Versicherungsgesetz für Angestellte.

Sigung vom Donnerstag, den 26. Oktober.

§ 1 bestimmt die Berufsgruppen, die der Versicherung unterstellt werden sollen. Ein Antrag unserer Genossen fordert, daß alle Bureauangestellten in die Versicherung einbezogen werden. Dem widersetzten sich die Regierung und die Konservativen, die insbesondere die Versicherung von Personen, die Schreibarbeiten im Bureau verrichten, ablehnen. Abg. v. Brockhausen (L) betonte nachdrücklich, daß die Bureauangestellten nicht in die Versicherung gehören, es ist nur beabsichtigt, Personen zu erfassen, die in einer leitenden oder gehobenen Stellung sich befinden. Der konservativ Schickert führte als Begründung des Standpunktes der Konservativen an, daß man nur den Dänkel dieser Personen nähre, wenn man sie in dieselbe Versicherung bringe, wie den höher gestellten Handlungsgehilfen. Auch Abg. Raab (Antif.) wies von dem sozialdemokratischen Antrag nichts wissen, er glaubt, daß sich der Gehr mit den Angestellten darüber einigen wird, ob der Angestellte der Versicherung zu unterstellen ist. Diese Auffassung kennzeichnet nur, daß es Herrn Raab nicht bekannt ist, daß über die Versicherungs-pflicht die im Gesetz vorgesehene Instanz entschieden. Von der freisinnigen Volkspartei wurde die Frage angeknüpft, ob Angestellte in einer ausländischen Filiale eines hiesigen Betriebes der Versicherung unterstellt sind. Abg. Wommsen verlangt dies insbesondere für die Bankbeamten. Die Regierung lehnt diese Ausdehnung der Versicherung ab. Nur Reisende, die von hiesigen Firmen nach dem Auslande geschickt werden, bleiben in der Versicherung und solche Personen, die im Inlande bereits 60 Monatsbeiträge bezahlt haben, können im Auslande freiwillig die Versicherung fortsetzen. Auf eine Bemerkung unserer Genossen, daß wohl die Regierung nach einer Umkehrung des Staatssekretärs Delbrück die Absicht habe, auch Fabrikpensionisten, die nach Inkrafttreten des Gesetzes gegründet werden, zuzulassen, wird vom Ministerialdirektor Caspary erklärt, daß dies nicht der Fall ist, vielmehr jede weitere Konzeption an die Erlassung abgelehnt werden muß.

Von den Rednern der sozialdemokratischen Partei wird dargelegt, welche Ungerechtigkeiten die Abgrenzung des Kreises der Versicherten bringt. Nach der Erklärung der Regierungsvertreter ist der Schreiber in einem Bureau, die Maschinenreiberin, nicht versicherungspflichtig. Sobald sie aber andere Bureauarbeiten übernimmt, zum Beispiel die Registratur erledigt oder einige Geschäftsbriefe selbstständig entwirft, kommt sie in die sogenannte „gehobene Stellung“ und ist nunmehr der Versicherung unterstellt. Was wird nun in der Praxis die Folge sein: Der Maschinenreiber wird nach einiger Zeit in dem Bureau auch zu anderen Arbeiten herangezogen; von dem Zeitpunkt ist er der Versicherung unterstellt. Wer kontrolliert nun, daß der Beginn der Versicherung zutreffend festgestellt ist? Wechselt der Schreiber seine Stellung und kehrt er wieder zu seiner Schreibertätigkeit zurück, so muß er aus der Privatversicherung ausscheiden und hat er nicht mindestens fünf Jahre Beiträge gezahlt, darf er auch nicht freiwillig die Versicherung fortsetzen, noch erhält er seine Beiträge zurück. Diese Vorgänge werden sich sehr oft wiederholen und dazu beitragen, daß mit großer Erbitterung die ungerechte Behandlung empfunden wird. Für die Angestellten der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie ist eine sehr ungünstige Position geschaffen. Der Kapitän der holländischen Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie, weil er in einem ausländischen Betriebe beschäftigt ist. Obwohl hier vielfach deutsches Personal beschäftigt wird und der Angestellte einen erheblichen Teil seiner Tätigkeit in Deutschland ausübt, steht er ungünstiger als die Angestellten der übrigen deutschen Gesellschaften.

Die Debatte ergab, daß, abgesehen von den Konservativen, die übrigen Parteien zugeben müßten, daß der Antrag der Sozialdemokraten berechtigt ist, der verlangt, daß alle Bureauangestellten der Versicherung unterstellt werden. Der Antrag wurde sodann gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

## Aus der Partei.

Vor der Statutenrevision.

Paris, 26. Oktober. (Fig. Ber.)

Die geeinigte Partei hält in der kommenden Woche einen außerordentlichen Parteitag ab, der die Statutenrevision erledigen soll, für die auf den mit aktuellen und prinzipiellen Fragen überlasteten Jahreskongressen nie Zeit blieb. Der Hauptgegenstand, um den es sich handelt, ist die Konstituierung und Kompetenz der Parteileitung. Von Guesdistischer Seite liegen hierzu verschiedene Anträge vor, die auf die Konstituierung eines Parteivorstandes an Stelle der nach den bisherigen Statuten zu bloß administrativen Geschäften berufenen „Verwaltungskommission“, auf die Abschaffung des aus den Vertretern der Föderationen und einer Delegation der Fraktion zusammengesetzten Nationalrats und die Abhaltung von zwei Parteitagungen im Jahre hinauslaufen. Im Parteivorstand soll die Stärke der verschiedenen Föderationen proportional zur Geltung kommen. Von besonderer Wichtigkeit aber wird der Antrag der Guesdisten werden, der die Ausschließung der Deputierten von der Vertretung der Föderationen in den Zentralorganismen aufhebt. Bisher waren die Deputierten im Nationalrat nur als Mitglieder der Fraktionsdelegation zugelassen. Dagegen war es einer Föderation nicht möglich, sich durch einen Deputierten vertreten zu lassen. Dieses fragwürdige Erbschick des parlamentarischen Antiparlamentarismus hat praktisch vielfach zum Widerstand geführt, daß die wirklichen Organisationsleiter nur auf dem Wege über die Fraktion dazu kommen konnten, für ihre Organisation das Wort zu führen.

Von Bedeutung wird weiter die Verhandlung über die Zusammenfassung des Verwaltungsausschusses der „Humanität“ werden. Auch die Frage, ob die Parteizugehörigkeit die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft sowie der Genossenschaft obligatorisch macht, wird verhandelt werden. Bisher war im Statut wohl eine solche „Pflicht“ zur gewerkschaftlichen Organisation ausgesprochen, aber nicht ein eigentlicher Zwang. — Einen solchen hat auch die Seine-Föderation auf ihrem am letzten Sonntag zu Ende geführten Kongress abgelehnt, wobei der augenblickliche Konflikt zwischen den Konsumvereinen und den Gewerkschaften von offenbarem Einfluß war.

**Quundertausend organisierte Sozialisten in den Vereinigten Staaten.**

Der mächtige Aufschwung des amerikanischen Sozialismus äußert sich nicht nur in der reichenden Zunahme der Wahlstimmen, wie sich jetzt wieder bei Gemeindevahlen im Staat Connecticut gezeigt hat, und dem Aufschwung der Presse, sondern auch in dem kräftigen Ausbau der Organisation. Nach dem Berichte des Parteileiters sind im September mehr als 100 000 Beitragsmarken verlangt worden. Die Partei besteht jetzt 10 Jahre. Im vorigen Jahre, als die Stimmenszahl bei den Kongresswahlen auf rund 607 000 stieg, waren es etwa 60 000 Parteimitglieder. Man hofft, bei den Wahlen des nächsten Jahres, die mit der Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten zusammenfallen, die Grenze der Million zu überschreiten.

**Ein internationaler Parteitag in London.**

Wurde kürzlich in London zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Vorwurf nennt sich Friedrich Goetz, angeblich aus Rannheim kommend. Die Untersuchung ergab, daß Goetz seit 20 Jahren alle Länder der Welt durchreist und die sozialdemokratischen Vereine ebenso abklopft wie die Zeitungredaktionen aller Richtungen und

die Geistlichkeit beider Konfessionen. Dabei trat er bald als Sozialdemokrat, bald als frommer Katholik oder Protestant auf, hielt Vorträge über seine Pilgerreisen nach Palästina ebenso wie über Martin Luther oder über Länder- und Völkerkunde. In London war er vom sozialdemokratischen Bureau gleich zum evangelischen Pfarrer geeilt, wo er sich erbot, im evangelischen Arbeiterverein einen Vortrag zu halten. In der Herberge zur Heimat war er eben dabei, sich über die Angelegenheiten lustig zu machen, als ihn das Schicksal ereilte. Die Lehre hat aber anscheinend nichts gefruchtet, wie folgende, dieser Tage in London eingegangene Karte beweist:

London, 9. Oktober 1911.

An das sozialdemokratische Parteisekretariat London!  
Wie sehr sind in öffentlichen Vorträgen die Genossen von London, Brüssel, Moudon, Lille, Amiens, Paris, Orleans, Blois, Tour, Poitiers, Angoulême, Bordeaux von meiner ungerathenen Verurteilung (1 Monat) benachrichtigt; Spanien, Borm-gal, Italien, Algerien, Tunesien, Katalo, Griechenland usw. wird mein weiteres Operationsfeld sein. Ich bin zurzeit im Besitze meiner Parteilegitimation. Das Sekret hat es völlig rechtsübrig unterlassen, eine solche in Mannheim einzufordern, und es wird nunmehr eine Wiederaufnahme des Verfahrens erfolgen, und der Beweis erbracht, daß Sie zu früh gelacht haben. Würde ich nicht verschiedene Genossen abhalten, dann könnten Sie sich Ihre Knochen fäulterlich numerieren. Die Art der Verhaftung von Seiten der Zivilpolizei ist ebenfalls gekennzeichnet und habe ich hierüber an den Minister berichtet. An Unterstützungen durch Vorträge in Parteiverfammlungen seit 8. September sind mir in Belgien und Frankreich bis heute 100 Frank gegegangen.

Friedrich Wilhelm Goetz.

Journalist, Junker- und Denunziantenfeind.

Ohne Gerichtsferien hätte ich die Strafe niemals angenommen.

Die Parteipresse, auch die des Auslandes, wird gut tun, wenn sie auf den Menschen aufmerksam macht, damit ihm auch anderwärts das Handwerk gelegt wird.

**Bresche gelegt!** In dem dunkelsten Oberischlesien, im Reichstagswahlkreis Grottkau-Falkenberg, wurde am Sonntag der erste sozialdemokratische Verein gegründet, dem sofort über 30 Mitglieder beitraten. Und das geschah in einer hoch katholischen Gegend, wo von den Kanzeln gegen den „roten Unfug“ fast jeden Sonntag gepredigt wurde. Damit ist von den 11 Reichstagswahlkreisen, wo bisher die Sozialdemokratie noch nicht festen Boden fassen konnte, wieder einer zu streichen.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Eine Freisprechung.**

Von der Anklage, einen Polizeibeamten beleidigt zu haben, wurde in Bochum der Genosse Pierenlämper freigesprochen. Er hatte im „Bochumer Volksblatt“ behauptet, der Polizeibeamte Schneider habe in einem Falle vor Gericht nicht die Wahrheit gesagt. Das Schöffengericht hat mit seiner Freisprechung befundet, daß dem Genossen Pierenlämper der Wahrheitsbeweis gelang.

## Jugendbewegung.

Die Justizinstanzen gegen die freie Jugendbewegung.

Das Oberlandesgericht in Hamm i. W. hat am Dienstag in einer Anklage gegen sieben Mitglieder des Gelsenkirchener Jugendauschusses ein Urteil erlassen, das die schönen Worte, die im Reichstag gelegentlich der sozialdemokratischen Interpellation über die Anwendung des Reichsbereinsgesetzes in der Praxis vom Regierungstisch verloren wurden, unbarmherzig Lügen strafte.

Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk veranfaßte Anfang dieses Jahres die Polizeibehörden ein wahres Kesselstreben gegen die freie Jugendbewegung. Ganz besonderen Eifer entfaltete hierbei der Essener Polizeipräsident, das erst in den letzten Tagen wiederum die Beurteilung einer Anzahl jugendlicher in Essen registrierten konnte. Damals blieb der erhoffte Erfolg, wenigstens für Essen, aus, deshalb versuchte die hochmohlsüchtige königliche Polizei ihr Glück in Gelsenkirchen. Hier waren die polizeilichen Bemühungen von dem schnellst erwünschten Erfolg gekrönt. Der Staatsanwalt brachte gleich den ganzen Jugendauschuss auf die Anklagebank und vom Schöffengericht wurden die gesamten Mitglieder des Jugendauschusses wegen angeblicher Übertretung des Reichsbereinsgesetzes zu einer Geldstrafe von 10 M. verurteilt. Obwohl alle Zeugen in der Verhandlung vor dem Schöffengericht aussagten, daß in den Veranstaltungen des Jugendauschusses nie von Politik oder von der Sozialdemokratie gesprochen worden sei, hielt sich das Gericht zu der Feststellung berechtigt, daß in den fraglichen Versammlungen politische Erörterungen stattgefunden hätten. In dem Jugendauschuss erklärte das Schöffengericht einen auf Dauer berechneten Zusammenfluß einer Mehrheit pöblicher Personen zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke. Beide Feststellungen zusammen ergaben einen politischen Verein, dessen Satzungen der Beförderung eingereicht werden mußten. Weil dies natürlich unterblieben war, erfolgte die Verurteilung.

In der Berufungsinstanz, der Strafkammer des Landgerichts Essen, erfuhr das Urteil in seiner Begründung eine wesentliche Wandlung. Zu dem Verhandlungstermin waren die Referenten, die der Gelsenkirchener Jugendauschuss für seine Veranstaltungen gewonnen hatte, geladen. Diese bekundeten übereinstimmend, daß es ihnen ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden sei, in ihren Vorträgen jedwede politischen Erörterungen zu meiden. Unter diesen Referenten befand sich ein evangelischer Lehrer a. D., der sechs Vorträge gehalten hatte und sich zugleich als Vorsitzender des nationalliberalen Vereins seines Wohnortes bekannte. Angesichts dieser Beweisaufnahme desanuierte das Berufungsgericht den Schöffengericht insofern, als in dem Urteil der Strafkammer gesagt wurde, daß es nicht erwiesen sei, daß in den Versammlungen politische Erörterungen gepflogen seien. Aber die jugendlichen hatten neben allgemein bekannten Volksliedern u. a. gesungen: „Auf Sozialisten schließt die Reiben“, „Sozialisten auf der Reih“, „Stolz weht die Flagge purpurrot“, „Böhnen, wer Recht und Wahrheit achtet“. Nach der Ansicht der Essener Strafkammer wurden diese Lieder nicht aus Geilheitsrücksichten, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen gewählt. Auf das jugendliche Gemüt sollte eingewirkt und die Jugend politisch bearbeitet werden. Das sei aber eine ganz eminent politische Betätigung, die die von dem Schöffengericht erkannte Strafe vollauf rechtfertige.

Auf die Revision der Angeklagten hin hatte sich der Senat des Oberlandesgerichts in Hamm mit der Sache zu befassen. In der Revisionsbegründung wurde zunächst gerügt, daß die Feststellung, inwiefern es sich überhaupt um einen Verein handle, nicht hinreichend begründet sei. Das Schöffengericht habe in dem Jugendauschuss einen Verein erblickt, wohngegen das Berufungsgericht den Jugendauschuss als Vorstand des Vereins ansehe. Aus dem Urteil gehe aber nicht hervor, daß diese Feststellung auf Grund zureichender rechtlicher Erwägungen getroffen sei. Eine Erörterung politischer Fragen halte das Berufungsgericht nicht für erwiesen, dahingegen schließe es lediglich auf dem Abhängen der fraglichen Lieder, daß eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt sei, indem die Jugend im sozialdemokratischen Geiste erzogen werden sollte. Unter Einwirkung auf politische Angelegenheiten sei die Absicht einer bestimmten Gestaltung politischer Angelegenheiten, eine Veränderung bestehender politischer Zustände zu bestehen. In der Erörterung politischer Angelegenheiten allein könne eine Einwirkung im Sinne des § 3 des Reichsbereinsgesetzes nicht gefunden werden. Ebenso wenig könne in dem Singen der Lieder allein eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten gefunden werden, zumal festgestellt sei, daß auch sogenannte Volkslieder gesungen worden seien.

Das Oberlandesgericht verwarf die Revision und bestätigte das verurteilende Erkenntnis der Essener Strafkammer.

Dem Urteil des Essener Gerichts müsse in allen Teilen zugestimmt werden. Die „Arbeitende Jugend“ in Belsenkirchen bildet nicht nur einen auf die Dauer berechneten Zusammenschluss einer Mehrheit physischer Personen zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke, sondern sei auch einer organisierten Willensmacht, dem „Jugendauschuss“, unterordnet. Diese Momente seien als die Merkmale eines Vereins ohne Rechtsirritum von dem Verfassungsgericht festgestellt. Der Verein sei aber auch ein politischer Verein. Auch diese Feststellung habe das Verfassungsgericht zu Recht getroffen. Nach der Legitimationskarte der Jugendlichen und der den Referenten gegebenen Anweisung solle zwar die Erörterung politischer Angelegenheiten ausgeschlossen sein. Durch das Abhängen der feindlichen Lieber aber sei die Absicht bezeugt, die Jugendlichen im Sinne der sozialdemokratischen Partei zu bearbeiten. Die Stärkung der sozialdemokratischen Partei sei die unmittelbare Tätigkeit des Vereins gewesen. Der Jugendauschuss müsse als Vorstand des Vereins angesehen werden. Vorstand eines Vereins seien diejenigen Personen, die den Verein leiteten, in diesem Falle die Mitglieder des Jugendauschusses. Daß diese nicht allein von den Mitgliedern des Vereins ernannt würden, sei völlig gleichgültig. Die Verurteilung der Angeklagten sei demnach zu Recht erfolgt.

Nach dieser Begründung sind auch die konfessionellen Jünglingsvereine nichts anderes als politische Vereine, wenngleich man gerne ein solches Urteil von den preussischen Gerichten vergebens erwarten würde.

## Gerichts-Zeitung.

### Recht eigenartige Geschäftspraktiken

kamen in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern in einer mehrstündigen Sitzung die Strafkammer beschäftigte. Unter der Anklage des Vergehens gegen den § 301 St. G. B. (Annahme von Zahlungsversprechungen Minderjähriger) bezw. wegen Wuchers hatten sich der Kaufmann Hugo Blumenthal und der Kleiderhändler und Agent Jacob Kiebel vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. — Der Angeklagte Blumenthal ist Inhaber des Militärausstattungs-Geschäfts Bernhard Grenzdröffer Nachf. Zu seinen Kunden gehören fast ausschließlich nur Kadetten, Fähnricher und junge Leute, die noch die sogenannten Fähnrichspressen besuchen. Die Anklage legt ihm zur Last, in gewinnstüchtiger Absicht und unter Ausbeutung des Leichtsinns und der Unerschlossenheit Minderjähriger von diesen Schuldscheinen und andere Zahlungsversprechungen angenommen zu haben. Der zweite Angeklagte Kiebel, welcher in dem Laden Geschäft die Rolle eines Agenten, Provisionsreisenden und Verkaufers spielte, wurde des Wuchers im Sinne des § 302a beschuldigt.

Unter den sogenannten „Pressiers“, wie die Schüler der Offiziers- und Fähnrichspressen genannt werden, war es seit langem offenes Geheimnis, daß die Firma Grenzdröffer auch Minderjährigen Kredit zur Verfügung stellt, wenn gleichzeitig höhere Verbindungen auf Militäreffekten gemacht würden. Dies sprach sich bald herum, so daß die jungen Herren, wenn ihr Taschengeld zu Zigaretten und Schokolade nicht ausreichte, einfach zu dem Angeklagten Blumenthal gingen, der in ihren Kreisen der „Bankier“ genannt wurde. Ohne jegliche Bedenken gaben die jungen Leute dann große Bestellungen auf alle möglichen Dinge auf, wofür ihnen natürlich recht gepfefferte Preise berechnet wurden. Sie erhielten dann Darlehen von 10 bis 200 Mark, wofür sie auf Schuldscheinen sich verpflichten mußten, nach bestandenen Offiziersexamen nicht nur die Uniformen, sondern auch gleichzeitig Zivilanzüge bei der Firma Grenzdröffer zu bestellen. Diese Pumperlei en masse, die sich immer mehr vergrößerte, führte schließlich dazu, daß die Leitung der Lichterfelder Kadettenanstalt ihren Schülern unter Androhung der sofortigen Entlassung das Betreten des Blumenthalsen Geschäfts verbot. Bei diesem eigenartigen Geschäftsgebaren soll der Mißlingende die Rolle eines Schleppers gespielt haben, indem er die leichtsinnigen jungen Leute auf die Gelegenheit, Geld zu erlangen, aufmerksam machte. Hierbei verstand er es auch noch in anderer Weise, sein Schöpfchen ins Trockene zu bringen. Er verleitete den Fähnrich Landgraf, der Geld brauchte, dazu, sich bei Blumenthal Oberhemden zum Preise von 102 M. zu kaufen. Er selbst wartete auf der Straße bis 2, mit den Sachen wieder herunterkam. Beide gingen dann nach der Friedrichstraße, wo Kiebel dem leichtsinnigen jungen Mann die soeben gekauften Sachen für ganze 15 M. wieder abkaufte.

In der Verhandlung brachte Staatsanwalt Dr. Müller zum Beweise des Schuldbewußtseins vor, daß Blumenthal versucht habe, die Presse mit 1000 M. zu bestechen, um zu verhindern, daß Artikel über ihn in die Zeitungen kommen. Der Angeklagte Blumenthal gab hierzu folgende Aufklärung: Eines Tages hat ein gewisser Lindau oder Linder bei ihm angeklingelt und ihm mitgeteilt, daß im „Berliner Wächter“ ein Artikel erscheinen werde, in welchem er des Wuchers bezichtigt werde. Da man aber „Nachkommis“ (Mittel) mit ihm habe, könne er das Erscheinen des Artikels gegen Zahlung von 1000 M. verhindern. Er habe sofort der Kriminalpolizei von diesem Erpressungsversuch Mitteilung gemacht und die weiteren Gespräche mit dem Herausgeber des „Berliner Wächter“, Bogislaw Kriffeller, seien dann direkt von der Polizei aus erfolgt. Kriffeller habe die Erpressungsversuche dann in Gegenwart eines Kriminalschutzmannes, der in einem Schrank versteckt war, wiederholt und gesagt, daß er bereit sei, den Drucker Ullmann die Würstchenzettel erhalten habe und den Sach bezahllen müsse. Kriffeller habe von ihm dann 50 Mark für die Unterlassung erhalten. Es schwebe deshalb gegen R. ein Erpressungsverfahren.

Der anwesende Kriffeller hat, als Zeuge vernommen zu werden, um die nach seiner Behauptung unrichtigen Behauptungen des Blumenthal richtigstellen zu können. Seine Vernehmung wurde jedoch abgelehnt.

In der Sache selbst behauptete der Angeklagte, daß das, was er getan habe, in der ganzen Militäreffektenbranche usuel sei und auch überall bekannt sei. Wenn die Eltern seiner Kunden Billige oder vornehme Nittergüterbesitzer waren, sei immer Platz bezahlt worden, und nur wenn die Eltern Kaufleute waren, habe es immer Kraß gegeben. Diese hätten sich immer geweiheit, die von ihren minderjährigen Söhnen gemachten Schulden zu bezahlen. — Staatsanwalt Dr. Müller bezeichnete das Vorgehen der Angeklagten als ein recht gefährliches. Die Ermittlungen des Kriegsministeriums hätten ergeben, daß sich in den letzten zwei Jahren über 100 gleiche Fälle, wie die jetzt zur Anklage stehenden, bei der Firma Grenzdröffer zugetragen hatten, jedoch sei nur in zwei Fällen von den Eltern Anzeige erstattet worden. Mit Rücksicht auf die ganz unerhörte Ausbeutung des Leichtsinns unreifer und unerfahrener junger Leute beantragte er gegen Blumenthal 2000 M. Geldstrafe und gegen Kiebel 2 Monate Gefängnis. Die Rechtsanwälte, Justizrat Dr. Sello, Anzeil und Erich Seligson, hielten aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen die Freisprechung der Angeklagten für geboten. Das Gericht kam jedoch nach längerer Beratung zu der Verurteilung der beiden Angeklagten. Blumenthal wurde zu 1000 M. Geldstrafe, Kiebel zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. In einem Falle erfolgte den Ausführungen der Verteidigung gemäß Freisprechung.

Die Bluttat in der Bohlenstraße, die in der Nacht vom 18. zum 19. März sich ereignete und zunächst als Mord angesehen wurde, beschäftigte gestern das Schwurgericht

des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gräger. Unter der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Erfolge hatte sich der 22-jährige Fabrikarbeiter Fritz Boigt zu verantworten.

Am 18. März dieses Jahres, kurz vor 4 Uhr morgens, wurde im Seitenflügel des Hauses Bohlenstraße 14 die unter fittenpolizeilicher Kontrolle stehende, 31 Jahre alte Frau Maria Schramm, geborene Schülke, mit zahlreichen Schnittwunden tot aufgefunden. Bei der Leiche lag der Hund der Toten, der durch einen Stich in den Unterleib getötet worden war. Die Polizei setzte sofort eine Belohnung von 1000 M. auf die Ermittlung des Täters aus, es gelang aber nicht, auf die richtige Spur zu kommen. Der Polizei kam zu Ohren, daß der jehige Angeklagte Boigt etwa um die Zeit des Totenschlages eine Verwundung am Bein gehabt habe und nach einem Krankenhauste besördert worden sei. Er wurde im Krankenhaus polizeilich befragt, doch schien seine Behauptung, daß er in eine Schlägerei verwickelt worden sei, den Tatsachen entsprechend. Erst noch etwa 3 Wochen meldete sich der jehige Angeklagte nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus bei der Staatsanwaltschaft und gab sich als der Täter zu erkennen, wobei er sofort angab, daß er in der Notwehr gehandelt habe. Die Geübte, die Ehefrau eines Arbeiters Schramm, ging seit Jahren auf die Straße, gewöhnte auch in ihren verschiedenen Wohnungen anderen Männern Unterschlupf und war mehrmals wegen Nippelerei verurteilt worden. Nach der Darstellung des Angeklagten, der zweimal wegen Diebstahls verurteilt ist, hat sich die nächtliche Tat wie folgt abgespielt: Der Angeklagte sei, wie er behauptet, in der Nacht zum 18. März auf der Straße von der Schramm angesprochen worden und habe sie in ihre Wohnung begleitet. In der Wohnung habe er es sich bequem gemacht und sein Portemonnaie und sein Messer, welches er immer bei sich trug, auf den Tisch gelegt. Die Schramm sei mit dem Geld, welches er ihr freiwillig geben wollte, nicht zufrieden gewesen, habe mehr verlangt, und es sei zu einem lebhaften Streit zwischen ihnen gekommen. Schließlich habe ihm die Frau das Portemonnaie aus der Hand gerissen und Geld daraus genommen. Er habe sie mehrmals im guten aufgefodert, das Geld zurückzugeben, sie habe aber das Portemonnaie in die Tasche gesteckt und es nicht herausgeben wollen, vielmehr unter gemeinen Redensarten dies verweigert. Er habe sie darauf unter der Einwirkung großer Erregung an den Tisch gedrückt, sie rief sich los, drängte auf ihn ein, habe das Messer ergriffen und damit um ihn herumgedreht. Sie habe ihm dabei einen tiefen Stich in den Oberarm versetzt, so daß das Blut gleich hervorströmte. Er habe in der Abwehr zugefaßt und sich dabei den rechten Daumen bis auf den Knochen aufgeschnitten. Schließlich sei es ihm gelungen, ihr das Messer aus der Hand zu drehen. Da sei die Schramm ihm immer näher auf den Leib gerückt, sie habe gedroht, ihm die Augen auszukratzen, und da sei er so in Wut geraten, daß er gar nicht mehr wußte, was er tat. Er habe ein altes Chronleiden, leide an starkem Ohrenschmerz, und wenn er in Erregung gerate und bei großer Hitze wisse er oft nicht, was er tue. Als er immer mehr von der Schramm bedroht wurde, und auch deren Hund auf ihn los sprang, habe er mit dem Messer blindlings um sich geschlagen. Er habe nicht gesehen, daß die Schramm stark verwundet war, und erst später erfahren, daß sie 18 Stichwunden gehabt habe. Jedenfalls habe die Schramm nicht geschrien, sie habe die Zähne zusammengebissen und gequielet. Als die Schramm dann niedergesunken war und auch der Hund kein Lebenszeichen mehr von sich gab, habe ihn Grauen gepackt, er habe in der Küche seine Hände vom Blut gereinigt, auch das blutige Messer abgewischt und sei dann aus dem Hause gestürzt. Als er zu Hause ankam, habe er sich weiter gereinigt und bald darauf die Hilfe des praktischen Arztes Dr. Thebinger in Anspruch genommen, der ihn verband und dann seine Lieberführung in das Reindendorfer Krankenhaus anordnete. Dort sei er über 14 Tage behandelt und einer Operation unterworfen worden.

Soweit der Angeklagte, dessen Angaben im allgemeinen glaublich erscheinen. Er versichert, daß ihm die Tat sehr leid tue und seine Gewissensbisse ihn geradezu dazu getrieben hätten, sich selbst der Staatsanwaltschaft zu stellen. — In der Verhandlung war eine große Zahl Sachverständiger geladen. Von der Verteidigung werden Zweifel an der vollen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten geltend gemacht. Nach kurzer Vernehmung der Sachverständigen Dr. Marx, Dr. Kisthe, Dr. Hindrichsen und Dr. Thebinger, die positive Anhaltspunkte für etwaige Amputation des § 51 St. G. B. nicht hatten, aber doch befanden, daß der Angeklagte stellenweise einen stupiden Eindruck gemacht habe und geistig nicht ganz vollwertig schien, beschloß der Gerichtshof, die Sache zu verlagern und den Angeklagten in einer öffentlichen Anstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

## Aus aller Welt.

### Russisches!

Als der Bürgerkönig Louis Philipp das französische Volk ausfaugte, rief sein Minister Guizot der Großbourgeois zu: Vereichert Euch! Diesen Mahnruf hat auch die herrschende Klasse in Rußland sich zum Wahlspruch erkoren. Eine schmutzige Korruptionsgeschichte jagt in den Kreisen der Beamenschaft die andere. Kaum ist einer Gannergesellschaft das Handwerk gelegt worden, folgt schon wieder ein neuer Skandalprozess, in dem die höchsten Spitzen der russischen Bureaucratie verwickelt sind. In den nächsten Wochen werden sich vor den Petersburger Gerichten elf Staatsklagen zu verantworten haben, denen beim Van der Eisenbahnstrecke Wolgo-Vulgumina Betrugsereien, Fälschungen und Unterschlagungen in Höhe von fünf Millionen Mark zur Last gelegt werden. Unter den Angeklagten befinden sich drei Brüder des Vertreters des Ministers des Privatbankensbank Geheimrat Sobulew und andere Erstklasse.

Natürlich kann die Korruption in den höchsten Kreisen der Gesellschaft die systematische Ausplünderung der Bevölkerung nicht ohne Rückwirkung auf die gesamten Rechts- und Sicherheitsverhältnisse des Landes bleiben. Den Gaunern in Braut und Uniform stehen die Strauchritter gegenüber, die Bahntransporte überfallen, öffentliche Kassen betrauben und dergleichen mehr. In keinem Lande ist daher auch das Räuberwesen etwas so Alltägliches wie in Säterens Reich. Zur Illustration der Behauptung mögen die folgenden Meldungen dienen:

Petersburg, 26. Oktober. In der Versandstelle des Amtes, in dem die Staatspapiere angestrichelt werden, wurde heute morgen ein großer Diebstahl entdeckt; 200 000 neue Kreditbillette, die nach der Staatsbank gebracht werden sollten, sind gestohlen. Auf den Billetten fehlt die Unterschrift des Kassierers und des Direktors.

Wladikavkas, 26. Oktober. Zwanzig Räuber überfielen heute das Rentamt in Kalkschil. Sie feuerten auf die Wache, wurden jedoch zurückgeschlagen. Dabei sind drei Soldaten der Wache und ein Beamter verwundet worden.

Tiflis, 26. Oktober. In der Nähe der Station Kotanely überraschte eine Polizeieinheit eine Räuberbande, die einen Ueberfall auf die Station vorbereitete. Die Räuber empfingen die Polizei mit Gewehrsalben, durch die ein Beamter getötet wurde. Die Polizei erwiderte das Feuer und tötete einen Räuber. Der Getötete war der Urheber einer Bahnkatastrophe im vorigen Jahre, bei der Menschen und Leben gekommen waren.

Und Objekt dieser Gannereien der Bureaucratie und Räubereien der Strauchritter ist das arme russische Volk, das, nach Freiheit leidend, durch Amte und Galgen niedergehalten wird. Wie lange noch?

## Schweres Brandunglück in London.

In der Londoner Vorstadt Waltham brach in der letzten Nacht in einem Papierladen ein Feuer aus, dem die Frau und drei Kinder des Geschäftsinhabers zum Opfer fielen. Bei dem Verzuge, seine im ersten Stockwerk schlafenden Kinder zu retten, zog sich der Geschäftsmann schwere Brandwunden am ganzen Körper zu. Ein junger Mann namens Coverdale drang zweimal durch die Flammen bis zur Treppe vor, die in die oberen Räume des Hauses führte, und wurde schließlich bewußtlos und schwer verletzt von Löschmannschaften aus dem brennenden Hause getragen. Nach dem Brande fand man die halbverkohlte Leiche der Frau auf einem Stuhle im Hinterzimmer. Die drei Kinder wurden in ihren Betten erstikt vorgefunden.

## Kleine Notizen.

Ein liebevoller Gatte. Unter dem dringenden Verdacht, seine Frau erdrosselt und dann am Bettstößen aufgehängt zu haben, um Selbstmord vorzutäuschen, wurde in Breslau der frühere Dresmer Ernst Kabe in Untersuchungshaft genommen.

Selbstmord eines Oberleutnants. In Groß Warbein erschloß sich der Oberleutnant Kavehki vom 2. ungarischen Landwehr-Infanterieregiment. Unglückliche Liebe war das Motiv.

## Todes-Anzeigen

### Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.

Bezirk 7.  
Am 19. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit unser langjähriges und tätiges Mitglied, der Bauarbeiter

### Hermann Ibscher.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 27. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 15/19 Der Vorstand.

### Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Derulsg. Deutschlands

Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hammer

### Adolf Wiegang

am 22. d. Mts. im Alter von 30 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Sophien-Gemeinde, Friesenwalder Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 17/12 Der Vorstand.

Ein Wittmoos verstarb plötzlich nach langem Leiden mein lieber Mann und unser guter Onkel

### Louis Mantrich

an Herzklammerung.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Witwe E. Mantrich. 12545

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied mein lieber Sohn, Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Rennaucher

### Ernst Hannuschke

im 39. Lebensjahre. 12645

Dieser zeigt sich immergeräht an

E. Hannuschke als Vater.

Die Beerdigung findet Sonnabend, 28. Okt., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Sophien-Kirchhofes, Friesenwalder Straße, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

### Klara Haubner

am 25. Oktober verstorben ist.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt.

Dies zeigt tiefbetrübt an Georg Haubner und Sohn.

## Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer lieben Mutter, der Arbeiterin

### Ernestine Kemnitz

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen und Kolleginnen der Firma Bergmann, Wt. J. und der Diction unserer herzlichsten Dank.

Wilhelm Kemnitz nebst Kindern.

## Damen-Konfektion Robert Baumgarten

Engros Export

### Hausvogelplatz II

1. Etage (kein Laden) schrägüber Untergrundbahnhof (an der Jerusalem Straße)

verkauft

auch

einzelne

Paletots

Kostüme

Kostüm-Röcke

Abend-

Mäntel

Golf-Jackets

Mädchen-

Paletots.

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet!

Huthaus „Monopol“

Müllerstr. 166.

Große Auswahl in

Herrenhüten, Mützen,

Stöcke, Schirmen,

Herrenwäsche, Krawatten usw.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerscheinungen:

Wie Berg und Tal entstehen.

Kurzer Wirth der dynamischen Geologie

von R. Sommer.

(Kleine Bibliothek Nr. 15.)

Aus alten Tagen

Soziale Bilder aus der deutschen Vergangenheit.

von Julius Deutsch.

(Kleine Bibliothek Nr. 16.)

Preis jedes Bändchens brosch. — 75, geb. 1 M.

(Vereinabgabe 50 Pf.)

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am

10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Nathan Wand

129 Statler Str. 129.

Die schönsten

Herren-Winter-Paletots u. Ulster

und Anzüge in neu

erklaffte, auf Selbe gearbeitete

Garbe, in 4672L

Kavaliere getragen,

sah neu, für jede Figur passend.

Speziell Bauanzüge sind in

großer Auswahl bei 30 Nummern

billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Statler Str. 129.

Hochachtungsvoll

Bitte im eigenen Interesse auf

Hausnummer zu achten.



Die Firma  
**A. Wertheim**  
hat zu ähnlich  
lautenden Firmen  
keine Beziehungen

# A. Wertheim

G. m. b. H.

Versand-Abteilung  
Berlin W. 66  
Leipz.-Str. 132/37  
Bei Briefen  
ist genaue Adresse  
erforderlich.



Rosenthaler Str. Leipziger Strasse 132-37 Oranien Strasse

Freitag und  
Sonnabend:  
soweit Vorrat

## Lebensmittel-Angebot

Obst, Gemüse und  
Fischekönnennicht  
zugesandt werden.

### Kolonialwaren

Victoria-Erbsen . . . . . Pfd. 20 Pf.	Java-Reis . . . . . Pfd. 23, 28 Pf.
Kleine Erbsen . . . . . Pfd. 17 Pf.	Rangoon-Reis . . . . . Pfd. 16, 18 Pf.
Glasierte Erbsen gelb . . . . . Pfd. 22 Pf.	Globus-Makkaroni . . . . . Paket 1 Pfd. 32 Pf.
Glasierte Spalt-Erbsen . . . . . Pfd. 20 Pf.	Senta-Makkaroni . . . . . Paket 1 Pfd. 38 Pf.
Grüne Erbsen . . . . . Pfd. 22 Pf.	Olympia-Makkaroni . . . . . Pak. 1 Pfd. 48 Pf.
Tauben-Erbsen . . . . . Pfd. 12 Pf.	Türk. Pfaumen Pfd. 30, 34, 38 Pf.
Algier-Erbsen . . . . . Pfd. 40 Pf.	Pflaumen ohne Steine . . . . . Pfd. 48 Pf.
Grosse Linsen . . . . . Pfd. 32 Pf.	Italienische Prünellen . . . . . Pfd. 78 Pf.
Mittel Linsen . . . . . Pfd. 24 Pf.	Kaliforn. Pfirsiche 48, 56, 66 Pf.
Lange Bohnen . . . . . Pfd. 22 Pf.	Kirschen süß 44, sauer . . . . . Pfd. 50 Pf.
Kleine Bohnen . . . . . Pfd. 20 Pf.	Hagebutten . . . . . Pfd. 40 Pf.

### Mosel- u. Rheinwein

Mosel, Saar, Ruwer, Rheinhessen.

Ober-Moseler . . . . . 1/2 Flasche 80 Pf.	1907 Engelstadter . . . . . 1/2 Flasche 80 Pf.
1908 Rüdorfer . . . . . 1/2 Flasche 86 Pf.	1908 Jugenheimer . . . . . 1/2 Flasche 95 Pf.
1908 Pommerner . . . . . 1/2 Flasche 1.05	1907 Oppenheimer . . . . . 1/2 Flasche 1.15
1909 Eitelsbacher . . . . . 1/2 Flasche 1.15	1904 Winkeler . . . . . 1/2 Flasche 1.25
1909 Caseler . . . . . 1/2 Flasche 1.40	1905 Kempter Berg . . . . . 1/2 Flasche 1.45
1908 Waldraher Rüttsch . . . . . 1/2 1.50	Wachstum Winservein

### Bordeaux- u. Südwein

1907 Bas Médoc . . . . . 1/2 Flasche 85 Pf.	Tarragona . . . . . 1/2 Flasche 75 Pf.
1904 Saint Emilion . . . . . 1/2 Flasche 95 Pf.	Douro-Portwein . . . . . 1/2 Flasche 1.05
1907 Chât. de Margaux . . . . . 1/2 Fl. 1.15	Madeira . . . . . 1/2 Flasche 1.10
1905 Chât. Olivier . . . . . 1/2 Fl. 1.35	Sherry . . . . . 1/2 Flasche 1.10
1907 Chât. Pomys . . . . . 1/2 Flasche 1.45	Insel Samos . . . . . 1/2 Flasche 80 Pf.
1907 Chât. Ducru Branaire 1.70	Adriablume . . . . . 1/2 Fl. 1.10

### Obst u. Gemüse

Märkische Goldparmänen Pfd. 18 Pf.	Maronen . . . . . Pfund 22 Pf.
Graue Reinetten . . . . . Pfund 15 Pf.	Blumenkohl . . . . . Kopf 35 u. 40 Pf.
Ess-Aepfel . . . . . Pfund 13 Pf.	Mohrrüben . . . . . 5 Pfund 30 Pf.
Pastoren-Birnen . . . . . Pfund 16 Pf.	Schwarzwurzeln . . . . . 2 Pfund 45 Pf.
Koch-Birnen . . . . . Pfund 13 Pf.	Kohlrüben . . . . . 5 Pfund 15 Pf.
Amerikan. Aepfel Pfund 18 u. 23 Pf.	

### Trockenei

garant. reines Hühnerei  
1 Pfund-Dose 1.95  
1/2 Pfund-Dose 1.05  
1/4 Pfund-Dose 60 Pf.

### Westfälischer Jagdkorn

reines Korndestillat  
1/2 Liter-Krug . . 1.60  
1/4 Liter-Krug . . 90 Pf.

### Kasseler Rippespeer

Pfd. 60 bis 75 Pf.

### Gänse

Pfd. 50, 58, 68, 75 Pf.

### Hühner

95 Pf. bis 2.40

### Brathühner

75 Pf. bis 1.65

### Enten

1.15, 1.75 bis 3.00

### Fasanenhähne

1.00 bis 2.50

### Fasanenhennen

90 Pf. bis 2.10

### Gänserümpfe

Pfd. 88 und 95 Pf.

### Fleischwaren

Rotwurst . . . . . Pfund 45 u. 70 Pf.	Braunsch. Zervelatwurst . . . . . 1.30
Landleberwurst . . . . . Pfund 85 Pf.	in Fettdarm geräuchert, ganze und halbe Brüste . . . . . Pfund 1.45
Feine Leberwurst . . . . . Pfund 95 Pf.	Mauschinken . . . . . ca. 2 1/2-3 Pfund schwer . . . . . Pfund 1.20
Pastetenleberwurst . . . . . Pfund 1.00	Schinkenspeck . . . . . Stücke von 1 1/2 bis 4 Pfund . . . . . Pfund 1.00
Jagdwurst . . . . . Pfund 90 Pf.	Prager Schinken . . . . . zum Backen u. Kochen, ca. 5 bis 12 Pfund schwer . . . . . Pfund 1.25
Bauernmettwurst . . . . . mit Knoblauch Pfund 1.00	Ochsenzungen . . . . . tuffelfertig, in Dosen netto eingewogen, ca. 1 1/2-3 Pfund schwer . . . . . Pfund 2.40
Teewurst . . . . . Pfund 1.10	Delikatess-Würstchen . . . . . 12 Paar Dose 1.50, 6 Paar Dose 80 Pf.
Salamiwurst . . . . . Pfund 1.20	
Zervelatwurst in Rinddarm Pfund 1.20	
Plockwurst . . . . . Pfund 1.25	

### Frisches Fleisch

Schmorfleisch . . . . . Pfund 85 Pf.	Schweinekotelette 75, l. ganz. 70 Pf. Stück.
Filet im ganzen 90 Pf. ausge-schält 1.40 bis 1.60	Pökelkamm . . . . . Pfund 65, geteilt 70 Pf.
Roastbeef ohne Knochen . . . . . Pfund 1.40	Frischer Schinken im ganz. PM. 65 Pf.
Brust u. Fehlrippe 75, 5 Pfd. 70 Pf.	Kamm u. Schuft Pfd. 60, geteilt 65 Pf.
Kamm u. Querrippe 65, bei 5 Pfd. 60 Pf.	Rückenfett . . . . . 5 Pfund 3.00
Gulasch . . . . . Pfund 70, Gehacktes 60 Pf.	Hammelkeule im ganzen Pfund 65 u. 75 Pf.
Schweinefilet . . . . . Pfund 1.10	Dicke Rippe Pfund 60, Dünnung 50 Pf.

### Hirschwild

Keule 80, Rücken 65, Blatt 50, Ragout 25 Pf.

Starke Hasen gestreift . . . . . Stück 3.00
Wilde Kaninchen gestreift . . . . . 60, 70, 80 Pf.

### Fische

Merlan . . . . . Pfund 10 Pf.	Grüne Heringe . . . . . Mdl. 33 Pf.
Kabeljau mit Kopf, in ganzen Fischen . . . . . Pfund 20 Pf.	Frischer Zander . . . . . Pfund 60 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen . . . . . Pfund 24 Pf.	Lachs in ganzen Fischen . . . . . Pfund 50 Pf.
Seelachs ohne Kopf, in ganzen Fischen . . . . . Pfund 23 Pf.	Lachsforellen . . . . . Pfund 95 Pf.
Rotzungen . . . . . Pfund 18 Pf.	Lebende Karpfen . . . . . Pfund 75, 85 Pf.
Bratschollen . . . . . Pfund 13 Pf.	Lebende Aale . . . . . Pfund 75, 85 Pf.
Grosse Schollen . . . . . Pfund 20 Pf.	Lebende Plötzen . . . . . Pfund 38 Pf.
Schellfische . . . . . Pfund 16, 26 Pf.	Lebende Hechte Pfd. 85, 6 Pfd. schw. 70 Pf.
Goldbarsch . . . . . Pfund 20 Pf.	Lebende Aländer . . . . . Pfund 55 Pf.
Seemuschein . . . . . 100 Stück 35 Pf.	Forellen, Seezungen, Steinbutten, Hummern
Frische Barsche . . . . . Pfund 38 Pf.	



Max und Moritz, diese Knaben  
Müssen stets das Beste haben,  
Um was reihen sie sich wohl?  
Alles reißt sich um Kaol!

# Kaol

bester flüssiger Metallputz

überall zu haben in Flaschen von 10 Pf. an

Fabr.: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg



### Vorzüglichen Astrachaner Caviar

pro Pfund 7,-, 9,-, 11,- bis 24,- 30,-  
Oelsardinen, Neunaugen, Bratheringe, Sprotten billigst!  
V. & A. Hucke, Kaiser-Wilhelm-Straße 21,  
Caviar und Räucherfisch engros und Versand.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie  
**Möbel** direkt zu Engrospreisen  
in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur  
eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

**Möbel** liefert auf Teilzahlung  
bequeme bei kleinster Anzahlung in  
bekanntester Güte  
(mit größter Rücksicht bei Krank-  
heit und Arbeitslosigkeit)  
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Stadtverordneten-Versammlung.

81. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. In den Ausschuss für den Antrag Arons betreffend event. Reform der Bezirksfestsetzung sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtverordneten Dr. Arons, Wasner und Heimann deputiert.

Für den verstorbenen Stadtv. Deutsch ist Ersatz in die Finanz- und in die Grundeigentumsdeputation zu wählen. Gewählt werden in die erstere Dr. Gelpke (Fr. Fr.) und in die letztere Ewald (Soz.).

Das Betriebspersonal der städtischen Straßenbahnen soll ab 1. Oktober etc. in seinen Bezügen mit denjenigen der Großen Berliner Straßenbahn gleichgestellt werden, d. h. je nach dem Dienstalter eine monatliche Zulage von 4, 5, 7 M. erhalten. Für den laufenden Etat ergibt sich daraus eine Ueberschreitung um 7600 M.

Stadtv. Heimann (Soz.): In bezug auf diese Vorlage sind uns einige Wünsche und Beschwerden zugegangen, über die wir uns wenigstens in einem Ausschuss unterhalten möchten. Wir beantragen daher Ausschussberatung.

Stadtv. Gassel (A. L.): Wir haben unsererseits Genehmigung der Vorlage beschlossen. Wenn wir für Ausschussberatung stimmen sollen, müssen wir doch wenigstens irgend etwas über die noch bestehenden Bedenken erfahren.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Wir sind auch der Meinung, daß diese eilige Vorlage sofort im Plenum erledigt werden sollte, wenn nicht besondere Gründe für Ausschussberatung vorliegen.

Stadtv. Kammern (Fr. Fr.): Wir stehen auf demselben Standpunkt.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt.

In der zweiten Beratung wiederholt Stadtv. Heimann seinen Antrag. Es handle sich um Beschwerden sowohl über die Höhe der Gehälter wie namentlich über das bei diesen Wählern bestehende Straßensystem.

Stadtv. Gassel: Diese allgemeinen Beschwerden sind ohne Substantiierung geblieben. Persönlich werde ich für Ausschussberatung stimmen.

Mit knapper Mehrheit wird jetzt der Antrag auf Ausschussberatung angenommen. Der Ausschuss soll aus 15 Mitgliedern bestehen.

Von der sozialdemokratischen Fraktion ist am 18. Oktober beantragt worden:

den Magistrat zu ersuchen, in einer gemischten Deputation mit der Versammlung über Mittel und Wege zu beraten, den städtischen Grundbesitz in Treprow der Bebauung zu erschließen, ohne daß der Stadtgemeinde der Wertzuwachs entgeht, z. B. im Wege der Vergebung in Erbbaupacht oder mit dem Vorbehalt des Wiederkaufs nach dem Vorgang von Ullm.

Stadtv. Dr. Arons (Soz.): Die Aufgabe, vor die Sie unser Antrag stellt, ist eine außerordentlich schwierige, aber auch eine außerordentlich lohnende. Die Gemeinde Treprow umfaßt im ganzen 770 Hektar, davon besitzt Berlin mehr als die Hälfte. Die beiden bebauten Teile von Treprow, die Vorderheide und die Hinterheide, werden durch unseren Grundbesitz geradezu von einander getrennt. Diese Verhältnisse schreien geradezu nach Eingemeindung; wenn die Gemeinde Treprow einen dahingehenden Antrag stellt, würde er sofort genehmigt werden, denn ohne diese Eingemeindung ist eine geordnete Entwicklung Treprows nicht möglich. Das sind aber Zukunftsgedanken. Von unserem Grundbesitz ist die Hälfte Parkland, die andere Hälfte baureifes Gelände. Letzteres bald zu bebauen hat Treprow ein großes Interesse, ein gleiches aber auch Berlin. Wir zahlen Treprow einen beträchtlichen Teil an Steuern; 1908 waren es schon 89 000 M., davon 54 000 M. Grundsteuern nach dem gemeinen Wert. Dieser gemeine Wert wird auf 19 216 000 M. geschätzt; der Besitzer eines solchen wertvollen Terrains wird es nicht auf die Dauer liegen lassen, wenn es baureif ist. Wenn wir dieses Terrain aber verkaufen und der Bebauung erschließen, wird sich dort ein zahlungsfähiger Kreis von Leuten ansiedeln, unsere guten Steuerzahler werden sich auch dort hinzusetzen. Gibt es da keine Möglichkeit, die Bebauung in die Wege zu leiten, ohne daß der

Gewinn aus der Wertsteigerung der Stadtgemeinde Berlin entgeht?

Das Bauland dort ist 188 Hektar groß, dazu kommen 83 Hektar in unmittelbarem Anschluß an Rixdorfer Gebiet. Unser Antrag gibt zwei Wege zur Erreichung dieses Ziels an, die aber nur Beispiele sein sollen. Das Erbbaurecht ist durch das Bürgerliche Gesetzbuch eingeführt worden; es kann befristet werden, die Pächter können abgekauft werden usw. Zahlreiche Städte haben von diesem

Erbbaurecht bereits Gebrauch gemacht,

so Bremen, wo 57 Hektar an einen Erbbauberein auf 60 Jahre verpachtet sind (Anbauende Unruhe; Glode des Vorsethers), Frankfurt a. M., Freiberg i. S., Aachen, Dortmund; ebenso hat der deutsche Reichsstaat größere Flächen in gleicher Weise vergeben. Das Wiederkaufsrecht berechtigt den ursprünglichen Besitzer des Bodens zum Rückkauf, wenn der neue einen Besitzwechsel eintreten lassen will; auch dieses Recht stützt sich auf Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es ist das Verdienst des Oberbürgermeisters Wagner, dieses System in Ullm zur Geltung gebracht zu haben. Ullm hat die so vergebenen Wohnhäuser auch selbst gebaut; ob dieser Modus sich auch bei uns empfiehlt, wäre erst zu prüfen. Ullm hat außerdem auch Boden für industrielle Zwecke auf diese Weise vergeben. Welches, die Erbbaupacht und das Wiederkaufsrecht, haben nun mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die namentlich in dem Widerstande der Geldgeber, aber auch in der nicht genügenden Durcharbeitung der gesetzlichen Vorschriften beruhen. Diese Schwierigkeiten würden aber wohl zu beseitigen sein, da die Reichsverwaltung dem Erbbaurecht sehr sympathisch gegenübersteht und so auf diesem Wege auch eine Einwirkung auf die Gesetzgebung erreicht werden könnte.

Was die Verleihungsfrage angeht, so haben einige von den genannten Gemeinden unter eigener Garantie oder unter Garantie der Sparkasse Gelder hergegeben. Ich halte nun keineswegs für ausgeschlossen, daß wir gerade in Berlin auch Hypothekendarlehen finden werden, die der Verleihung geneigt sind; selbst unsere Grundbesitzer würden sich eventuell einer so großen Unternehmung zuzuwenden, wie sie hier vorliegt und wie sie quantitativ diejenige der Bebauung des Tempelhofer Feldes übertrifft. Die Sache braucht ja nicht von heute auf morgen gemacht zu werden, wir können mit der größten Ruhe alle Einzelheiten überlegen, aber die Einleitung dieser großen Pläne erscheint uns äußerst dringlich. (Beifall.)

Stadtv. Eckard (A. L.): Wir stimmen der Beratung der Frage in gemischter Deputation zu. Der Berliner Besitz in Treprow, Nummelsburg und Rixdorf beziffert sich auf 80 Millionen Mark; jährlich verlieren wir da 3 Millionen Mark Zinsen. Diese Verhältnisse bedeuten schon fast eine Skalamität. Aber auch Treprow leidet an dieser Misere. Können wir nun dort überhaupt verkaufen? Wir können nicht verkaufen, weil wir dann sofort wieder in der Grundsteuer höher geschraubt werden.

Stadtv. Hülsmann (Fr. Fr.) glaubt nicht, daß sich ein Käufer für die Treprower Grundstücke unter dem Vorbehalt des Wiederkaufs finden wird. Etwas mehr Aussicht bietet vielleicht das Erbbaurecht, obwohl dies mehr für solche Erwerber in Frage kommt, die sich auf dem Grundstück eine Heimstätte errichten wollen, weniger für solche, die den Grundstückskauf als Geschäft betrachten.

Stadtv. Goldschmidt wird in der Deputation gern mitwirken. Darauf wird nach dem Antrage Arons beschlossen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ferner folgenden Antrag eingebracht:

Den Magistrat zu ersuchen, bei der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften vorstellig zu werden, das Kommunalabgabengesetz dahin abzuändern, daß den Gemeinden gestattet wird:

1. die Einkommen bis 1800 M. steuerfrei zu lassen;
2. progressive Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer für Einkommen von 3000 M. an;
3. progressive Zuschläge zur staatlichen Ergänzungsteuer für Vermögen von 20 000 M. an zu erheben.

Stadtv. Stadthausen (Soz.): Der Antrag spricht für sich selbst; ich kann also in der Begründung sehr kurz sein. Wer das Existenzminimum nicht hat, soll steuerfrei sein. Zur Durchführung dieses Grundgedankes bietet die bestehende Steuererhebung

Wir haben es herrlich weit gebracht, wenn man bedenkt, daß viele dieser Vorschläge, die vor 100 Jahren der preussischen Regierung „unmöglich“ erschienen, heute noch als ernsthafte Projekte fortleben, wie das Tabakmonopol, die Luftverkehrssteuer, die Beschränkung der Freizügigkeit. Auch die gloriose Idee des Herrn Ephraim dürfte dem Bunde der Landwirte noch heute als schönster Traum vorzuschweben.

Die Protokolle der Kommune. In der „Bataille Syndicaliste“ teilt James Guillaume, der bekannte Jünger Boklunins, einiges über die Geschichte der Sitzungsprotokolle der Pariser Kommune von 1871 mit. Sie existieren noch im Original und sind in drei Bänden vereinigt, die die Pariser Stadtbibliothek aufbewahrt. Sie umfassen die Zeit vom 28. März bis einschließl. 19. Mai, also bis zwei Tage vor dem Einmarsch der Versailler. Für die erste Zeit sind nur die von den Schriftführern angefertigten Sitzungsberichte vorhanden, von dem Augenblick an, wo Stenographen zugezogen worden waren, auch die stenographischen Protokolle. Der Inhalt der Berichte war übrigens zum größten Teil bekannt, da sie im „Journal Officiel“ abgedruckt wurden, von dem 1872 ein Reudruck herausgegeben wurde. Doch sind bisweilen Episoden der Sitzungen auf Beschluß der Versammlung der Veröffentlichung entzogen worden, auch gab es gelegentlich Verweigerungen. Ueber die vom 26. April, von der der „Official“ keinen Bericht brachte, handeln mehr als 80 Manuskriptblätter.

Da die Protokolle nicht in die Hände der Versailler fielen, nahm man eine Zeitlang an, daß sie vom letzten Sekretär der Kommune Amouroux vernichtet seien. In Wirklichkeit hat Amouroux sie während der Straßenkämpfe durch seinen Freund Paher aus dem Stadthaus holen lassen. Sie blieben über 20 Jahre in Pahers Verwahrung, bis dieser sie dem Pariser Gemeinderat als Geschenk anbot. Die weise Versammlung lehnte jedoch die Annahme ab! 1894 übergab Paher die Dokumente dem Direktor des Musée Carnavalet (des historischen Museums der Stadt Paris), von dem vier Jahre später die Stadtbibliothek abgetrennt wurde.

Guillaume empfiehlt mit Recht eine Wiederausgabe der unvertirgten Protokolle. Wenn er aber, wie es den Anschein hat, annimmt, daß sie unbekannt seien, so irrt er. Schon Biffagatah hat sie gekannt, wenigstens er in seiner Geschichte der Kommune seinen rechten Gebrauch von ihnen machte. Dagegen hat sie Dubrenilh in seinem ausgezeichneten, in dem Sammelwerk „Histoire Socialiste“ (Paris, bei Rouff) erschienenen Buche sehr gründlich verarbeitet.

Der Wert der Talsperren in Zeiten der Dürre ist, wie „Prometheus“ schreibt, besonders in diesem trockenen Sommer im Flußgebiet der Ruhr zutage, wo der Ruhrtalesperrenverein, eine Vereinigung kommunaler und privater Wasserwerke, neun Talsperren mit einem Gesamteinhalt von 33 Millionen Kubikmetern besitzt. Während früher, vor dem Bau dieser Talsperren, in trockenen Sommern auch die Ruhr und ihre Nebenflüsse fast gänzlich austrockneten, führten diese Wasserläufe jetzt, wenn auch nicht die normalen, doch immer noch beachtenswerte und ziemlich gleichbleibende Wassermengen. Aus den Staubecken der Talsperren mußte nämlich während der Dürre auf Verlangen des genannten Vereins täglich eine bestimmte Wassermenge, bis zu 20 000 Kubikmetern, abgelassen werden. Die jetzt infolge der Talsperrenweit-

nur einen sehr geringen Anfall; freigestellt sind von der Staatssteuer die Einkommen unter 900 M. Die Gemeinden dürfen die Einkommen unter 600 M. von der Steuer freilassen; seit einer Reihe von Jahren sind in Berlin die Einkommen bis zu 900 M. kommunalsteuerfrei. Spätere preussische Gesetzentwürfe haben eine Einkommensteuerfreiheit bis zu 1200 und 1500 M. statuiert. Jetzt herrscht eine

Teuerungskalamität,

die besonders die Unbemittelten und die minder Besühenden trifft. Darunter leiden nicht nur die einzelnen Individuen, sondern auch die Gemeinden, weil ihr Selbstverwaltungsrecht auf dem Steuergebiete erheblich eingeschränkt ist. Das Kommunalsteuergesetz schreibt die Erhebung gleichmäßiger Zuschläge zu den Staatseinkommensteuern vor. Damit wird ein scheinbar gleichmäßiges, tatsächlich aber ungerechtes Vorgehen erzwungen, da dieselben Steuersätze genommen werden müssen, gleichviel, ob sie ein hohes oder ein niedriges Einkommen treffen. Dasselbe ungerechte Verhältnis liegt bei der Ergänzungsteuer vor. Das Vermögen ist immens gewachsen; eine kleine Schicht der Bevölkerung, nicht viel über 1 Proz., etwa 426 000 Einwohner, haben 85 Milliarden und einen Vermögenszuwachs von 3 zu 3 Jahren von 8-10 Milliarden.

Dieser Zuwachs des sogenannten Rationalvermögens fließt also in die Taschen einer kleinen Schicht. Es ist richtig; der Wohlstand Deutschlands ist erheblich gestiegen, aber das ist nur dieser kleinen Schicht zugute gekommen. Der Anteil an der Steigerung des Vermögens ist für die Reichen ganz erheblich höher als derjenige der niedriger eingeschätzten Zehnten. Wenn andererseits die Finanzlage Berlins die Erfüllung der Ansprüche in kultureller Beziehung immer schwieriger macht, so erscheint es angeeignet, den Weg, den die Gesetzgebung verschlossen hat, öffnen zu lassen. Die anderen Wege, die das Kommunalabgabengesetz offen läßt, Dinge wie die Luftverkehrssteuer, sind zu reaktionär-mittelalterlich, als daß wir uns darauf einlassen könnten.

Wir wollen also, daß beim Landtage darum petitiioniert wird, daß die Möglichkeit gesetzgeberisch geschaffen wird, die Einkommen bis zu 1800 M. frei zu lassen. Wir halten dieses Existenzminimum für ein schon sehr niedrig gegriffenes; der preussische Landtag hat ja freilich schon die Einkommen von 1200 M. an mit Zuschlag belegt, um den Beamten Befoldungsverbesserungen zuzuwenden zu können.

Der größte Anfall für Berlin würde sich auf 6 Millionen berechnen. Ihn zu decken haben wir die

progressiven Zuschläge

für Einkommen von 3000 M. ab vorgeschlagen, ebenso die gleiche Befugnis für Vermögen von 20 000 M. an. Damit könnten eventuell

45 Millionen gewonnen werden.

Ich glaube, ein wenig progressiv bei der Vermögenssteuer vorzugehen, wird die Regierung gestatten, weil sie im Reichstage erklären ließ, man könne von Reich wegen nicht darauf eingehen, daß müsse den Einzelstaaten und Gemeinden überlassen bleiben. Es liegt, auch wenn zunächst ein solcher Antrag abgelehnt werden sollte, ein guter, gesunder Kern darin, und der wird sich Bahn brechen. Auch die ersten Anfänge der Vermögenssteuer unter Riquet wurden als Vermögenskonfiskation bezeichnet, und jetzt hat man sich überall damit abgefunden. Der Grundsatz der Gerechtigkeit muß doch auch in der Besteuerung durchgeführt werden: wer nicht das Existenzminimum hat, soll nicht noch mit Steuern belastet werden, und bei der Besteuerung muß nach Maßgabe der Steuerkraft gegangen werden, die ausgedrückt wird durch die Größe des Vermögens und gleichzeitig durch die Größe des Einkommens.

In die Natur des Einkommens selbst wollen wir bei dieser Gelegenheit nicht eindringen, schon weil wir nicht wissen, ob nicht die preussische Regierung selbst, nachdem selbst das Marktarbeiten auf eine Erbschaftsteuer vom Reichstag abgelehnt ist, dazu übergeht, auf diesem Wege den Gemeinden entgegenzukommen. Die Regierung und der Landtag müssen einsehen haben, wenn es gilt, eine gerechte Besteuerung zu ermöglichen. In erster Linie bitte ich, unserem Antrage ohne Ausschussberatung zuzustimmen.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich kann nur für meine Person sprechen. Die Gemeinden sollen nach dem Antrage eine größere Befugnis auf steuerlichem Gebiete erhalten. An und für

schaft schon erträglichen Verhältnisse des Ruhrgebietes werden sich noch erheblich bessern, wenn in etwa zwei Jahren zwei weitere Sperren, die Luftsperrre und die Kohlenstsperrre, fertiggestellt sein werden.

Wer hat die Briefmarke erfunden? Die „Umschau“ beantwortet die Frage dahin: Fälschlich schreibt man dem britischen Oberpostmeister Hill (1840) die Erfindung der Briefmarke zu; denn abgesehen von anderen Ländern, hatte, wie Oberpostassistent Anf. Nohl mitteilt, schon um das Jahr 1835 ein anderer Engländer, Knight, auf die Einführung gestempelter Briefstempel hingewiesen, und ein Parlamentsbericht vom Jahre 1835 enthielt ähnliche Vorschläge. Das Königlich Sardiniens gab schon 1819 gestempelte Viertelbogen als Umschläge für Briefe zu 15, 25 und 50 Centesimi heraus, und in Stockholm unterbreitete bereits 1823 ein Offizier dem Reichsrat ausführliche Vorschläge zur Einführung von Briefmarken. Allem Anschein nach war es der Buchhändler James Chalmers aus Aberdeen, der viel früher als Hill die Wichtigkeit der Briefmarke für den Postbetrieb erfaßte. Der englische Generalpostmeister Hill hat nur das große Verdienst, die praktische Ausführung der ersten Briefmarke verwirklicht zu haben. Denn gleich bei Einführung des Pennypostes in England (1840) erschienen die ersten Briefmarken, sogar schon mit dem Bildnis der Königin, in ziemlich künstlerischer Ausführung.

Elektrische Gartenkultur. Der erste systematische Versuch, durch Elektrizität die Erträge der Gartenkultur zu steigern, ist auf der Highfield-Pflanzschule in Essex durchgeführt worden, wo ein Strom von 600 000 Volt auf eine Fläche von 200 Fuß in Treibhäusern eingewirkt hat. Die Resultate, die man bereits durch kleinere Experimente der Art erzielt hatte, wurden bestätigt und die Ertragsfähigkeit bestimmter Pflanzen durch die Elektrizität außerordentlich gesteigert. Die Elektrizität ward durch die Treibhäuser mittels in der Höhe aufgespannter Drähte geleitet, und die Ströme waren so stark, daß sie die ganze Atmosphäre erfüllten und in der Dunkelheit Funken erzeugten. Der elektrische Strom hat die Wirkung, die Stickstoffmenge in der Luft zu erhöhen. Stickstoff aber ist ein wichtiges Mittel, das Wachstum der Pflanzen anzuregen. Während Gemüse durch den Strom nicht beeinflusst wird, hat er eine bedeutende Wirkung auf Erdbeeren, die sich dadurch fast einen Monat früher entwickeln als gewöhnlich und einen um 40 Proz. reicheren Ertrag abwerfen. Tomaten liefern 20 Proz. mehr, Gurken 17 Proz.; Gerste entwickelt sich reicher und stärker. Die 600 000 Volt des einwirkenden Stromes wurden durch eine geschickt konstruierte Maschine erzeugt, die aus sechs sich drehenden Glasplatten und Bürsten besteht. Die Kosten sind außerordentlich gering.

Notizen.

Theaterchronik. Im Theater in der Königsgräber Straße mußte die Estrenführung von Heinrich Manns „Schauspielerin“ um eine Woche verschoben werden. — Im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidenten findet die „Drestie“-Aufführung im Jirkus Schumann am Freitag, 10. November, statt.

Russische Chronik. Samstag 8 Uhr findet im Oltzhneskaal der zweite Abiabend Rogalists statt.

Kleines feuilleton.

Steuerpläne vor 100 Jahren. Von kuriosen Vorschlägen, die während der Franzosenzeit herrschenden preussischen Finanznöte zu kurieren, liest man in den „Lebenserinnerungen“ des damaligen Regierungsrats bei der Staatsschuldensektion und späteren Professors Fr. v. Haumer. Die hartnäckige Weigerung der väterländischen Junkerschaft, irgendeine ihrer alten Vorrechte freiwillig zum Opfer zu bringen, obwohl davon das Weiterbestehen des Staates und damit ihre eigene Herrlichkeit abhing, veranlaßte zahlreiche Privatpersonen, der unentschlossenen Regierung mit vermeintlich gutem Rat beizuhelfen. Haumer hatte die meiste Anzahl der gültigen „Finanzpläne“ durchgesehen und erstattete darüber am 26. August 1810 dem Staatskanzler v. Hardenberg Bericht. „Unter den Einsendern befinden sich Grafen, Barone, Edelknechte, Bankiers, Juden, Militärpersonen verschiedener Art, selbst inwärtige Soldaten, Kaufleute, Wäcker, Wiener, Glaser, Steinhauer, Studenten usw., ja selbst eine Madamamel, wie sie sich unterschreibt.“

Nichts wäre erwünschter, spricht der eine, als wenn dem Staate durch freiwillige Einzahlung der Bürger geholfen würde; deshalb habe ich einen Plan zu einer die gesamte Menschheit beglückenden Immobilienlotterie, einen zweiten zur Verlosung und Auspielung sämtlicher Lomänen entworfen. — Nur das Entbehrliche kann man geben, ruft ein anderer, und will die Militärmacht des Staates durch Einschmelzung der entscheidlichen Gloden auf den höchsten Gipfel heben. Und fährt er fort) welsch ein Nebengewinn: das mir unangenehme Lanten wird abkommen. — Nur durch Papiergeld ist dem Staate zu helfen, schreiben viele zu gleicher Zeit. — dem vierten ist das Papiergeld doch gar zu papieren, er will ledernes Geld ausgeben. — Andere behaupten, es sei leicht, dem Staate durch Monopole zu helfen und verlangen ein solches für rohe Tabakblätter. Weit großartiger ist dagegen der Vorschlag (des Herrn Ehrtraim), einer Gesellschaft das Monopol der Versorgung aller Städte mit Lebensmitteln zu erteilen. Die mehrsten der erleuchteten Vörzte wollen mit neuen Steuern reiten.

Ein anderer städtischer Vorschlag geht dahin, die Wollpreise jährlich, und zwar geringer, zu fixieren, als sie in den benachbarten Staaten stehen. Von diesem vorgeschriebenen Preise erhält aber der Produzent nur eine und der Fiskus die andere Hälfte. — Ferner wollen einige Steuern erhoben haben von Militär- und Zivilabschieden, von Heiraten und Taufen, von allem Spielgewinn in öffentlichen und Privatgesellschaften, durch Stempelung von Kleidungsstücken: z. B. eine Enveloppe 3 Taler, eine Hofe 2 Taler usw. — Nach einem Rettungsplane, der seinem Titel nach „In der schönsten Jahreszeit und Baumblüte“ entworfen ist, soll a) jeder Besuch von Alleen, Bienenstöcken, Kränzen usw. mit 8 Groschen Extrasteuer belegt werden. b) Geschwärmerer zahlen „vor die Bewilligung der Freunde“ 5 Taler, und außerdem, wenn sie einen Sohn geboren, 2 Taler, wenn eine Tochter, nur 1 Taler. Als Widmung seines „soll unglücklichen, und doch ganz wahrhaften Bericht“ erwähnt N. schließlich die Eingabe eines preussischen Grafen, worin er die Fortdauer des (sow ungeschickten) Zwangsdienstes und ein Gesetz fordert, daß niemand seinen Geburtsort verlassen dürfe.

Ich ist nichts dagegen zu sagen. Ich kann aber den Optimismus des Antragstellers nicht teilen, daß in absehbarer Zeit so einschneidende Veränderungen des Gesetzes möglich sein würden; aber selbst dann käme eigentlich die Schwierigkeit erst bei der praktischen Ausführung. Der Erlaß der Komunasteuer für alle Rentiten bis 1800 M. würde gegenwärtig einen Ausfall von 7 Millionen bedeuten. Der Ausfall würde zu bedenken sein; aber ganz abgesehen davon würde es sehr bedenklich sein, eine so große Zahl von Bürgern von jeder Leistung zu befreien und sie lediglich als Empfänger hinzustellen. Auch die Staats-einkommensteuer ist doch bereits eine progressive; sie liegt von 0,62 bis 4 Proz. Gegenüber der Tendenz der härteren Erziehung der größeren Einkommen bitte ich Sie, sich auszumalen, was geschehen würde, wenn Berlin in dieser Beziehung an der Spitze stände. Daß die Vororte folgen würden oder folgen müßten, ist nicht erwiesen. Wenn wir auch wirklich zusammen mit den Vororten die Einkommen mehr als sonst im Lande belasten würden, würden wir wohl auf das Vergnügen, daß reiche Leute nach Berlin und nach den Vororten ziehen, verzichten müssen. Also wenn ich auch den Gedanken an sich in der Theorie nicht ablehnen möchte, in der Praxis halte ich die Anregung für kaum durchführbar.

Stadt. Cassel: Bei der Sachlichkeit, mit der der Antrag begründet wurde, muß ich die Vermutung, daß er nicht ohne gewissen Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen ist, fallen lassen. (Weiterkeit bei der Mehrheit.) Die Erörterung kann aber nur eine rein akademische sein. Der Staat denkt gar nicht daran, diesen Zugriff den Kommunen zu überlassen. Der Finanzminister hat doch schon angekündigt, daß die seit 1909 eingeführten Staatseinkommensteuerverordnungen verworfen werden sollen; umso weniger wird er zu Konzessionen in der Richtung des Antrages geneigt sein. Werden diese Zuschläge Gesetz, dann müssen auch wir sie erheben, und dadurch werden unsere Steuerkräftigen Mitbürger neu belastet. Von den 665 488 Steuerzahlern, die es 1909 gab, würden 491 577 von jeder Steuer befreit sein. Das würde zu unhaltbaren Zuständen führen. Die Deduktion schiebt Herr Stadthagen leichtsinnig auf die Leute mit Einkommen von 3000 M. Diese Leute mit 3-4000 M. sind der kleinere Mittelstand, der auch mit Mühe und Sorgen durchs Leben geht. Auch ich bin für progressive Steuer und für niedrige Sätze in den unteren Stufen, aber nicht für gänzliche Befreiung. Es gibt unter den Steuerzahlern unter 1800 M. Hunderte, Tausende und Zehntausende, welche für andere Zwecke, wirtschaftliche Verbände, Vergnügungen usw. mehr ausgeben als sie Steuern zahlen. (Anruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Geschichte der Demokratie des Altertums zeigt, was aus einem Staate wird, wenn der größte Teil der Bürger aus Stipendiaten besteht. (Widerspruch und Jurufe bei den Sozialdemokraten.) Wir sind gleichwohl für Beratung des Antrages in einem Ausschusse, weil es vielleicht einige andere Punkte gibt, wo wir mit größerer Aussicht auf Erfolg Änderungen in der Steuer-gesetzgebung betreiben können.

Stadt. Wismar: Ich spreche mich für Ausschussberatung, nicht etwa, um den Antrag anzunehmen, sondern um die heutige Gestalt der kommunalen Steuererhebung einmal kritisch zu beleuchten. Mit dem einfachen Diktum, daß man die Steuern da nehmen soll, wo Geld ist, komme man nicht weit; die Stadthagen-schen Vorschläge würden nur die Vermögenslosen aus den Städten verschrecken. Diese Steuertheorie sei überhaupt nicht ernst zu nehmen. Auch sei es unmöglich, die große Mehrheit der Bürger steuerfrei zu stellen. Die Rede Stadthagens hätte im Abgeordnetenhaus gehalten werden müssen.

Stadt. Rosenow (A. L.): Aus der Anregung, die wir geben sollen, wird gewiß nichts für Berlin Günstiges oder Freundliches im Landtage oder bei der Regierung herauskommen. Die Folge des Antrages wird ein Weggang von Gemeinden und eine Verwirrung der Kommunalverwaltung sein. Für eine ruhige Besprechung des Steuerproblems in einem Ausschusse sind auch wir.

Damit schließt die Beratung. Im Schlusswort bemerkt Stadt. Stadthagen: Ich bin denn doch erstaunt: Wir kommen Ihnen entgegen, wir zeigen Ihnen, die über Finanznot mit Recht klagen, wo Geld, wo Millionen zu holen sind — und Sie wollen nicht. (Heiterkeit, Jurufe.) Herr Oberbürgermeister, nur Mut, greifen Sie zu; wo Mut fehlt, kommt man zu nichts. Im Gegensatz von Ihnen bin ich Optimist, mit vollem Recht gerade gegenüber den Kollegen von den anderen Parteien hier im roten Hause. Ich bin 22 Jahre jetzt hier tätig. Wie oft habe ich dieselbe pessimistische Melodie gehört wie heute. Und schließlich bekommen wir Optimisten recht. Ich erinnere an die Schulgeld-, an die Schularzfrage, an die unentgeltliche Desinfektion bei dem Steuererlaß von 860-900 M. sind genau dieselben Einwendungen erfolgt. Nachher zerfielen diese. Also nur Mut. Die Gesamtheit würde von der Steuerfreiheit der Rentiten unter 1800 M. außerordentliche Vorteile haben. Was soll die Verwirrung auf die kleinen Prozent-sätze von 0,62 bis 4 Proz.! Die indirekten Steuern besteuern

auch die Kernsten mit mindestens 10 bis 12 Proz.

Der Vergleich aus der feudalen Periode Alt-Roms und Alt-Griechenlands ist in der heutigen kapitalistischen Periode hin-fällig. Wer glaubt denn heute, daß einer 1/2 Millionen im Jahre allein durch seine Muskel- oder Geisteskraft verdient? Auf Grund der heutigen Gesellschaftsordnung kann er eben den Mehr-ertrag der Arbeit anderer für sich verwenden, zu seinem Vermögen machen und zuschlagen. Warum soll man nicht bei diesen mühseligen Gewinnen mit der Steuer ansetzen? Nicht die Arbeitenden und wenig Steuernden sind Stipendiaten: gerade die Reichen, die Wohlhaben-den, die sind die Stipendiaten der Arbeiter (Just. bei den Sozial-demokraten, Lärm und Lachen bei der Mehrheit) und werden wohl-habend durch die Arbeit der Schicksalstunten. (Zwischenruf.) O nein, die Verelendungstheorie ist richtig; nur muß man sie richtig auffassen. Sie besteht, ist immanentes Gesetz unserer Gesellschafts-ordnung. Die Produktivität der Arbeit wächst phänomenal, es wächst aber auch der Gegensatz zwischen dem Wohlstand der An-eigner dieser Produktivität und den Schaffern der Arbeitsproduktie. So ist die Verelendungstheorie zu verstehen: nicht ob der Arbeiter etwas mehr Lohn erhält, sondern ob der Gegensatz zwischen seiner Lage und der der Aneigner des gesellschaftlichen Reichtums wächst. Dieser Reichtumszuwachs von etwa 8 bis 10 Milliarden innerhalb derer Jahre verteilt sich auf kaum 1 Proz. der Bevölkerung, rund 480 000 Preußen haben 85 Milliarden im Besitz, die anderen gehen leer aus.

Der gesellschaftliche Reichtum kommt in immer weniger Hände; die Verelendung, der Abstand der Lage von der der Ruhiger des gesellschaftlichen Reichtums wird immer größer. Das Lumpen-proletariat im alten Rom kann man nicht mit der heutigen Arbeiter-klasse vergleichen, wie die Korredner. Die Gerechtigkeit muß sich durchsetzen, weil das eine geschichtliche Notwendigkeit ist.

Unser Antrag ist mit Unrecht mit den bevorstehenden Wahlen zusammengebracht worden. Wir wollten ihn schon beim letzten Etat einbringen; er war schon in den Händen unserer Etatsredner, aber er ließ sich wegen des damaligen Tohuwabohu nicht anbringen. (Rufe bei der Mehrheit: „Sehr schädel“.) Darum haben wir ihn jetzt zu einer Zeit gebracht, wo er seine Einwirkung zeigen kann auf den künftigen Etat. Nehmen Sie ihm doch die Zugkraft für die Wahlen dadurch, daß Sie ihn zum Beschluß erheben.

Gibt es denn etwas Aussergewöhnliches, als wenn die große Menge bis zu den Angehörigen des Mittelstandes sich immer wieder sagen muß, daß die ganz großen Einkommen mit höchstens 4 Proz. herangezogen werden, während die indirekten Steuern auf dem Einkommen bis 3000 M. mit 10 bis 12 Proz. lasten? Wir wollen diese Aufreißung eben abschaffen (Große Heiterkeit); wir, die Ruhigen, gesetzlich Vorgehenden, Temperamentlosen (lebhaftes Heiter-keit), wollen Ruhe, Zufriedenheit durch Befestigung der so aufreißenden Gegensätze. Und das Verdienst daran wollen wir nicht allein haben. Deshalb kommen wir mit unserem Antrage. Einen ähnlichen Antrag haben meine Freunde ja vor zwei Jahren bereits im Abgeordnetenhaus gestellt.

Unser Ziel geht dahin: Jedem das Seine! Wir wollen für jeden, der Menschenantlitz trägt, die Gerechtigkeit. Dieser Antrag soll ein kleines Steinchen aus dem Wege zur Erreichung dieses Zieles räumen. Befestigen Sie das Röhren, mit dem Sie immer unsere Anträge aufnehmen! In diesem Vertrauen hoffe ich: „Wenn der Most sich auch absurd gebärdet, es gibt zuletzt doch ‘nen guten — sozialdemokratischen — Wein! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Cassel: Ich behalte mir eine Entgegnung auf das Schluss-wort für eine andere Gelegenheit vor.

Der Antrag geht darauf an einen Ausschuss von 15 Mit-gliedern.

In Mosbit soll eine vierte städtische Oberrealschule mit ange-gliederter Reform-Realgymnasium auf dem Grundstück 30 in g l i s t r a h e 2 erbaut und zu Ostern 1912 mit den unteren Klassen in einer Schulbarade auf dem Grundstück Bremer Straße 18/20 eröffnet werden. Mit der neuen Anstalt ist auch wieder die Ver-bindung einer Vorschule beabsichtigt.

Stadt. Dr. Ruhmann (Fr. Fr.) lehnt das Realgymnasium und gar das Reform-Realgymnasium entschieden ab. Die Vorschule die die Sozialdemokraten zu streichen beantragen, werde auch von ihm mit einer Kinderheit seiner Freunde abgelehnt werden.

Stadt. Söfeland (A. L.): Wir sind für die Vorlage in ihrer ganzen Ausdehnung.

Stadt. Dr. Stachel (Fr. Fr.) steht im Gegensatz zu der von seinem Fraktionsgenossen Ruhmann vertretenen Auffassung. Wegen eingetretener Verspätung der Sitzung ist die Beratung und die Sitzung um 10 Uhr abgebrochen werden.

### Soziales.

Wenn die Frau Chessin eifersüchtig ist. Durch die Eifersucht der Ehefrau des Prinzipals entstehen manchmal mit den weiblichen Angestellten böse Konflikte. Das

zeigte sich auch in einem vor der 5. Kammer des Berliner Kauf-mannsgerichts verhandelten Falle. Die Klägerin, die Verkäuferin Rosa K., hatte das Haus ihres Prinzipals, des Kaufmanns K., so-fort verlassen, weil sie von der Frau Chessin in größtmöglicher Weise beleidigt wurde. Diese in ihren Ausdrücken anscheinend recht wenig wählerische Dame warf der Angestellten die Worte: „Sie — biest! an den Kopf und beschuldigte sie des Verkehrs mit ihrem Ehe-manne. Nach ihrer Behauptung soll der Mann bei Gebrauch dieser Kraftausdrücke dabei gestanden haben, was dieser aber bestritt. Dagegen gibt er zu, daß zwischen ihm und seiner Verläuferin nie das geringste vorgekommen sei. Die Klägerin erklärt, daß sie über die aus der Luft gegriffene Beschuldigung so konsterniert gewesen sei, daß sie keines Wortes fähig war. Erst auf den Rat eines Rechtskundigen hin sagte sie zu ihrem Chef, daß sie nach diesen gräßlichen Beleidigungen die Stellung sofort verlasse. Sie erfuhr dann auch, daß die Vorgängerin seitens der Chessin in ganz der-selben Weise verleumdet worden sei. Außer der Klage auf Zahlung des Gehalts bis Ablauf der Kündigungsfrist reichte die Klägerin gegen die Prinzipalin die Beleidigungsklage beim Schöffengericht ein.

Das Kaufmannsgericht schlug den Parteien folgenden Vergleich vor: Der Prinzipal zahlt der Klägerin das ganze Restgehalt in Höhe von 125 M., Klägerin nimmt dagegen die Beleidigungsklage gegen die Ehefrau des Beklagten beim Schöffengericht zurück. Nach-dem der Vergleich daran scheiterte, daß Beklagter nicht mehr wie 100 M. zahlen wollte, faßte das Kaufmannsgericht den Beschluß, die Sache bis zur Erledigung des schöffengerichtlichen Verfahrens zu verlagern. Das Gericht riet der Klägerin, sich beim Schöffengericht unter Berücksichtigung der hier vorliegenden Umstände nicht zu ver-gleichen, sondern es zu einem Urteil kommen zu lassen.

### Der Anspruch auf Rückzahlung der Beiträge aus den Pensionskassen.

Einige aus dem Kruppischen Werke entlassenen Arbeiter klagen auf Herauszahlung der während des Arbeitsverhältnisses an die Pensionskasse des Werkes geleisteten Beiträge. Die Klage stützte sich in der Hauptsache darauf, daß der Versicherungsvertrag gegen die guten Sitten verstoße und deshalb wegen ungeräthfertiger Ver-ericherung die Rückzahlung der Beiträge bei Lösung des Arbeits-verhältnisses verlangt werden könne, weil mit dem Ausscheiden der Arbeiter aus dem Arbeitsverhältnis auch alle seine Ansprüche an die Pensionskasse erlöschen und weil eine Rückzahlung der geleisteten Beiträge nicht stattfinden. Das Landgericht Essen und das Oberlandesgericht Hamm hatten dahin entschieden, daß der Verlust der gezahlten Beiträge an sich nicht dem Begriff der guten Sitten widerspreche. Die Kläger legten gegen diese Urteile Revision beim Reichsgericht ein. Auch dies entschied gestern zugunsten der Pen-sionskasse und wies die Revision der klägerischen Arbeiter ab. Die schriftliche Begründung des Urteils werden wir hoffentlich bald mitteilen können.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Im Kampf ums Frauenwahlrecht.

In Californien, Vereinigte Staaten von Nordamerika, fand am 10. Oktober eine Volksabstimmung über das Frauenwahlrecht statt. Die Frauenrechtlerinnen hatten eine großartige Agitation entfaltet; kein Tag verging während der Wahlkampagne, ohne daß Versammlungen abgehalten wurden, um die Bürger zu bewegen, für ein unbefränktes und gleiches Frauenwahlrecht zu stimmen; am Wahltag selbst fanden die Frauen an allen Wahlplätzen Posten und boten die Wähler um ihre Stimmen. Die sozialistische Partei trat natürlich für die Frauen ein, aber es half alles nichts. Die Freunde der Wahlrechtsbill erlebten eine große Enttäuschung, als bekannt wurde, daß das Frauenwahlrecht mit großer Majorität niedergestimmt worden sei, wie schon mehrmals geschehen in früheren Jahren. Aus den ländlichen Distrikten kommen fast nur günstige Berichte, aber die großen Städte wie San Francisco und Los Angeles und andere lieferten die Majoritäten gegen das Frauenwahlrecht, so daß es fallen mußte. In den Städten ist besonders das Element der Gastwirte mit ihrem Anhang da-gegen, weil sie eine Beeinträchtigung ihres Gewerbes von dem politischen Einfluß der Frauen fürchten.

### Eingegangene Druckschriften.

Michael der Große. Eine Kaiserbiographie der Zukunft von Excellor. Groß, 3 M. Ethnologischer Verlag, Leipzig.  
Mit Juppelin nach Spitzbergen. Über von der Studienreise der deutschen arktischen Juppelin-Expedition. Herausgegeben von Geheimrat Prof. Dr. H. Mielke und Geheimrat Prof. Dr. H. Bergstedt. 65 Lieferungen à 60 Pf. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 67.  
Der Mensch und die Erde. Die Bewohnung und Vermertung der Erde. Herausgegeben von Hans Kraemer. Lieferung 135 bis 138. Preis pro Lieferung 60 Pf. Bong u. Co., Berlin W. 67.

Neu!  
**Amerikanische Schutzhose**  
mit selbsttätigen verstellbaren Trägern.  
Von d. Gewerbe-inspektion empfohlen.  
D. R. G. M.  
Bester Schutz gegen Betriebs-unfälle.  
Praktische Erfindung!

Die Schutzhose ist aus prima edel indigoblauem Räder fest gearbeitet, reicht bis an die Kniehöhle heran.  
Mit 2 Taschen.  
Trotz der vielen Borzüge kostet die Schutzhose nur **Mk. 3.95**  
Extra weit 4.50  
Bürsten-Größe 3.45  
Bei Entnahme von 6 Stk. 5% Rabatt.

**Berufs- und Schutzkleidung**  
für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

**BAER SOHN**  
Spezialhaus größten Maßstabes

11 Brücken - Straße 11.  
Chaussee - Straße 29/30.  
Gr. Braunfurter Str. 20.  
Schneeberg, Hauptstr. 10.  
Haupt-Reinigungsfabrik.

No. 61 La Maloja  
eine vorzügliche 63 Cigarre

No. 57 Maloja operas 5 rz.  
No. 61 Maloja camolias 6 rz.  
No. 91 Maloja bouquets 7 rz.  
No. 24 Maloja eminentes 8 rz.  
No. 163 Mal. aromatics 10 rz.

**J. Neumann Cigarren-Fabriken**  
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland!

Neu eingeführt!  
**Fehlfarben-Sortimente**  
Jederbeutel enthält eine Mischung besonders preiswerter Fehlfarben.  
Fehlfarben-Sortiment Fortuna ..... 10 Stück 60 Pf.  
Fehlfarben-Sortiment Europa ..... 10 Stück 75 Pf.  
Fehlfarben-Sortiment Excelsior ..... 10 Stück 1.00 M.

**Gänse! Gänse!**  
sowie sämtliche Gänse-Artikel täglich frisch und in großer Auswahl.  
Gänsefleisch a Pfd. 40 Pf., Gänseleberwürstchen a Stck. 10 Pf.,  
Ja Gänsefleisch, garantiert rein, a Pfd. 1.20 M. 153/13  
H. Schlick- und Salamawurst a Pfd. 1.20 M. usw.

**Hermann Leibner, Berlin C.,**  
Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. 11. Zentral-Markthalle Stand 20.

**Dänischer Kapitän-Kautabak**  
in Rollen, Bündel und Enden.  
General-Vertrieb:  
**Karl Röcker, Berlin O. 27.**  
Grüner Weg 119 (Am VII, 3861).

Offertiere in nur frischer, schöner Ware:  
Nur ein Preis!  
**Fette Junge Gänse 0,68**  
7-12 Pfund schwer. 112/2\*  
Nur allererste Qualität  
**Gänserrumpfe, halbe Gänse.**  
Fette Suppenhälften, 1/2 Brathühner.  
F. Wegner, 50. Mariannenstr. 24.

**Seal**  
von 0,50 an, Persischer (mit  
von 0,50 an, für eleg. Damen-  
Paletots.  
Zuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.,  
Gertraudenstr. 20-21, Berlin-Schöneberg.



# Ringel's 3-Preise-System ist geeignet, jeden Herrn

vor den Schäden durch viele leicht irritierende Preise zu schützen!

Auch hat hier jeder die Garantie, selbstgefertigte, schicke Garderobe vom Schneidermeister aus erster Hand zu kaufen. — Vornehme Massanfertigung!

<b>I. Preis:</b> Ringel-Anzug Ringel-Paletot 5 <sup>00</sup> -Hose Ringel-Ulster	<b>28<sup>00</sup></b>	<b>II. Preis:</b> Ringel-Anzug Ringel-Paletot 7 <sup>00</sup> -Hose Ringel-Ulster	<b>36<sup>00</sup></b>	<b>III. Preis:</b> Ringel-Anzug Ringel-Paletot 9 <sup>50</sup> -Hose Ringel-Ulster	<b>45<sup>00</sup></b>
--	------------------------	---	------------------------	--	------------------------

**Abonnement** 2 Anzüge und Paletot 9.50 monatlich. **Modelle** von Maßschneidern gearbeitet, im Preise bedeutend zurückgesetzt.

## Damenhüte.

2 große Schaufenster voll schön garnierter Plüschhüte, Stück für Stück 6.90, ungarisierte Samtkorallen 3.90. Auch Kleinfalten, alle Samthüte werden neu geputzt.

**Modellhaus Migge,**  
Brückenstr. 7, Stadtb. Kammerhölzer.



## Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert hübsche Wohn- und Schlafzimmer-Einrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 103. **Kein Abzahlungsgeschäft.**

## Für den ersten Schnee!

empfehle große Vollen gebrauchter Hoch- und Ulster, sog. Monatsgarderobe. Für jede Figur (auch für den höchsten Herrn) passend auf Lager. Diese Sachen sind teils in feinsten Stoffen (auch auf Seide) gearbeitet, früherer Anschaffungspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen; auch neue Herren-Paletots 8.00, 12.00, 16.00, 18.00 M.; Hoch-Anzüge 12.- 16.- 20.- 22.- M. u. Herren-Ulster 10.- 12.- 16.- 20.- M. u. Gehrod-Anzüge 16.- 19.- 22.- 25.- M. u. Jagd-Anzüge 9.- 12.- 14.- 19.- M. u. Herren-Dojken 2.- 3.- bis 6.-

**J. Wand**

Verleihung von eleg. Frack- u. Gesellschafts-Anzügen.  
Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, a. d. A.  
II. Geschäft: Chausseestr. 89,  
III. Geschäft: Jägerstr. 11.

## 300 M. Belohnung.

Am Mittwoch, den 18. d. Mts., ist auf der Fahrt von Bamberg nach Nürnberg ein großer schwarzer Hund in einem großen leuchtenden dunkelblauen Auto mit Gepäcksack eine braune Damenhandtasche liegen gelassen. Dieselbe enthält außer Toilettegegenständen 2 Anwartscheine, einen Wohnungsplan, eine silberne Handtasche und in einem Edmund-Lassen verschiedene Schmuckgegenstände. Der Finder dieser Tasche wird erlöst, dieselbe mit Inhalt gegen obige Belohnung abzugeben bei 119636 Gehr. Bernhard, Werdersch. Markt 10.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 27. Oktober 1911:  
Anfang 7 Uhr.  
Deutschd. Turandot.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
S. Cyrenand, Algeletto.  
S. Schauspielhaus, Penthesilea.  
Neues. Das Mädel von Montmartre.  
Berliner. Coeur-Aß.  
Lustspielhaus. Die Vergnügungsreise.  
Gaberland. Spezialitäten.  
Hoftheater. Gala-Vorstellung.  
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. Landensstraße 48/49.  
Geheimnisse der belebten Natur.  
Invalidenstraße 57-62. Prof. Schwahn: Bewegungen der Himmelskörper.  
Neues S. Cyrenand. Der Reineidbauer.  
Kammerstücke. Egges und sein Ring.  
Leffing. Glaube und Dermal.  
Neues Schauspielhaus. M. Hefelberg.  
Kleines. Jannas erstes Stück.  
Hoftheater. Ein Walzer von Chopin.  
Neues Operetten. Die moderne Eva.  
Königsgräber Straße. Grundzüge.  
Komische Oper. Die feinsche Susanne.  
Schiller. O. Joss und Schwert.  
Schiller. Charlottenburg. Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Friedr. W. W. Schauspielhaus.  
Die Hochzeit von Valenti.  
Neues Volkstheater. In Behandlung.  
Mieroski. Die Nacht von Berlin.  
Westen. Die Dame in Rot.  
Trionon. Mein Bobbi.  
Thalia. Volnische Wirtschaft.  
Luisen. Die Nacht der Liebe.  
Kofe. Kalkenluft.  
Gasthof. Der selige Hollschinsky.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Apollo. Spezialitäten.  
Wagner. Spezialitäten.  
Gerrnfeld. Schmerzlose Behandlung.  
Das Kind der Firma.  
Königsgräber-Kasino. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Volles Caprice. Rudi Krach. Nr. 14.  
Walhalla. Tengel, das hat ein Schlag!  
Volks. Das Mädchen von Heilbronn.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Belle-Alliance. Der Sittenapfel.  
Jutimeo. Schön Geliebten. — Liebesabenteuer.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.  
Kaiser-Panorama. Neu: Wanderungen im Daz. Letzte Woche: Konstantinopel.

**Berliner Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Coeur-Aß.**  
Theater in der Königsgräber Straße  
8 Uhr:  
**Hundstage.**  
Theater des Westens.  
8 Uhr: Die Dame in Rot.  
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:  
Ein Walzer von Chopin.  
**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Anfang 8 Uhr.  
**Ein Walzer von Chopin.**  
Schwan in 3 Akte u. Scène u. Ballet.  
Für die deutsche Bühne bearbeitet von  
Hollen-Bueckert.  
Morgen und folgende Tage:  
Ein Walzer von Chopin.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.**  
Schauspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Hochzeit von Valenti.**  
**Belle-Alliance-Theater**  
Heute zum 25. Male:  
**Der Sittenapfel.**

**SPORT PALAST**  
Friedrichstr. 72  
**Winzerfest!**  
Allabendlich: **Winzerträume.**  
Original-Revue mit Gesang und Tanz.  
Die Eiskünstler in ihren 2 Kapellen. Schlittschuh-  
unübertroffenen Leistungen.

**CLOU**  
BERLINER KONZERTHAUS  
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.  
**Gr. Doppel-Konzert.**  
Musik. d. 2. Garde-Reg. zu Fuß Graf.  
Oberm. Baarz.  
Musik. d. 1. Garde-Reg. z. F. Baarz.  
Oberm. Baarz.  
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen nachm.: **Gr. Promenaden-Konzert** bei  
freiem Eintritt. — Heute Musik. d. Elis.-G.-Reg. Oberm. Brinkmann.

**Volkshaus, Charlottenburg**  
Rosinenstr. 3.  
**Einladung**  
für Sonntag, den 29. Oktober 1911, zu einem  
zwanglosen Familien-Abend  
im Restaurations-Saal, mit anschließendem  
TANZ im kleinen Saal.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt frei.

Auf ins 401L  
**Café Roland**  
181 Brunnenstr. 181  
Größter Betrieb des Nordens!

**Trionon-Theater.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Mein Baby.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr: **Geheimnisse  
der belebten Natur.**  
Invalidenstraße 57-62  
Prof. Schwahn 8 Uhr:  
Bewegungen der Himmelskörper.

**Admiralspalast**  
Am Bahnhof Friedrichstraße:  
**Eis-Arena**  
Mittags von 12 Uhr bis 2 Uhr  
Korso bei Musik.  
Nachmittags:  
**Militärkonzert!** und  
Produktionen v. Soloküfern.  
Abends zum 223. Male:  
Das grandiose Eishallet  
**Montreal.**  
Die kleine Charlotte  
mit ihrer Novität:  
**Der Lichtertanz**  
und die übrig. erstklass.  
Kunstproduktionen.  
Restaurant L. Raages.  
Bis 6 Uhr u. nach 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.

**Boigt-Theater.**  
Freitag, den 27. Oktober 1911:  
**Das Mädchen  
von Heilbronn.**  
Großes historisches Ritterstück in  
5 Akten von Helmuth v. Rieck.  
Kaffeeöffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Zirkus Schumann**  
Heute abend 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
Auftritte sämtl. Kunstkräfte.  
9 1/2 Uhr: Die große Foorie  
**1000 Jahre**  
auf dem  
**Meeresgrunde**  
in 5 Bildern nach Motiven aus  
1001 Nacht.  
Sonntag, 29. Oktober:  
2 gr. Vorstellungen  
nachm. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr abends.  
**1000 Jahre**  
Meeresgrund

**Herrnfeld**  
Theater  
Noch nie dagewesener Lach-Erfolg.  
**Das Kind  
der Firma**  
mit Anton und Donat Horstfeld in den  
Hauptrollen. Vorher:  
**Schmerzlose Behandlung**  
Anfang 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.  
**Voranzeige!** Um jedem  
Subjekt, bringen wir  
hiermit zur Kenntnis, daß  
am Sonnabend, d. 28. Ok-  
tober unsere Vorstellung  
wie täglich präzise 8 Uhr  
abends beginnt mit dem  
unveränderten Spielplan:  
**Schmerzlose Behandlung.**  
Das Kind der Firma. —  
Beginn d. Nachvorstellung:  
12 Uhr nachts.

**Folies Caprice.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Zum **No. 14.**  
**Kobi Krach.**

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
die japan. Mimi-  
dramatikerin mit  
ihrer Truppe i. ihr.  
Mimodramen.  
**Mime Sato,**  
**Ali Ben Hamad-Truppe,**  
15 eingeb. Springer a. Agadir.  
**Georg Kaiser** in ihren  
**Putzi Cassani** Parodien  
und das  
**gr. Oktober- Progr.**  
14 Spezialitäten.

**PASSAGE :: ::**  
**PANOPTIKUM**  
Die wilden Leber!  
**Heul-Derwische**  
aus Ceylon  
mit ihren fantasiech. Produktionen.  
Kerino, der lebende  
Ambo. A.G.A., die schwebende  
Jungfrau.  
Alles ohne Extra-Entree.

**Zirkus Busch**  
Heute abend 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Gala-Vorstellung.**  
D. belid. Affenschen  
„Max und Moritz“  
Ernst Schumanns neueste  
Meisterdresuren.  
Frl. Anna Stennis, Schulleiterin.  
Bärenkampf, Dress. Ganzer.  
Quadrille internationale.  
Origin.-  
Aus-  
stattungs-  
stück des  
**Zirkus**  
**Busch**  
in  
5 Bildern.  
Vorher das gr. Gala-Programm.

**Roats Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Berlin N., Brunnensstraße 16.  
Heute: Schauspiel im **Montier**  
**Winter-Garten**, früher  
**Artushof**, Friebergstr. 28.  
**Don Cesar.**  
Schauspiel mit Gef. v. B. Friedrich.  
Don Cesar: Dir. Rob. Dill.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Hör- und Hörungsarten günstig!  
Näheres siehe Plakate usw.

**Eskimos,**  
**Samojeden, Lappen**  
mit Rentierherden.  
Hagenbecksche 20 Polarbären  
in  
**Ausstellung Nordland**  
Kurfürstendamm 151  
nahe Bahnhof Charlottenburg  
und Halensee.  
Vorführungen: Wochentags 4 1/2, 6 1/2,  
und 9 Uhr.  
Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr.  
Eintrittspreise:  
Ausstellungshalle 50 Pf. Vor-  
führungshalle 30 Pf.  
Vorverkauf bei A. Worthheim und  
Invalidendank.

**Königsstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
**Die Weber** (Bombenerfolg).  
**In Spezialitäten** in  
Anf. 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.  
Sonnt. nachm. 4 1/2 Uhr: Familien-  
vorstellung, Theater und Spezia-  
litäten. — Entree 20 Pf.

**Kreuzberg-Festsäle.**  
SW., Kreuzbergstr. 43.  
Jeden Freitag:  
**Hoffmanns Sänger.**  
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
Vollpartout u. Vorsungs-  
karten gültig.  
Nach der Vorstellung:  
**Frei-Tanzfräulein.**  
Jeden Mittwoch:  
**Gr. Frei-Tanz.** Anf. 8 1/2 Uhr.  
für Beechle's **Sommernacht** u. u. u.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Kasernenluft.**  
Sonnabend 4 Uhr: Hügel und  
Gretel. 8 Uhr: Kean.  
**Metropol-Theater.**  
**Die Nacht von Berlin!**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von  
Jul. Perund. Musik von B. Holländer.  
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.  
Abends 8 Uhr. Kassen gestaffelt.

**Schiller-Theater O. Wallner-**  
Theater.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Zopf und Schwert.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Nathan der Weise.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Das Urbild des Tartar.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld**  
**Schiller-Theater** Charlotten-  
burg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Mädel von Montmartre.**  
Erstausf.: **Fritzi Massary.**  
**Luisen-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Die Nacht der Liebe.**  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Was  
Gand und Pfler im Sanderwald  
erlebten.**

**Apollon**  
Theater  
Abends 8 Uhr:  
**Letzte Woche der Weltstadt**  
Attraktionen.  
10 Uhr:  
Ein Abend in einem amerikanischen  
**Tingel Tangel.**  
New Yorker Pantom. Co.  
**Casino-Theater**  
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr  
**Abendlich der neue**  
**Berliner Poffen-Schlager**  
**Der selige Hollschinsky.**  
Sonnab. 8 1/2 Uhr: Ein Weib u. d. Volke.  
**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Gasthof  
**Robert Steidl.**  
Anf. wochent. 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.  
**Volks-Theater.**  
Nixdorf, Hermannstr. 20.  
Sonntag, 29./10.: **Der tolle Ritter**  
meister. Mittägliches Drama in  
3 Akten von Dr. C. Eilgebauer.  
Montag, 30./10.: **Jugend.** Drama  
in 3 Akten von Max Galle.

**Schiller-Theater O. Wallner-**  
Theater.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Zopf und Schwert.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Nathan der Weise.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Das Urbild des Tartar.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld**  
**Schiller-Theater** Charlotten-  
burg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Mädel von Montmartre.**  
Erstausf.: **Fritzi Massary.**  
**Luisen-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Die Nacht der Liebe.**  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Was  
Gand und Pfler im Sanderwald  
erlebten.**

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstr. 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 11 Uhr:

## Allgem. Branchen-Versammlung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins in den „Andreas-Festhallen“, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Karl Hetschold über: „Die Konsum-Genossenschaften.“ 2. Diskussion: 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Im Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Kollegen, sehr pünktlich und recht zahlreich mit ihren Frauen zu erscheinen.

Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Branchen-Versammlung der Wickel- und Isolationsarbeiter und Arbeiterinnen im Voigt-Theater, Badstraße 58.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Branchenanglegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Branchen-Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede und Autogen-Schweißer im Lokal von A. Hoffmann, Dragonerstr. 15.

Tagesordnung:

1. Die Entwicklung der Industrie und der Arbeiterbewegung. Referent: Kollege Wücker. 2. Diskussion. 3. Branchenanglegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen in den „Musiker-Festhallen“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Tagesordnung:

1. Vortrag. (Das Thema und der Referent werden in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Branchenanglegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Schweißarbeiter, an Drehpressen und Stempelmaschinen Beschäftigte, ferner alle an Maschinen tätigen Arbeiterinnen freundlich eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

# Charlottenburg.

Sonntag, den 29. Oktober, mittags 12 Uhr:

## Oeffentliche Versammlung im Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Tagesordnung:

### Die arbeiterfeindlichen Bestrebungen im Rathaus.

Referent: Stadtverordneter Wilhelm Richter.

2. Diskussion.

Kein organisierter Arbeiter darf fehlen!

Der Einberufer: Otto Storck.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17:

### Kombinierte Versammlung der Kontrollkommissionen mit der Ortsverwaltung.

## Einsetzer!

Sonntag, den 29. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Mertowski, Andreasstraße Nr. 26:

### Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht vom dritten Quartal. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenanglegenheiten. 91/6

Billetts zu der Theatervorstellung sind vergriffen!

## Berufskleidung

für jedes Gewerbe in solidester Qualität.

Sehr billige Preise für Me-Gewand.

Kaufhaus FR. HAHN Alexanderplatz/Landsbergerstraße 60/63.

## Tischlerverein, E. N. 89.

Sonabend, den 28. Oktober, bei Nimm. Holzhalle 13-15, zum Besten des Unterstützungsfonds:

### 40. Stiftungs-Fest.

Konzert, Solree (Paul Rantgens lustige Sänge), Ball. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Lang frei.

Freunde und Gönner des Vereins laden ein 199/7

Der Vorstand.

## Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Detagruppe Berlin.

### Touren

am Sonntag, den 29. Oktober.

2. Abt.: 1 Uhr: Streitzüge durch den Süden. Endziel: Johannisthal (Schulz). Start: Schönhaferstr. 9.

3. Abt.: 7 Uhr: Finkenrug. 1 Uhr: Alter Freund. Start: Bauhofstr. 12.

4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Bobsdorf (Willa Rahl). Start: Radesdorfer Str. 50.

5. Abt.: 2 Uhr: Wilmersdorf (Danae). Start: Elysiun.

6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Mühlentee (Boersch). Start: Oberberger Str. 28.

7. Abt.: 2 Uhr: Wilmersdorf (Gefellenshofhaus). Start: Ködliner Straße 8.

8. Abt.: 8 Uhr: Bornim (Schwarzer Adler). 1 Uhr: Romstedt (Einger). Start: Beusselstraße 22.

9. Abt.: Wilhelmstraße. Start: Schillingstr. 23.

## General-Versammlung

Freitag abends 8 1/2 Uhr, bei Borgmann, Andreas-Festhalle, Andreasstr. 21. 192/2

## Rixdorf. Zentral-Frankenkasse der Maurer usw.

„Grundstein zur Einigkeit“.

Sonntag, den 29. Oktober 1911, vorm. 10 Uhr, bei Wolf, Rixdorf, Straße 41: 149/13

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Abrechnung vom 3. Quartal. Verschiedenes in Kasienangelegenheiten.

Die örtliche Verwaltung.

## Sozialdemokratischer Wahlverein Arnswalde-Friedeberg (Ortsgruppe Berlin.)

Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Paul Thimm, Lillstr. 79:

## Oeffentliche Versammlung für alle aus dem Kreise in Berlin beschäft. Reichstagswähler

Tagesordnung:

1. Was bedeuten die nächsten Reichstagswahlen für die Wähler unseres Kreises? Referent: Genosse Dr. Moses Arnswalde. 2. Diskussion.

Maurer, Bauarbeiter unseres Kreises! Agitiert und erscheint

vollständig in dieser Versammlung! 207/10

Der Einberufer: Emil Rantg, Strohan, Kraftstr. 10 II.

### Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zweifach fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

### ANZEIGEN

10 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

Vorwärtsleiter erhalten fünf

Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Teppiche, farblicherechte, für

Halben Preis.

Stoppdecken, Emsilseide, 3,75.

Cardinen, Stores, Kissen, an

angewandte, 50 Prozent ermäßigt.

Zofastoffe, für Bezüge aus

reichend, spottbillig.

Teppich-Thomas, Dranien-

straße 160, Dranienplatz; Kolon-

ialstraße 54. 375/2

Gaststätten ohne Anlagung,

möblich 1,00, Kiefern-Louis

Böttcher (selbst), Betriebsleitung

begleitend, 50 Prozent ermäßigt.

Zofastoffe, für Bezüge aus

reichend, spottbillig.

Teppich-Thomas, Dranien-

straße 160, Dranienplatz; Kolon-

ialstraße 54. 375/2

Gaststätten ohne Anlagung,

möblich 1,00, Kiefern-Louis

Böttcher (selbst), Betriebsleitung

begleitend, 50 Prozent ermäßigt.

Zofastoffe, für Bezüge aus

reichend, spottbillig.

Teppich-Thomas, Dranien-

straße 160, Dranienplatz; Kolon-

ialstraße 54. 375/2

Gaststätten ohne Anlagung,

möblich 1,00, Kiefern-Louis

Böttcher (selbst), Betriebsleitung

begleitend, 50 Prozent ermäßigt.

Zofastoffe, für Bezüge aus

reichend, spottbillig.

Teppich-Thomas, Dranien-

straße 160, Dranienplatz; Kolon-

ialstraße 54. 375/2

Gaststätten ohne Anlagung,

möblich 1,00, Kiefern-Louis

Böttcher (selbst), Betriebsleitung

begleitend, 50 Prozent ermäßigt.

### Radfahrerarten. Wir empfehlen

Rad- und Auto-Fahrern Straubers

Marke 1200 Duadrat-Weilen von

Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Röh-

liche Hälfte der Provinz Branden-

burg reicht bis Steintin-Liedermünde,

linde Hälfte bis Halle-Weipzig.

Dresden - Görlitz. Suchhandlung

Vorwärts, Lindenstraße 69 (Radn.)

Teppiche (schlechte), Portieren,

Cardinen, Stoppdecken, Dinanden,

Wäscheldecken, Bettvorlagen, Läufer-

stoffe, spottbillige Gelegenheiten. Bes-

damerstraße 109, Conrad Fischer,

Vorwärtsleiter Extrarabatt. 384/2

Monatsanläufe und Winter-

paletts von 5 Mark sowie Damen

von 1,50, Gebrauchsgegenstände von 2,00,

Frack von 2,50, sowie für farbige

Wäsche. Neue Garderobe zu hundert

billigen Preisen, aus Handarbeiten ver-

fertigte Sachen kann man am billigsten

bei Nag, Wundtstraße 14.

Bronzegaststätten, Hängegä-

pendel, Gaswandarm, Moderne

Hängegaststätten, Gaslocher, Gähle

Auswahl. Allerbilligste Bezugsquelle.

Schroeder, Hochstraße 43. 884/6

Teppiche (schlechte), Stopp-

decken, Cardinen, Tischdecken, Läu-

ferdecken, Liebercardinen, Sofa-

stoffe, spottbillig. Fabriklager

Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9

Flureingang. Vorwärtsleiter zehn

Prozent. Sonntags geöffnet. 248/2

Lambourtermaschinen. He-

meyer, alleiniger Fabrikant. He-

mann, Gellnowstraße 26. Preise

billig, Abzahlung günstig. 206/2

Gaststätten. Woche 1,00, billige

Preise. Große Frankfurterstraße 92,

Rapenstraße 6 (Wedding), Rixdorf,

Berlinerstraße 102. 63/2

Taschenbuch für Gartenfreunde

Ein Halbe für die Pflege und

### Zigarrengeschäft, gutgehend, um-

händlerhalber preiswert zu verkaufen

Wändelbergstraße 23. 142/2

### Möbel.

Möbel-Fabrik, Brannenstraße 7,

am Rosenthaler Tor, Wohnungs-

einrichtungen auf Kredit und gegen bar.

Kiefern-Küchenschrank, Stube und Küche

Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne

Möbelstücke von 5 Mark an. Einzelne

### Kinderbettstelle 7,-

Andreas-

straße 53. 224/2

Teilzahlung, Möbeleinrichtung,

Stube und Küche 15 Mark. Ver-

leihen gewogene Möbel (spottbillig).

Berolina, Kakanienallee 49. 206/2

Möbelhandlung. Marianne-

straße 25, billige Preise. Teilzahlung

gestattet. „Vorwärts“-leser 3 Prozent

Rabatt. 39/2

123 Sofas mit prima Wä-

schung 54,-, Garnitur, Sofa, zwei

Teile, 118,-, Umbau 69,-, Challe-

longue 25,-, Goldschmiede

Staligerstraße 25, an der Hochbahn.

Musikinstrumente.

Wiet-Pianinos, erstklassige

Fabrikate, neue und gepolte, besonders

preiswert, Vergütung der Mietkosten

bei Ankauf. Paul u. Co., Göttinger-

straße 107, Hallesches Tor. 385/2

Bilder.

Diesen Monat direkte Fabrik-

preise bei Bilder-Vogeln, Belmelter-

straße 2. Vorwärtsleser erhalten fünf

Prozent extra. 427/2

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad,

einmal benutzt, 35,-, Holz, Blumen-

straße 44. 22/2

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Platin, Staniol,

Goldlagen, höchstzählend Edelsteinige

Dresdenerstraße 9. 153/2

Marinabälle, Gramm bis 5,75

Gold, Silber, Duedelber, Zahn-

gebisse laut Wimmel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 80 Pfennig,

Goldlagen, Staniol, höchstzählend.

Kohn, Neue Königstraße 76. 226/13

Rupier, Weissung, Platinabfälle

Silberabfälle, Goldschmiede Wieder

Königsstraße 20a (gegenüber Wan-

teufelstraße). 206/2

Hochstzählend, Zahngebisse Zahn

Partei-Angelegenheiten.

Kantow. Am nächsten Sonnabend, den 28. d. M., veranstaltet der hiesige Bildungsausschuss einen Unterhaltungsabend, bestehend aus Festrede, musikalischen Darbietungen, Vorträgen, Rezitationen und Kinderreigen, bei Prokaszka, Viktoriastraße. — Eintritt frei! Die Genossen wollen vollständig erscheinen.

Schenkendorf bei Könnigs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Otto Pätzsch. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden.

Pankow. Am Sonntag, den 29. Oktober, von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung.

Mühlenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr: Wahlvereinsversammlung im Lokale von A. Meyer, Buchbinder. Tagesordnung: 1. Unsere Aufgaben zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse Georg Udo. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Bernau. Sonnabend, den 28. d. M., abends 8 Uhr, feiert der Wahlverein im Lokale des Genossen Salgmann sein 21. Stiftungsfest. Dasselbe besteht aus Konzert, Gesang, Vorträgen und Ball. Festrede: Genosse Anshick. Programm 30 Pf., Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Da das Programm ein sehr reichhaltiges ist, so wird zahlreicher Besuch erwartet. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

hatte sich gestern mit zwei Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion zu beschäftigen, die den engbrüstigen Kommunalreform vor ein paar ihm wenig zuzugende Aufgaben stellten.

Der eine Antrag betraf die Frage der Verwendung des der Stadt Berlin gehörenden Grundbesitzes in Treptow, dessen längst ersehnte bauliche Erschließung im Interesse Berlins ebenso wie Treptows liegt. Diese umfangreichen Ländereien an die Terrainspekulanten loszuschlagen und sie damit dem Bodenwucher auszuliefern, das wäre nach dem Geschmack des Freisinns. Aber der Antrag unserer Genossen zeigte einen anderen Weg, die bauliche Erschließung durch Vergabung in Erbbaupacht oder mit dem Vorbehalt des Wiederkaufs, wobei der Wertzuwachs dem Stadtfiskus erhalten bliebe. Genosse Kronz wies aus einem reichhaltigen Material nach, daß die Stadt Berlin mit der Ausnutzung dieser Möglichkeit wieder einmal nicht die erste wäre, sondern nur dem von anderen Städten bereits gegebenen Beispiel folgen würde. Die Redner des Freisinns erklärten in einstweilen zu nichts verpflichtenden Äußerungen, daß sie gegen eine Veratung dieser Frage in gemischter Deputation, wie der Antrag sie wünscht, nichts einzuwenden hätten. Der Antrag wurde angenommen, und der Magistrat wird sich nun zu erklären haben, ob auch er zu solcher Veratung bereit ist.

Ein Versuch zur Lösung der Frage einer gerechteren Besteuerung durch die Gemeinden war der zweite Antrag unserer Genossen. Der Magistrat sollte aufgefordert werden, auf eine Forderung des Kommunalabgabengesetzes hinzuwirken, die den Gemeinden die Möglichkeit gäbe, Einkommen bis zu 1800 M. steuerfrei zu lassen und dann bei Einkommen von 3000 M. an sowie bei Vermögen von 20 000 M. an progressive Zuschläge zu erheben. Genosse Stadthagen zeigte die Mängel der Steuergesetzgebung, die längst nicht mehr auf das tatsächliche Existenzminimum Rücksicht nimmt und andererseits die wohlhabenderen Bevölkerungsschichten bei weitem nicht nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit besteuert. Eine gerechtere Verteilung der Lasten sei um so dringender zu fordern, je härter die erwerbstätige Bevölkerung unter der herrschenden Steuer zu leiden habe. In einem scharf umrissenen Bild der schroffen Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen gab unser Redner eine wirksame Kritik der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Oberbürgermeister Kirchner antwortete zunächst nur für seine eigene Person, aber die von ihm vorgetragenen Bedenken gegen eine schärfere Besteuerung der Wohlhabenden mit gleichzeitiger Steuerbefreiung für die Wenigbemittelten dürften bei dem gesamten Magistratskollegium auf ungeteilten Beifall rechnen, wie sie auch von der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit mit lebhaftester Zustimmung aufgenommen wurden. Drei Freisinnredner unterstrichen dann noch die Ausführungen des Oberbürgermeisters. Stadtverordneter Cassel, dem durch Stadthagens sachliche Darlegungen sein Konzept ein wenig verdröben worden war, konnte es sich nicht verlagern, die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins anzupöbeln und ihnen vorzuhalten, daß sie immer noch Geld für ihre Gewerkschaften und ihre Wahlvereine drüberhaben. Er drehte sich, höhnend zu erklären, daß bei Bewilligung einer Steuerfreiheit bis zu 1800 M. der größte Teil der Bevölkerung aus „Stipendiaten“ der Gemeinde bestehen würde. Nach einigen ähnlichen schmodderigen Bemerkungen des Stadtverordneten Wommsen sprach gegen den Antrag unserer Genossen als dritter Freisinnredner der Stadtverordnete Rosenow, der sich Sorge macht, daß die Minderbemittelten sich durch die ihnen zugeordnete Steuerfreiheit „degradieren“ fühlen könnten. Diese echt-freisinnigen Einwendungen wurden von unserm Genossen Stadthagen in seinem Schlusswort, das von launigem Humor und beißender Satire erfüllt war, nach Gebühr gefenestert. Der Antrag wurde von den Freisinnigen nicht etwa glatt abgelehnt, sondern einem Ausschuss überwiesen, aus dem nach Herrn Wommsens Ankündigung etwas ganz anderes herauskommen soll. Das läßt sich denken!

Zum Schnellbahnprojekt Nixdorf-Gesundbrunnen.

Gestern tagte unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters die Verkehrsdeputation. Gegenstand der Tagesordnung bildete die Erklärung der A. E. G. auf die Forderung der Stadt, die Endstrecken der Schnellbahn Gesundbrunnen-Nixdorf auch als Untergrundbahn herzustellen. Bekanntlich hat die Stadtverordnetenversammlung das ihr vom Magistrat zur Annahme empfohlene Bahnprojekt, nach welchem der größte Teil der Bahnlinie, eine Strecke von 6 Kilometer, als Untergrundbahn und nur die beiden kürzeren Abschnitte von zusammen 3 Kilometer Länge im Norden und Süden als Hochbahn geplant war, nicht angenommen, sondern den Magistrat ersucht, wegen des Ausbaues der gesamten Bahnstrecke als Untergrundbahn

mit der A. E. G. nochmals in Verhandlung zu treten. Die A. E. G. hat erklärt, daß es ihr nicht möglich sei diesem Wunsch zu entsprechen und die beiden Endstrecken aus eigenen Mitteln als Untergrundbahn, anstatt wie geplant, als Hochbahnen auszuführen. Eine unterirdische Führung der Endstrecken würde erhebliche Mehrkosten verursachen, welche zu übernehmen der Gesellschaft nicht möglich sei. Diese Kosten müßten gegebenenfalls von der Stadt als Zuschüsse zu den auf 84 Millionen veranschlagten Kosten der Bahn geleistet werden. Die Gesellschaft hat vorgeschlagen, die südliche Endstrecke der Bahn gegen Zahlung eines Zuschusses seitens der Stadt von 5,9 Millionen als Untergrundbahn zu bauen, dagegen von der unterirdischen Führung der nördlichen Endstrecke aus wirtschaftlichen und technischen Gründen Abstand zu nehmen. Die Verkehrsdeputation hat diesen Vorschlägen der A. E. G. im Prinzip zugestimmt und beschlossen, den Gemeindebehörden den Bau der südlichen Endstrecke als Untergrundbahn vorzuschlagen und zu dem Bau dieser Strecke einen Zuschuß bis zu 5,9 Mill. Mark zu leisten, sofern und soweit die bisher auf 84 Millionen veranschlagte Bauausgabe für die gesamte Bahnstrecke überschritten wird. Die Trasse der Bahn geht bei dem neuen Projekt nicht mehr von der Dresdener Straße am Luisenpark entlang über den Landwehrkanal durch die Grimm- und Urbanstraße zum Hermannplatz, sondern sie unterkreuzt die Luisenpark- und Reichenberger Straße den Luisenparkkanal und läuft dann unter der Reichenberger Straße, Kottbuser Straße, Landwehrkanal, Kottbuser Damm zum Hermannplatz. Von einer Führung des Nordendes als Untergrundbahn hat die Verkehrsdeputation beschlossen, Abstand zu nehmen. In Uebereinstimmung mit der A. E. G. hält die Deputation diesen Plan nicht für zweckmäßig.

Ein Musterzimmer im städtischen Obdach gab in der letzten Sitzung des Kuratoriums Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen Mitgliedern und einigen bürgerlichen Herren. Bei einer Revision am 11. Oktober wurde von zwei revidierenden Genossen die Beschaffenheit eines Zimmers im Obdach gerügt, das hinter dem Polizeiaufnahmezimmer belegen ist und den Aufsehern des Obdachs als Schlafgemach dient. In 12 Jahren ist dieses Zimmer den revidierenden Stadtverordneten noch nie gereinigt worden. Das Zimmer hat eine Größe von 4 1/2 x 5 Metern; in demselben stehen 11 Betten. Die nur 68 Zentimeter breiten Betten stehen so dicht nebeneinander, daß kaum ein Finger dazwischen geschoben werden kann. Ein Bett steht so dicht am Ankerlocher, daß dieser nur geheizt werden kann, wenn das Bett nach der Stubentür gerückt wird; es bildet also eine direkte Feuergefahr. Unsere Genossen verlangten dringend Abhilfe dieses unhygienischen Zustandes. Die bürgerlichen Vertreter, einschließlich des Stadtrates, behaupteten, das Zimmer würde von den Aufsehern nur zeitweise benutzt, nur vier bis fünf Mann schliefen in diesem Räume zugleich und auch nur 2 1/2 Stunden. Die Beamten behaupten, 7 bis 8 Mann seien zugleich in dem Zimmer. Der Hauskurator fand das Zimmer sogar „kolossal bequem und angenehm“. Wie gesundheitsschädlich und vom sanitären Standpunkte unhygienisch die Zustände sind, beweist ferner die Tatsache, daß die Fenster der Leichenkammer nach dem Korridor hinausgehen, obwohl in unmittelbarer Nähe gegenüber sich die Tür zur Antikostküche befindet. In dieser Leichenkammer hat erst kürzlich ein Toter drei Tage gelegen. Die Leichenkammer strömte zu den offen zu haltenden Fenstern hinaus nach der Straße. Schon vor 2 Nächten wurde Abhilfe gefordert, aber geschehen ist bis heute noch nichts. Nach einer heftigen Auseinandersetzung wurde beschlossen, die Leichenhalle sofort zu fassieren; es soll bis zum Neubau der Halle die Leichenhalle des Siechenhauses benutzt werden. Es wurde auch durchgesetzt, daß die monierten alten Nachlassfränke, welche den Hausdienern zur Aufbewahrung von Kleidern, Wäsche und Nahrungsmitteln dienen, durch hygienisch einwandfreie Schränke ersetzt werden.

Ueber den Krankenurlaub der Lehrer und Lehrerinnen enthält der Verwaltungsbericht der städtischen Schuldeputation für das Etatsjahr vom 1. April 1910 bis 1. April 1911 wenig erfreuliche Daten. Es wurden gezählt bei den Lehrern 1043, bei den Lehrerinnen 890 und bei den Fachlehrerinnen 223 Urlaubsfälle. Auf die einzelnen beurteilten Personen entfallen demnach bei den Lehrern durchschnittlich 34,86, bei den Lehrerinnen 41,18, bei den Fachlehrerinnen 39,29 Tage Urlaubzeit. In Prozenten zur Zahl der Lehrpersonen betragen die Urlaubsfälle bei den drei Kategorien 29,19 Proz., 52,88 Proz. und 54,79 Proz. Hierbei sind nur die Urlaubsfälle gezählt, die über 3 Tage dauerten. Ganz besonders auffällig ist es, daß über die Hälfte aller Lehrerinnen und aller Fachlehrerinnen mehr als 3 Tage Urlaub nötig hatte. Nach den Verichten früherer Jahre ist eine ständige Steigerung der Urlaubsfälle festzustellen bei allen drei Arten der Lehrpersonen. Die größte Zahl der Urlaubsfälle war wegen Verdenklichkeiten erforderlich, dann kommen solche wegen Erkrankung der Atmungsorgane.

Ein Todesopfer der Explosion in den Berliner Elektrizitätswerken. Die folgenschwere Explosionskatastrophe in den Berliner Elektrizitätswerken in Ober-Schöneweide hat jetzt nachträglich ein Todesopfer gefordert. Von den ins Königin-Elisabeth-Hospital eingelieferten Verwundeten ist der Inspektor Gohlke seinen schweren Verletzungen erlegen. Dagegen besteht bei den übrigen Verunglückten keine Lebensgefahr mehr. Der Bachmonteur Jhensfeldt, der Monteur Gudel und der Hilfsarbeiter Tomashewski befinden sich auf dem Wege der Besserung. — Die Gutachten der Igl. Staatsanwaltschaft betreffen Ermittlung der Schuldfrage durch Sachverständige eingefordert worden sind, stehen vorläufig noch aus, so daß auch heute noch nicht mit Bestimmtheit angegeben werden kann, ob das Verschulden eines Dritten vorliegt.

Eindbruch in eine Ortskrankenkasse. Der Zehlendorfer Ortskrankenkasse stahlte Berliner Einbrecher in der vergangenen Nacht einen Besuch ab. Zu den auf dem Grundstück Stahnsdorfer Str. 3 belegenen Büroräumen verschafften sie sich durch ein Abofentstern Eingang und erbrachen dann einen Geldschrank. Hierbei fiel ihnen Bargeld, Wertpapiere und Versicherungsmarken im Gesamtwert von 3125 M. in die Hände. Ein Bankbuch über 55 000 M. und ein als Kautions hinterlegtes Sparkassenbuch eines Buchhalters der Kasse über 800 M. nahmen sie gleichfalls an sich. Das erste wurde gestern früh bereits in der Pfortstraße gefunden. Die Einbrecher hatten es fortgeworfen, weil sie damit wohl nichts anzufangen wußten. Das Sparkassenbuch dürfte für die Diebe ebenso wertlos sein, weil es gesperrt ist. Die bestohlene Kasse ist gegen Einbruch versichert, so daß ihr kein Schaden erwächst. Von den Einbrechern, die anscheinend über Leltow ihren Alibiweg gewählt hatten, fehlt noch jede Spur, doch dürften blutige Fingerabdrücke, die man vorgefunden hat, die Suche nach ihnen erleichtern.

Neue Straßenbezeichnungen. Mehreren Straßen, Brücken und Tunneln hat man neue Namen beigelegt, und zwar dem die Liegnitzer mit der Oppelner Straße verbindenden Tunnel den Namen „Görlitzer Tunnel“ und der Spreuerstraße von der Brückenstraße bis zum Eisenufer den Namen „Brandenburger Ufer“, ferner der Straße 17 der Abteilung XIII den Namen „Oderbruchstraße“, dem Platz B 1 derselben Abteilung den Namen „Kurische Platz“, der Straße 7a derselben Abteilung den Namen „Rostener Straße“, der Straße 7b derselben Abteilung den Namen „Kurische Straße“, der Straße 7c derselben Abteilung den Namen „Bartensteiner Straße“, der Straße 7d derselben Abteilung den Namen „Gumbinner Straße“, der Straße 7e derselben Abteilung den Namen „Goldaper Straße“, der Straße 8 derselben Abteilung den Namen „Rahner Straße“, den Straßen 8a und 8b derselben Abteilung den Namen „Böhmler Straße“, der Straße 8c derselben Abteilung den Namen „Lobauer Straße“, der Straße 9 derselben Abteilung den Namen „Pregeißstraße“, der Straße 9a derselben Abteilung den

Ramen „Hyder Straße“, der Straße 13 derselben Abteilung den Namen „Reubrinstraße“, dem Platz G derselben Abteilung den Namen „Danziger Platz“, der Straße am Platz G den Namen „Gedifstraße“, der Straße 19 der Abteilung XII den Namen „Grellstraße“, der Straße 16b derselben Abteilung den Namen „Kilbeder Straße“, der Straße 19b derselben Abteilung den Namen „Kongowstraße“, dem Tunnel im Zuge der Gleisstraße den Namen „Gleisuntunnel“, der Straße 9 der Abteilung XII den Namen „Hörmannstraße“, der Straße 10b der Abteilung XI den Namen „Glücksburger Straße“, der Straße 5b derselben Abteilung den Namen „Sonderburger Straße“, der Straße 22a derselben Abteilung den Namen „Laustraße“, dem im Zuge der Pultigstraße errichteten Ueberführungsbauwerk den Namen „Pultigbrücke“, dem nördlich dieser Brücke fuchlinienmäßig ausgewiesenen Straßenland den Namen „An der Pultigbrücke“, der im Zuge der Föhler Straße über den Schiffahrtkanal errichteten, bislang Pultigbrücke genannten Brücke den Namen „Föhler-Brücke“, dem Teil des Schleswiger Ufers zwischen Flensburger und Leisingstraße den Namen „Hofsteiner Ufer“, der Wikardstraße den Namen „Fritz-Wikard-Straße“ und endlich der Dalldorfer Straßenbrücke den Namen „Schönwalder Straßenbrücke“.

Einen graufigen Hund machte gestern vormittag die Pförtnerfrau des Hauses Wassertrichter, 60. Als sie um 10 1/2 Uhr den Hof legte, lag in einer Ecke des Torwegs ein kleines Kalb. Als sie die Hülle von braunem Packpapier aufmachte, fand sie darin die Leiche eines neugeborenen Knochens, die weiter nicht eingewickelt war. Sie übergab den Hund der Revierpolizei, die ihn nach dem Schauplatz bringen ließ. Spuren äußerer Gewalt waren an der kleinen Leiche nicht zu sehen.

Festgenommene Fahrwerksdiebe. Schnell gefaßt wurde eine Wagenschloßbande, die das Stehlen von Fahrwerken auf den Straßen Berlins anscheinend gewerbsmäßig betrieb. Gestern wurde an der Zentralmordhalle einem Schlichtermeister ein Fahrwerk gestohlen. Die Diebe fuhren mit dem Wagen nach Reinickendorf hinaus, wo sie es gestern einem Unternehmer in der Danlostraße zum Kauf anboten. Dem Käufer kam der Preis jedoch gar zu niedrig vor. Er schöpfe Verdacht und benachrichtigte unfällig die Polizei. Bald erschienen zwei Beamte auf der Wilschstraße und nahmen die Wagenschloßbande — es waren drei Mann — fest und transportierten sie nach dem hiesigen Polizeipräsidium.

Durch die Kellerdecke drangen in der vergangenen Nacht Einbrecher in das Schneidereiartikelgeschäft von Berger u. Kubach in der Gauhofstr. 131 ein. Sie schnitten aus der Kellertür das Schloß heraus, hobten mit dem Zentrumsbohrer ein 70 mal 40 Zentimeter großes Loch in die Decke und gelangten so in den im Erdgeschoß gelegenen Laden. Hier wühlten sie von den Vorräten die teuersten Sachen aus, namentlich Samstische für Rebers und gute Futterstoffe. Nachdem sie diese Sachen zum Wegschleppen zusammengepackt hatten, ertraben sie auch noch eine Kontrollkassette und beraubten sie ihres Inhalts. Sie entbieh aber nur für 15 M. Pfingstnugelsilber. Im ganzen erbeuteten sie für 6000 M. Kleindat hat von ihrem nächtlichen Besuch auf dem Grundstück etwas gehört. Der Bestohlene, der nicht im Geschäftshause wohnt, ist nicht versichert.

In dem Konkurs der Brauerei Enders, Welfensee, beschloß die gestrige Gläubigerversammlung, den Betrieb der Brauerei in bisheriger Weise fortzusetzen.

Die Ausstellung vorbildlicher Arbeitermöbel im Gewerkschaftshause ist am Sonnabend dieser Woche von 6—9 Uhr und dann zum letzten Male am Sonntag von 12—6 Uhr geöffnet.

Der Brand der Werkstätten der Firma Holland u. Co. in der Lindenstr. 78 hat die Feuerwehre bis gestern beschäftigt. Die großen Vorräte an Polstermaterialien usw. mußten, weil sie den Flammen stets neue Nahrung gaben, schließlich auf den Hof geworfen werden, wo sie dann gründlich abgelöscht wurden. Der Schaden der Firma soll nicht unbedeutend sein. Sehr wertvolle antike Möbel sollen Schaden erlitten und andere verbrannt sein.

Gestern früh nach 6 Uhr kam in dem Theateratelier von Morly Wimmer, Urbanstr. 25, ein großer Brand aus, der an den wertvollen Dekorationen schnell reiche Nahrung fand, so daß die Feuerwehre dort mehrere Stunden zu tun hatte. Entstanden war der Brand in der Nähe des Hoftrubls und hatte dann das große Atelier und den Dachstuhl ergriffen. Der Schaden ist durch Versicherung bei der „Union“ teilweise gedeckt. Durch Umfallen einer Petroleumlampe kam in der Zellestr. 3 Feuer aus. Wegen eines größeren Wohnungsbrandes wurde der 15. Automobilzug nach der Flensburger Str. 19 alarmiert, wo besonders Möbel brannten. Ein zweiter sehr gefährlicher Wohnungsbrand, wobei mehrere Personen in der größten Lebensgefahr schwebten, kam aus noch nicht einwandfrei festgestellter Ursache in der Turiner Str. 36 zum Ausbruch. Die Frau Schlosser Fanny Sitte sprang noch vor Anbruch der Feuerwehre aus dem Fenster ihrer im 4. Stock des Seitenflügels gelegenen Wohnung und fiel auf einen Balkon in der 8. Etage, wo sie liegen blieb. Der 5 Monate alte Knabe Willi Steinig und der Schornsteinfeger Otto Wölge konnten durch ein Fenster der Speisekammer nach dem Treppenhause gerettet werden. Als die Feuerwehre erschien, brannten die Eingänge zu den Wohnungen. Es gelang aber, die Flammen bald zu löschen und die Bewohner zu bestrafen.

Der Gesangsverein „Männerchor Ost“ (M. d. D. A. E. G., Gau Berlin), Chorleiter Emil Thilo, veranstaltet am Sonntag, den 29. Oktober, im großen Konzertsaal der Brauerei Friedrichshagen ein Herbstkonzert. Mitwirkende: Berliner Tonkünstlerinnen-Orchester (Dir. Frä. Elisabeth Kupfer, 45 Mitwirkende), Violinvirtuosin Frä. Olga Schöngge, Konzertorganist Paul Bauer, Tenor. Programme und Liedertexte 60 Pf., an der Kasse 60 Pf. Saalöffnung 5 Uhr, Beginn des Konzerts präzis 6 Uhr. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Abendliche Unterrichtskurse für Arbeiter. Am 28. Oktober, um 8 Uhr abends, findet im großen Saale des Zentralarbeitsamtes, Gormannstr. 13, eine allgemeine Hörerversammlung statt, bei der noch Anmeldungen angenommen werden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Den Bericht der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gab in der Wahlvereinsversammlung vom Dienstag Stadtverordneter Genosse Kötter. Der Referent schilderte eingehend das Bestreben der Fraktion, unserm Programm Rechnung zu tragen. Von den in den 2 Jahren etwa 80 eingebrachten Anträgen und Anregungen seien folgende hervorgehoben: Bei der großen Zahl der von der Stadt Beschäftigten nehmen die Anträge, welche Arbeitsfragen betreffen, naturgemäß einen großen Raum ein. Ein Antrag für nichtbindende Arbeiter einen Mindestlohn von 4 M. pro Tag zu zahlen, konnte nur für einige Kategorien durchgesetzt werden. Auf die Zahlung und Einhaltung der tariflichen Löhne der gelehrten Arbeiter mußte besonders gesehen werden. — Für Sonntagarbeit der Postarbeiter und Gärtnere wurden für die ersten 3 Stunden 100 Proz. Zuschlag gefordert, für weitere Stunden 50 Proz. Durch stündige Beschäftigung wurde die Bezahlung des 100prozentigen Zuschlages umgangen. Erreicht wurde für Sonntag- und Feiertagsarbeit 50 Proz. Zuschlag. — Eine im Mai dieses Jahres vorgenommene Revision der Löhne der städtischen Arbeiter soll erst in diesen Tagen ihre Entscheidung finden. Die von uns beantragte Teuerungszulage von 1 M. pro Tag vom 1. Oktober 1911 bis 31. März 1912 wurde der betr. Kommission überwiesen.

